Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — Burscheider Zeitung — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 92 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Mittwoch, 20. April 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Polizei-Aktion in ganz Preußen gegen die Kommunisten

Von zuständiger Stelle in Berlin erfährt das Contibüro, daß für ganz Preußen eine polizeiliche Aktion bei kommunistischen Funktionären angeordnet ist, die seit Dienstag früh bereits durchgeführt wird.

Im Ruhrgebiet

ist, nach Erkundigung bei den zuständigen Stellen, die Aktion bisher ruhig verlaufen. Abschließendes kann jedoch noch nicht gesagt werden, da ein großer Teil der Beamten noch mit der Durchführung der Aktion beschäftigt ist.

Beschlagnahmungen in Berlin

Die Durchsuchung der politischen Polizei in den Geschäftsstellen und Büros des kommunistischen Arbeiterschutzbundes und des Kampfbundes gegen den Faschismus ist in Berlin beendet worden. Insgesamt wurden bei 35 verschiedenen Stellen Haussuchungen durchgeführt. Die Sichtung des beschlagnahmten, stellenweise sehr umfangreichen Materials, das nach dem Polizeipräsidium gebracht wurde, wird längere Zeit in Anspruch nehmen, sodaß über das Ergebnis der Aktion vor Mittwoch-Mittag nichts bekannt werden dürfte.

Beteiligung des Handwerks am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird die preußische Regierung sich mit der Reichsregierung ins Einvernehmen setzen, um Wege zu finden, die auch dem kleineren Gewerbetreibenden die Beteiligung an Reparaturarbeiten in und an Wohnhäusern ermöglichen. Die Not im Handwerk sei so groß, daß dringend die Zuweisung von Arbeit gerade an kleinere Betriebe gefordert werden müßte.

Ruhige Beurteilung der Lage durch Japan

Das Wolffbüro meldet aus Tokio, 19. April: Ungeachtet der beunruhigenden Gerüchte über eine russisch-japanische Spannung in der Nordmandschurei betrachtet die japanische Regierung die Lage in voller Ruhe und hält auch ernstere Verwicklungen in der nächsten Zeit für unwahrscheinlich.

Der kommende Reichstag

Da große Parteien den Wunsch haben, daß der Reichstag baldigst zu einer wenigstens kurzen Tagung zusammentritt, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß der Aeltestenrat die Einberufung des Reichstages für die ersten Maitage beschließen wird. Arbeitsstoff ist aus den Ausschußberatungen der letzten Monate in reichem Maße vorhanden. Dagegen wird der Etat für 1932 dem Reichstag bei dieser Tagung noch nicht vorliegen.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, wird das Reichskabinett in der nächsten Woche sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf den Etat verabschieden. In technischer Hinsicht ist der Etat im Reichsfinanzministerium bereits fertiggestellt. Es sind nur noch einige Fragen, die allerdings von entscheidender Bedeutung sind, offen, zu denen insbesondere die Frage der Arbeitslosenfürsorge gehört. Ueber diese Streitpunkte wird das Kabinett in der nächsten Woche in erster Linie zu entscheiden haben. Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Etat dem Reichsrat zugeleitet. Auf Grund der Informationen, die dem Reichsrat vorliegen, wird dort mit dem Eingang des Etats für Ende April oder spätestens Anfang Mai gerechnet. Da der Reichsrat für seine Beratungen etwa zwei bis drei Wochen benötigt, ist die Verabschiedung des Etats durch den Reichsrat erst in der zweiten Maihälfte zu erwarten. Nach diesen Dispositionen wird der Etat also dem Reichstag erst Ende Mai vorgelegt werden können.

Ende Mai oder Anfang Juni beginnt dann die große Sommertagung des Reichstages. Da die vorläufige Etatsregelung am 30. Juni abläuft und das neue Haushaltsjahr am 1. Juli beginnt, stehen dem Reichstag für die Etatsberatung nur vier Wochen zur Verfügung. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, um die Beratung in diesem kurzen Zeitraum durchzuführen. Es wird deshalb zwischen erster und zweiter Lesung des Etats auch kaum eine Unterbrechung in den Plenarverhandlungen eintreten. Man wird vielmehr Ausschußberatung und Plenarberatung des Etats nebeneinanderlaufend durchführen müssen.

Frühjahrsübungen der deutschen Flotte

Die diesjährigen Frühjahrsverbandsübungen der Seestreitkräfte, die am 11. April begannen, spielten sich bisher in der Gegend von Arkona und Saßnitz ab. Es fanden Torpedobootsangriffe auf Kreuzer und Aufklärungs- und Nachtübungen statt.

Am Montag nahmen in der Swinemünder Bucht die großen Verbandsübungen unter dem Befehl des Flottenchefs, Vizeadmiral Gladisch, der seine Flagge auf dem Linienschiff „Schleswig-Holstein" gesetzt hatte, ihren Anfang. Gegen 8 Uhr morgens lief die gesamte Flotte aus, um zunächst Schleppübungen der Kreuzer vorzunehmen. Die Uebung zeigte ein seemännisches Manöver, bei welchem die „Emden" als „havariertes" Schiff durch den Kreuzer „Königsberg" ins Schlepptau genommen wurde. Es folgten Tagesangriffe der Torpedoboote gegen die Linienschiffe, bei denen verschiedene Angriffsarten vorgeführt wurden. Mit Nachtübungen der Torpedoboote, bei welchen den Torpedobootsflottillen die Aufgabe gestellt war, mit den Linienschiffen Fühlung zu nehmen, fanden die Manöver am Montag ihren Abschluß. Die Uebungen — gemeinsame Gefechtsübungen und Verbandsmanöver — werden bis zum 22. April fortgeführt, worauf die Schiffe in ihre Heimathäfen zurückkehren.

Kleine politische Nachrichten

Der Reichskanzler wählt in Sigmaringen

Reichskanzler Dr. Brüning wird am Sonnabend für kurze Zeit Genf verlassen, um am Sonntag in Sigmaringen seiner Wahlpflicht zu genügen.

Der preußische Ministerpräsident im Rundfunk

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Ausgehend von dem Standpunkt, daß im Volksstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Rechenschaftsbericht der amtierenden Regierung zu erhalten, wird Ministerpräsident Dr. Braun am Sonnabend, 23. April, 7,30 Uhr, über [illegible] amtliche preußischen Sender über die Arbeit der preußischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932, also bis zum Schluß der Legislaturperiode des jetzigen Landtages, sprechen.

Was ist Wahrheit?

Ein Antrag Hitlers auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich

und zeitweilige Suspendierung von den Geschäften als Regierungsrat ist, wie das Contibüro hört, bei der braunschweigischen Regierung eingegangen. Stellung dazu dürfte genommen werden, wenn der Vorsitzende des Staatsministeriums, Dr. Küchenthal, von einem kurzen Urlaub zurück ist, was voraussichtlich Mitte der Woche der Fall sein wird.

Eine Erklärung angelsächsischer Journalisten über das letzte Hitlerinterview

Die drei angelsächsischen Journalisten, die anläßlich des Verbotes der SA. und SS. den Führer der nationalsozialistischen Partei interviewt haben, veröffentlichen darüber folgende Erklärung:

Am 14. dieses Monats empfing Herr Adolf Hitler die drei unterzeichneten Journalisten J. R. Knickerbocker, Edgar A. Mowrer und Sefton Delmer um 2 Uhr nachmittags im Hotel Kaiserhof zu einer Unterredung über das Verbot der SA. und SS. Ein Fragebogen mit fünf Fragen wurde von uns aufgestellt und durch Dr. Hanfstaengl, dem Auslandspressechef der N. S. D. A. P., Herrn Adolf Hitler vorgelegt. Herr Hitler erklärte sich bereit, uns gegenüber die Fragen zu beantworten.

Dr. Hanfstaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen. Eine an Herrn Hitler gestellte Frage lautete: „Glauben Sie, daß die deutsche Regierung bei dem Verbot der SA. ausländischem Druck nachgegeben hat?"

Hierauf antwortete Hitler: „Ja, nach meiner Ueberzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr ersuchte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der SA. Dr. Brüning sagte zu, er könnte aber erst jetzt sein Versprechen erfüllen."

Hierauf warf Herr Sefton Delmer die Frage ein: „Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?"

Herr Hitler antwortete: „Nein, ich habe keine Beweise dafür."

gez. Knickerbocker, Sefton Delmer, A. Mowrer.

Der Versailler Vertrag

Dr. Bell für die Ehrenrettung der deutschen Unterzeichner des Friedensvertrages

In einer Versammlung der Zentrumspartei in Aachen sprach Reichsminister a. D. Bell über die Vorwürfe, die die radikale Rechtsopposition gegen die Politik des Zentrums seit der

Friedenskundgebung Erzbergers

erhebe. Die Verbreiter der Behauptung, die Friedensresolution sei die Ursache der Verderbnis, kennen, so sagte der Redner, die Resolution und vor allem ihren Ursprung nicht. Sie ging aus von Mitteilungen der militärischen höchsten Stellen selbst, die die Resolution nicht nur kannten sondern billigten und ihren Wortlaut beeinflußten.

Eingehend beschäftigte sich Dr. Bell mit den

Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Friedensvertrag von Versailles.

Heute müsse, so führte Dr. Bell u. a. aus, im Interesse des Volkes und des Vaterlandes die geschichtliche Wahrheit offen gesagt werden. Er habe

seine ausführlichen Aufzeichnungen

über jene Schicksalsstunden mit den Unterschriften hervorragender daran beteiligter Zeitgenossen, deren Ueberlebender er selbst sei,

dem Reichsarchiv übergeben zur Veröffentlichung bei gegebener Zeit.

In der Versammlung erinnerte Dr. Bell daran, daß die Leute, die heute das Vaterland zu retten vorgäben, bei der Unterwerfung der Spartakisten in jenen Tagen nicht zu sehen gewesen seien. Der Redner schilderte dann die schwere Verantwortung und den ungeheueren

Bann der Waffenstillstandsverhandlungen

und der Kabinetts- und Parlamentarierverhandlungen von Weimar über die Annahme des Friedensvertrages und endlich die ihm — Dr. Bell — auferlegte Verantwortung, die Folgen für die rechtzeitige Unterschrift in Versailles auf sich zu nehmen.

„Ich habe nur die eine Bitte, der Oeffentlichkeit mitteilen zu dürfen, daß ich das Opfer des eigenen Lebens lieber gebracht hätte, als das des Weges nach Versailles."

In Weimar wäre es der Rechtsopposition ein leichtes gewesen, die Annahme des Friedensvertrages zu verhindern, aber die gerade von Rechts kommende Ehrenerklärung für die Befürworter der Unterzeichnung sei sogar weiter gegangen, als die damals Verantwortlichen zu ihrem eigenen Schutz vor Vorwürfen der heute von Rechts geübten Art verlangt hätten.

Auflösung des hessischen Landtages abgelehnt

Auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion war der hessische Landtag zu einer Sondersitzung zusammengetreten, um zur politischen Lage, insbesondere zum SA.-Verbot, Stellung zu nehmen.

In der Debatte zur Tagesordnung verlangte der nationalsozialistische Abg. Dr. Best Aufhebung der SA.-Notverordnung bezw. ein Verbot aller militärischen Organisationen der Linken, sowie schließlich Auflösung des hessischen Landtages.

In der Abstimmung wurden die nationalsozialistischen Anträge abgelehnt. Für den Antrag auf Auflösung des hessischen Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde, fand sich nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit.

Die Abrüstungsdebatte in Genf

Die Abrüstungsentschließung in Genf angenommen

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurde am Dienstagvormittag die von einem Redaktionskomitee ausgearbeitete Entschließung über die etappenweise Abrüstung und die Notwendigkeit eines ersten entscheidenden Schrittes zur Herabsetzung der Rüstungen auf den niedrigsten Stand angenommen.

Die kurze Aussprache, die der Annahme vorausging, zeigte, daß

die großen Gegensätze über Art und Maß der Abrüstung durch diese Entschließung nicht überbrückt

worden sind. Der rumänische Vertreter Titulescu erklärte, daß er der Entschließung zustimme unter der Voraussetzung, daß die Abrüstung im Rahmen und im Geiste des Artikels 8 der Völkerbundssatzung erfolgen solle und unter dem Vorbehalt, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung den Kriterien der Abrüstung eine ausdrücklich auf Artikel 8 bezugnehmende Entschließung angenommen werde.

Der russische Vertreter Litwinow erklärte, er habe zunächst nur einen formalen Vorbehalt gegen die Erwähnung des Artikels 8 einbringen wollen; wenn die Entschließung jedoch im Sinne seines Vorredners ausgelegt werden müsse, so müsse er seine Zustimmung verweigern.

Henderson schnitt die weitere Diskussion schließlich ab, indem er die Entschließung zur Abstimmung stellte, und es ergab sich, daß alle Delegationsführer, auch Litwinow und Titulescu, ihr zustimmten.

Dem Wolffbüro wird dazu aus Genf geschrieben:

Die Einstimmigkeit, bei der besonders die Haltung Rußlands und Italiens hervorzuheben ist, zeigt, daß es sich nicht um eine leere Formalität oder um eine der ungezählten sonst manchmal in Völkerbundsfragen gefaßten papiernen Resolutionen handelt, sondern um einen

Schritt nach vorwärts in dem Sinne, daß der Hauptausschuß nunmehr die Konferenz bezüglich Ziel und Methoden der Abrüstung festgelegt hat.

Bei der nun einsetzenden Einzelarbeit der Konferenz wird, wenn es notwendig ist, auf diese

fundamentalen Grundsätze, die die Richtlinien für die künftige Arbeit darstellen,

zurückgegriffen werden. Diese Grundsätze müssen nunmehr bei der Erörterung von Einzelfragen volle Berücksichtigung finden. So wird bei jeder Einzelfrage zu prüfen sein, ob auch bei ihr dem Erfordernis Rechnung getragen worden ist, daß der erste Schritt auf dem Gebiete der Abrüstung ein entscheidender zu sein hat.

Des weiteren ist stets zu

prüfen, ob die einzelne Abrüstungsmaßnahme eine solche „auf dem tiefstmöglichen Stand" darstellt.

Die Einwendungen gegen die deutsche Zustimmung zur etappenweise Abrüstung sind nicht stichhaltig und beruhen auf dem Verkennen der allgemein bekannten Vorgeschichte der Abrüstung im Verlaufe der letzten Jahrzehnte und der Schwierigkeiten, die sich der Lösung des Gesamtproblems entgegenstellen. Diese können nur in zielbewußter schrittweiser Arbeit überwunden werden. Gerade der jetzt auch wieder von italienischer Seite im Laufe der Debatte hineingearbeitete Begriff des „entscheidenden" ersten Schrittes rechtfertigt die Erwartung, daß die Konferenz in der Erfüllung des Abrüstungsversprechens dem starken Druck der Weltmeinung, der auch in den jetzigen Debatten seinen Widerhall findet, Rechnung trägt. Insofern bedeutet tatsächlich diese Entschließung einen Fortschritt.

Im Laufe des Vormittags erschien der amerikanische Staatssekretär Stimson im Völkerbundsgebäude und nahm, von zahlreichen Delegierten begrüßt, den Platz des amerikanischen Hauptdelegierten im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ein.

Die Erörterung der Rüstungskriterien

Nach Annahme der Entschließung über etappenweise Abrüstung beschäftigte sich der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz mit der Frage der Rüstungskriterien. Hierzu lag ein

Entschließungsentwurf der spanischen, norwegischen, schwedischen und tschechoslowakischen Delegation

vor, der sich im wesentlichen darauf beschränkte, den

Wortlaut des Art. 8

zu wiederholen.

Der italienische Außenminister **Grandi** legte einen

Gegenentwurf

vor, in dem auf Art. 8 lediglich als Richtlinie Bezug genommen, im übrigen die Entschlossenheit ausgesprochen wird, die Prüfung über die Anwendbarkeit dieser Maßstäbe und Umstände für die Rüstungsherabsetzung sofort auf praktischem Wege aufzunehmen, um

in kürzester Frist die erste entscheidende Etappe der Abrüstungen auf den möglichst tiefen Stand herbeizuführen.

Der deutsche Delegierte, **Botschafter Nadolny**, erklärte, es handele sich in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr darum, den Artikel 8 zu zitieren, sondern darum, ihn praktisch anzuwenden. Deshalb

ziehe die deutsche Delegation den italienischen Vorschlag vor,

der die Bereitschaft zum entschlossenen Fortschreiten auf der festgelegten grundsätzlichen Linie ausspreche.

Der französische Delegierte **Paul Boncour** machte schließlich den Vermittlungsvorschlag, die wörtliche Erwähnung des Art. 8 mit dem wesentlichen Schlußabsatz des italienischen Vorschlages zu verbinden.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses findet Mittwoch vormittag statt.

Stimson bei Dr. Brüning

Reichskanzler Dr. Brüning empfing Dienstag morgen den Besuch des holländischen Außenministers Beelaerts van Blokland. Am Nachmittag erwiderte der amerikanische Staatssekretär Stimson den Besuch des Reichskanzlers; er nahm in Begleitung der amerikanischen Hauptdelegierten zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Gibson und Norman Davis, beim Reichskanzler im Hotel Metropole den Tee ein.

Die Liga für Menschenrechte an Henderson

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" gibt bekannt, daß sie an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson ein Schreiben gerichtet hat. In diesem bittet sie den Präsidenten, den Völkerbund zu ersuchen, daß diese seine Mitgliederstaaten durch ein Abkommen verpflichtet, keine Strafverfolgungen gegen solche Personen mehr vorzunehmen, die unter Berufung auf das international anerkannte Recht und insbesondere internationale Verträge öffentlich auf Verstöße gegen diese Verträge hinweisen.

Frankreichs Forderung der Internationalisierung der Zivilluftfahrt

Die in den französischen Vorschlägen vom 5. Februar angeregte Internationalisierung der Zivilluftfahrt als Ergänzung jeder Abrüstungsmaßnahme wird in einer Denkschrift, die die französische Delegation dieser Tage der Abrüstungskonferenz unterbreitet hat, ausführlich erläutert. Die Denkschrift erklärt, daß die Internationalisierung der Verkehrsluftfahrt, die die wesentlichen Souveränitätsrechte der Staaten nicht berühre, allein ein wirkliches Hindernis für die Verwendung dieser Luftfahrt zu militärischen Zwecken darstellen könne, ohne ihre Entwicklung oder ihren technischen Fortschritt zu hemmen.

Die Denkschrift schlägt eine Internationalisierung in der Weise vor, daß Luftfahrtzeuge von einer noch zu bestimmenden Leistungsfähigkeit an in den ausschließlichen Besitz von internationalen Organen übergehen, die beispielsweise die Bezeichnung „internationale Luftverkehrsvereinigung" führen könnten. Diese Organe wären für alle allgemeinen oder wirtschaftlichen Fragen des Luftverkehrs zuständig, während der Betrieb der Strecken internationalen Betriebsgemeinschaften zu übertragen wäre.

Die sonst sehr ausführliche Denkschrift enthält keine Vorschläge darüber, wie etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen der Vereinigung und einem oder mehreren interessierten Staaten geregelt werden sollen, obwohl die verschiedenen Verpflichtungen über die Beobachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, über weitest gehende Erleichterung des Ueberfliegens staatlichen Gebietes und schließlich über die Tragung von Betriebsverlusten auf den ersten Blick eine unübersehbare Reihe von Reibungsflächen darzustellen scheinen.

Unterhausanfrage über Südwestafrika

Der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, wurde im Unterhause gefragt, ob irgendetwas unternommen werde, um das Mandatsgebiet von Südwestafrika in die südafrikanische Union einzugliedern. Thomas erwiderte, er wisse nichts von einer solchen Aktion, und empfahl, Artikel 2 der Mandatsbestimmungen nachzuprüfen, nach denen von der Regierung der Union das Mandat ausgeübt werde.

Das Abrüstungsproblem

Neue Entschließung über die Abrüstungsmaßstäbe

Das vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eingesetzte Redaktionskomitee hat die beiden im Hauptausschuß vorgelegten Entschließungsentwürfe über die Abrüstungsmaßstäbe zu einem einheitlichen Text verarbeitet. Die neue Entschließung, die dem Hauptausschuß vorgelegt werden wird, lehnt sich entsprechend dem ursprünglichen Entwurf an den Wortlaut des Artikels 8 der Völkerbundssatzung an und fügt entsprechend dem italienischen Zusatzantrag hinzu, daß die Anwendung dieser Abrüstungsmaßstäbe und die Methoden, nach denen die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen vorzunehmen sei, alsbald unter praktischen Gesichtspunkten geprüft werden soll.

Die Bedeutung der Entschließungen

Die Abrüstungskonferenz, so wird dem Wolffbüro unterm 19. April aus Genf berichtet, bot gestern und heute das erfreuliche Bild größerer Aktivität. Sie hat mit geringerem Widerstand, als man nach allem Vorhergegangenen erwarten mußte, zwei grundsätzliche Entschließungen angenommen, deren Bedeutung vor allem darin liegt, daß sie einen einheitlichen Willen zur raschen praktischen Arbeit bekunden. Besonders wichtig ist die Entschließung über die Erreichung des Abrüstungszieles in mehreren Etappen, von denen die jetzige Konferenz die erste und entscheidende darstellt. Die Befürchtungen, daß das etappenweise Vorgehen eine Abrüstungsverschleppung bedeuten würde, gehen an der Tatsache vorbei, daß die Gefahr bestand, daß ohne diese Möglichkeit der ständigen Revision des Ergebnisses der ersten Abrüstungskonferenz die ganze Abrüstungsangelegenheit mit einem einzigen, wahrscheinlich sehr unbefriedigenden Abkommen ihre definitive Erledigung gefunden hätte. Der Sinn der gestrigen und heutigen Debatte ist zum Teil dahin mißverstanden worden, als ob zwischen der Haltung der russischen Delegation und den Vertretern der anderen Mächte ein Widerspruch bestanden hätte. Man hat damals auch einen Gegensatz zu der deutschen Haltung konstruieren wollen. In Wirklichkeit hat sich aber Litwinoff in keiner Weise gegen die etappenweise Abrüstung ausgesprochen. Seine Vorbehalte waren nur formeller Natur.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Annahme der ersten Entschließung die Konferenz aus dem Bereich lediglich theoretischer Erörterungen auf den Boden praktischer Arbeit gestellt hat, was in diesem Stadium das Ziel der deutschen Politik war.

Bevorstehende Pachtpreissenkung

Wie das Contibüro meldet, hat der Reichsarbeitsminister den beteiligten Ministerien einen Verordnungsentwurf zugeleitet, der sich dem vom Siedlungsausschuß des Reichstages einstimmig gefaßten Beschlusse anschließt, wonach unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Pachtfalles eine allgemeine Pachtpreissenkung vorgekommen wird. Es ist ferner ein Kündigungsschutz für diejenigen Pächter vorgesehen, die infolge besonderen Schwierigkeiten des letzten Jahres ihre Pachtleistungen nicht voll erfüllen konnten und denen deshalb der Pachtvertrag gekündigt wurde.

Kreugers großer Schwindel

Das zur Untersuchung des Falles Kreuger in Stockholm eingerichtete Polizeidezernat hat sämtliche auf den Tod Kreugers sich beziehenden Schriftstücke, und zwar den Totenschein des französischen Arztes, den Polizeibericht und ein Schreiben der schwedischen Gesandtschaft in Paris an das schwedische Außenministerium angefordert.

Wie Journal mitteilt, ist der schwedische Bankier Oskar Rydsbeck, Präsident der schwedischen Zündholzgesellschaft, in Paris eingetroffen. Er hatte bereits mit verschiedenen mit der Kreugeraffäre vertrauten Persönlichkeiten Verhandlungen und wird voraussichtlich auch mit Persönlichkeiten der Finanzwelt Fühlung nehmen. Im Journal mißt man den Schritten Rydsbecks große Bedeutung bei.

Chamberlains Budgetrede

Der englische Schatzkanzler **Neville Chamberlain** bemerkte in seiner Budgetrede, durch

Sparmaßnahmen und neue Steuern

seien im Budget die Voranschläge des Sept., die ein Defizit von 74 Millionen ergaben, mit einem kleinen Ueberschuß von 346 000 Pfund verwirklicht worden. Die letzten Monate hätten einige Belebung des Handels und der Arbeitsbeschäftigung gebracht, die zu der Hoffnung Anlaß gebe, daß

das Schlimmste überstanden

sei. Das gegenwärtige Budget enthalte

keine Vorkehrungen für den Empfang von Reparationen und alliierten Kriegsschulden, oder für die Zahlungen der eigenen Kriegsschulden Englands.

Es behandele diese Angelegenheit als schwebend. Die zukünftige Lage hänge von dem Ergebnis der Lausanner Konferenz ab. Seiner Ansicht nach sei es

am besten, sich im gegenwärtigen Augenblick von allen Reparationsangelegenheiten frei zu halten.

Dieses Vorgehen bedeute nicht, daß die englische Politik in dieser delikaten Frage irgendeine neue Entscheidung getroffen habe.

Er glaube, der Zustimmung des Hauses gewiß zu sein, daß eine Diskussion im gegenwärtigen Augenblick unzweckmäßig wäre.

Die Regierung habe beschlossen, vorläufig jede Schätzung der Einnahmen auf Konto der Kriegsschulden der Dominions zu unterlassen, dessen Dienst bis zum 1. Juli infolge des Hoover-Planes suspendiert ist, wodurch 10 Millionen als Einnahmen verloren gehen. Den gesamten

Ausgabenvoranschlag

bezifferte Chamberlain auf der Basis der bestehenden Besteuerung mit 766 Millionen,

die Gesamteinnahmen

mit 764,3 Millionen, sodaß sich ein Defizit von 1,7 Millionen ergibt.

Ein Devisenausgleichskonto

würde geschaffen werden, für das er um Ermächtigung ersuchen würde, bis zum Höchstbetrage von 150 Millionen zu borgen. Es sei

keine Gelegenheit, dem Einkommensteuerzahler in diesem Jahre Erleichterung zu gewähren.

Wenn man heftige und wertlose Währungsschwankungen vermeiden wolle, fuhr Chamberlain fort, sei es notwendig, angemessene Gold- und Devisenreserven zu unterhalten. Er beantrage deshalb, den alten Devisenfonds aufzulösen und die Aktiven daraus als

Kern eines neuen Fonds

des bereits erwähnten sogenannten Devisenausgleichskontos zu verwenden.

Einzelheiten über die Aktiven dieses Kontos würden nicht veröffentlicht werden; sie könnten jedoch verschiedene Formen, wie Gold oder Sterlingswertpapiere oder ausländische Devisen annehmen.

Diese neuen Ermächtigungen, vereint mit den Befugnissen, die die Bank von England bereits besitzt, würden es ermöglichen, viel wirksamer als bisher entweder einen unerwünschten Kapitalzufluß oder das Gegenteil zu verhindern.

Während der nächsten fünf Jahre werde auf

Zucker

kolonialer Herkunft eine zusätzliche Vorzugsbehandlung im Ausmaße von 1 Shilling pro Gwt. eingeräumt werden. Die Zollsätze für ausländischen und Dominienzucker würden auf der bisherigen Höhe bleiben. Alle neuen Einfuhrzölle würden fortab auf

Wertzollgrundlage

erhoben werden. Die Aenderungen in der Behandlung von Zucker werden ab Mittwoch wirksam.

Außerordentliche Tagung des japanischen Parlaments

Aus Tokio wird berichtet: Das Kabinett beschloß heute, das Parlament für den 23. Mai zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzurufen. Die Tagung dürfte etwa zwei Wochen dauern.

Englands neue Schutzzollpläne

Das englische Kabinett war zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es sich mit Budget- und Zollfragen befaßt haben soll. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, scheint es zwischen den Ministern zu Differenzen gekommen zu sein. Jedenfalls dürfte der Beratende Ausschuß für Einfuhrausgaben den für Dienstag erwarteten Bericht erst gegen Ende der Woche veröffentlichen.

Zu diesem Bericht schreiben „Times", er werde neue Zollvorschläge enthalten, die eher den Charakter von Schutzzöllen als von Finanzzöllen trügen. Der Ertrag dieser Zölle werde daher relativ gering sein, wenn auch nicht so gering, daß er noch Snowden und die liberalen Minister, die mit der Tarifpolitik des Kabinetts nicht einverstanden sind, nicht beunruhige. Die liberalen Minister hätten bereits ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben, wenn sie auch noch nicht von ihrer Demission gesprochen hätten.

„Daily Telegraph" will sogar wissen, daß die Zollbehörden in den Häfen benachrichtigt worden sind, daß in den nächsten Tagen Zolländerungen eintreten werden. Das Blatt erwartet, daß der Schatzkanzler bald die neue Zollregelung in großen Zügen bekanntgeben werde.

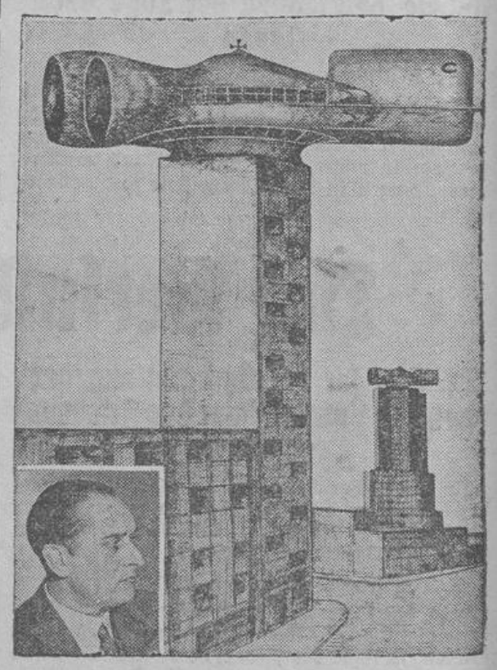
Große Devisenschiebungen

Der in Berlin vor einiger Zeit verhaftete Berliner Juwelier Simon Weisager, der in dringendem Verdacht fortgesetzter Verstöße gegen die Devisenordnung stand, hat dem Staatsanwaltschaftsrat Jacoby, dem Devisendezernenten, ein Geständnis abgelegt, daß er für rund 600 000 Mark deutsche Effekten, und zwar Farbenaktien und Reichsbahnanteile, im Auftrage von Ausländern in Deutschland verkauft habe.

*

Aus Lörrach, 19. April, wird dem Wolffbüro gemeldet: Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Freitag beim Ueberschreiten der Grenze der Kaufmann Kahn aus Basel festgenommen und sein Auto beschlagnahmt. Die Festnahme erfolgte auf Veranlassung der Berliner Behörden wegen des dringenden Verdachtes des Effekten- und Devisenschmuggels. Kahn hatte sich im Rheinland und in Berlin durch den Verkauf deutscher Effekten verdächtig gemacht. Die Untersuchung führte zu der Feststellung, daß Kahn diese Effekten nur in der Schweiz aufgekauft haben kann und daß er auf dem gleichen Wege, auf dem er die Effekten nach Deutschland einschmuggelte, auch die dafür erhaltenen Markbeträge in die Schweiz brachte. Dazu bediente er sich offenbar seines Autos, mit dem er anstandslos mehrere Male die Grenze passieren konnte, da er in Lörrach eine Niederlage für einen Chemikalienhandel, die er erst kurze Zeit betrieb, unterhielt, und Kahn hatte sich bisher in verschiedenen Geschäften, bevor er mit Chemikalien handelte, so u. a. auch als Weinhändler betätigt. Ueber den Umfang seiner Schmuggeleien lassen sich Angaben noch nicht machen, doch dürfte es sich um Beträge handeln, die mehrere hunderttausend Mark überschreiten.

Windkraftwerke über Berlin



Modellzeichnung eines von Caneghem (Porträt unten links) konstruierten Windkraftwerkes

Noch sind die Verhandlungen über den Bau einer Versuchsanlage für Windkraftwerke nach den bekannten Plänen des Ingenieurs Honnef erst im Vorstadium, und schon liegt ein neues Projekt vor, in der Nähe Berlins ein im Prinzip anders geartetes, jedoch gleichen Zwecken dienendes Werk zu errichten. Das neue Projekt des Technikers von Caneghem begnügt sich, die Windkrafttürme in einer Höhe von 150 Meter zu errichten, während der Honnefsche Plan solche von 400 Meter (also höher als der Eiffelturm) vorsieht. Dementsprechend können natürlich auch die Baukosten niedriger gehalten werden. Aeußerlich gleicht die Konstruktion der Caneghemschen Anlagen mehr dem Leib eines Luftschiffes, das auf dem Turm eines Hochhauses verankert ist, als einer komplizierten Windmühle, der die Honnefschen Krafttürme gleichen. Große Steuerflächen und Ruder drehen das Gehäuse, in dem die Windturbinen untergebracht sind, je nach der herrschenden Windrichtung um seine Achse.

Vom Freiheitskampf der Flamen



Ein Demonstrationszug von 10 000 jugendlichen Flamen durchzieht die Straßen Antwerpens, um ihren Protest gegen eine Regierungsmaßnahme zum Ausdruck zu bringen.

Pilgerfahrt zur Notre Dame de France



Die berühmte Schwarze Madonna von Le Puy, Notre Dame de France, wurde in den letzten Wochen von vielen Tausenden von Pilgern aufgesucht. Diese Madonna wird bekanntlich besonders gefeiert, wenn der Tag von Mariä Verkündigung mit Karfreitag zusammenfällt — wie in diesem Jahre. Das nächste Jubelfest der Schwarzen Madonna — so genannt, weil ihr Gesicht aus Ebenholz geformt ist — wird erst wieder im Jahre 2005 begangen werden.

Sechs Jahre Zuchthaus anstatt Todesstrafe

Das Schwurgericht in Freiburg verurteilte den Erwerbslosen Albert Tscheulin, der sein uneheliches Kind mit Salzsäure vergiftet hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus.

Im Oktober vorigen Jahres war Tscheulin zum Tode verurteilt worden, das Reichsgericht aber hatte wegen eines Formfehlers den Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurückverwiesen. In der erneuten Verhandlung nahm das Gericht an, daß Tscheulin die Tat nicht mit Ueberlegung begangen habe.

Deutsch-ungarisches Clearingabkommen

Zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn ist ein Abkommen über die Zahlungen aus dem deutsch-ungarischen Warenverkehr abgeschlossen worden, das im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist und vom 20. April 1932 an vorläufig Anwendung findet. Dieses Abkommen sieht ein Abrechnungsverfahren für die Forderungen aus dem gegenseitigen Warenverkehr vor. Zahlungen aus diesem Warenverkehr werden künftig nur bei der Reichsbank in Berlin, bezw. Ungarischen Nationalbank in Budapest geleistet werden; dabei ist kein Unterschied gemacht, ob die Forderung vor oder nach Inkrafttreten des Abkommens entstanden ist, und ob sie auf RM., Pengö oder andere ausländische Valuta lautet. Für das Abrechnungsverhältnis zwischen den beiden Notenbanken ist ein der Goldparität des Pengö entsprechender Umrechnungssatz von 100 Pengö gleich 73,42 RM., 100 RM. gleich 136,2 Pengö vereinbart worden.

Fliegerkampf gegen kurdische Aufständische

Aus Bagdad, 19. April, wird gemeldet: Ein britisches Flugzeug hat einer großen Truppe kurdischer Aufständischer, die in ihrer Bergfeste in Höhlen hausen, schwere Verluste beigebracht. Die Flieger erzielten einen Volltreffer mit einer Bombe auf einen Trupp von Aufständischen, von denen, wie vermutet, zehn getötet wurden. Weitere Verluste wurden den Kurden durch Maschinengewehrfeuer beigebracht. Zwei Irak-Flieger, die an den Operationen teilnahmen, stürzten mit ihren Flugzeugen über dem Berge ab und wurden getötet.

Anarchie an der Ostchinesischen Eisenbahn

Wie Reuter aus Tschangtschun gemeldet wird, herrscht an der zwischen Imenpo und Pogranitschnaja (an der russischen Grenze) gelegenen Strecke der Ostchinesischen Eisenbahn ein Zustand der Anarchie. Die von den chinesischen Irregulären sowie von den Räubern dort verursachten Schäden werden von japanischer Seite auf 200 Millionen Dollar geschätzt. Die in den Grenzstädten ansässigen Japaner flüchten auf russisches Gebiet.

Danziger Bankdirektor verhaftet

Der Leiter der in Konkurs geratenen Hausbesitzer- und Gewerbebank in Danzig, Bankdirektor Pfotenhauer, ist von der Kriminalpolizei unter dem dringenden Verdacht der Untreue, des Betruges und des betrügerischen Bankerotts verhaftet worden. Ihm wird vorgeworfen, ohne Wissen des Aufsichtsrates über das Geld der Sparer verfügt zu haben. Ferner wurde der Bevollmächtigte der Hausbesitzerbank, Stangenberg wegen Verdachtes der Unterschlagung verhaftet.

Wochenbericht über den Lebensmittelmarkt im niederrhein.-westf. Industriegebiet

Kartoffeln

Die Verflauung für Speisekartoffeln setzte sich in der vergangenen Woche in verstärktem Maße fort. Das Geschäft verlief angesichts der nachgebenden Preise schwierig und lustlos. Die etwas größeren Angebote konnten von der nach wie vor sehr geringen Nachfrage nicht aufgenommen werden. Hinzu kam, daß zum Teil berechtigter Weise, andererseits aber auch der rückgängigen Konjunktur entsprechend, viele Ladungen beanstandet bezw. geweigert wurden. Die außerordentlich große Zahl der bahnstehenden Wagen drückte naturgemäß auf den Markt. Die Kartoffelpreise stellten sich für Industrie fr. Ruhrst. von Hannover-Altmark auf etwa 3,30 RM., von Thüringen-Magdeburg auf 3,00—3,10 RM. und vom rheinischen Oberland auf etwa 2,25—2,30 RM. fr. Ruhrst. Weiße Feldkartoffeln waren weniger gefragt. Auf dem Saatkartoffelmarkt hielt sich das Geschäft gleichfalls im Hinblick auf die weichende Preistendenz in engsten Grenzen. Beanstandungen waren auch hier sehr umfangreich. Das Saatkartoffelgeschäft dürfte in größerem Umfang ziemlich beendet sein. Die Umsätze blieben hinter denen der Vorjahre erheblich zurück.

Gemüse

Der Gemüsemarkt steht immer stärker im Zeichen der Frischgemüsezufuhr, während die Wintergemüsearten allmählich verschwinden. Rotkohl konnte sich nur behaupten, obwohl die Saison hierfür ihrem Ende zugeht. Dagegen lagen Weißkohl und Wirsing bei knappem Angebot etwas fester. Das Geschäft in Blumenkohl verlief mit Rücksicht auf die hohen Preise langsam. Grünkohl war nur noch in Restbeständen vorhanden. Bei Kopfsalat konnten die alten Forderungen trotz der zum Wochenschluß verhältnismäßig guten Nachfrage wegen der sehr starken Anlieferungen nicht mehr durchgeholt werden. Treibhausgurken waren etwas besser, aber gleichfalls nur zu nachgebenden Preisen abzusetzen. Das noch geringe Angebot von Treibkohlrabi und Rhabarber wurde bei guter Nachfrage glatt untergebracht. Für Stielmus und Radieschen bestand lebhafte Nachfrage. In ganz kleinen Partien kam der erste franz. Spargel auf den Markt. Die italienischen Frühkartoffeln gaben weiterhin etwas nach. Bezeichnend für die Märkte waren die außerordentlich starken Zufuhren von Spinat, die trotz stark ermäßigter Preise vielfach unverkäuflich waren. Wurzelgemüse hatte weiterhin feste Tendenz.

Obst

Das Angebot von einheimischen Aepfeln nimmt immer mehr ab. Die auf den Märkten liegenden Vorräte sind nur noch recht gering und dürften in absehbarer Zeit vom Markt verschwinden. Die Preise konnten für Eßäpfel wie auch für Wirtschaftsware infolge besserer Nachfrage leicht anziehen. Auch die amerikanischen Aepfel hatten etwas besseren Absatz. Apfelsinen wurden gleichfalls besser gefragt und konnten sich angesichts der verminderten Anlieferungen etwas befestigen.

Börsen Märkte Handel

Warenmärkte

Kölner Hauptmarkt

Köln, 18. April. Heute war der Markt stark beschickt und es entwickelte sich alsbald ein sehr lebhaftes Geschäft. In Anwesenheit zahlreicher auswärtiger Aufkäufer wurde die Ware flott abgesetzt. Der Preis für Spinat stieg wieder auf 4 bis 7 RM per Zentner. Nur auf dem Obstmarkt vollzog sich der Verkauf langsam. Dagegen war es ungewöhnlich lebhaft auf dem Geflügelmarkt, was auf die bevorstehenden israelitischen Feiertage zurückzuführen ist. Besonders begehrt war lebendes Geflügel. Auch die Rheinfischer, die allerdings nur wenig Tiere aufzuweisen hatten, waren bald ausverkauft. Für junge Gemüse- und Blumenpflanzen ist den zahlreichen Verkäufern der Sassenhof zugeteilt. Auf dem Blumenmarkt, wo sich ein farbenprächt. Bild entfaltete, wurde auch viel gekauft. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, Industrie 3,80—4,20, Nieren 5,50 RM. der Zentner, Butterkohl 8—10, Grünkohl 3—4, Wirsingkohl 6—7, Weißkohl 5—6, Rotkohl 5—7, Rosenkohl 10—14, Steckrüben 2,5—3, Feldsalat 10—18, Saueramper 40, Karrotten 5,5—7, Möhren 6—8, Zwiebeln 13—15, Kettensalat 40 Pfg. das Pfund; Kopfsalat 15, Kohlrabi 2—3, junge 20, Rettich 2 bis 4, Meerrettich 10—25, Gurken 25—45 Pfg. das Stück; Rhabarber 5—8, Radieschen 7—8, Rübstiel 5—10, Maikräuter 5, Waldmeister 5, Schnittlauch 3.50—4 Pfg. das Bund; Aepfel 10—25, Butter 120—130 Pfg. das Pfund; Eier 7—7¼ Pfg. das Stück. An Auslandswaren: Kopfsalat 13—17, Blumenkohl 25—50, junge Kohlrabi 17, Gurken 25—42 Pfg. das Stück; Rübstiel 8—12, Radieschen 7—8 Pfg. das Gebund; Rotkohl 6—8, Weißkohl 6—7, Wirsing 7—12, Schwarzwurzel 28—30, Zwiebeln 11,5—12, Tomaten von den kanarischen Inseln 40—50, holl. Tomaten 130—150 Pfg. das Pfund; Amerik. Aepfel Kiste 10—16 RM., Birnen Kiste 16—18 RM., Apfelsinen (Java) Kiste 14—17, (Valencia) Kiste 14—18, Zitronen Kiste zu 150 Stück 5—6,50, zu 300 Stück 8,50—12 RM., Brüsseler Trauben 300—350, Bananen 28—30 Pfg. das Pfund.

Amtl. Preisbericht der Kölner Produktenbörse

Notierungen in RM. für 100 Klgr., Frachtlage Köln (Dienstags und Freitags)

Köln, 19. April. Weizen inl. 27—27,25, Weizen ausl. 33—34,50, Roggen rhein. 22, Roggen nordd. 22,75—23,25, Roggen ausl. 21,50 bis 22, Hafer hiesiger 16,25—17,25, Hafer norddeutscher 17,50—18,50, Futtergerste ausl. 19—19,50, Wintergerste inl. 19—19,50, Sommergerste inl. 20,50—21,50, Mais grober 16,25—17,75, Mais kleiner 17,75—18, Weizenmehl 70% inl. 38, Rheinisches Weizenbäckermehl (mit Auslandweizen) 38,75, Roggenmehl 70% inl. 29—30, Roggenmehl 70% (mit Auslandroggen) 29,50—30, Roggenschrot inl. 25—25,50, Roggenschrot (von Auslandroggen) 24,50—25,25, Weizenkleie*) 11 bis 12,75, Roggenkleie*) 10—10,50, Biertreber*) 12—12,75, Leinkuchenmehl 38%*) 12,50—12,75, Erdnußkuchenmehl 50%*) 12,75—13,25, Erdnußkuchenmehl 54%*) 13,75—14,25, Soyaschrot (extrahiert) 46%*) 13,00—13,25, Rapskuchen 38% 9,25, Palmkernkuchen lose 21% 11,75 bis 12,25, Trockenschnitzel lose 8—8,50, Zuckerschnitzel lose 10—10,25, Rohmelasse 8,25—8,50, Wiesenheu inl. lose 5,20—5,80, Kleeheu inl. lose 7—8, Roggenstroh gepr.**) 3,30—3,50, Weizenstroh gepr.**) 3—3,30, Haferstroh gepr.**) 3,10—3,30. Stimmungsbericht: Der heutige Markt verlief in uneinheitlicher Haltung. Inländischer Weizen war etwas schwächer. Ausländische Futtergerste sowie inländisches Weizenmehl stark befestigt. Futtermittel wenig verändert. — *) brutto mit Sack; **) ab rheinische Station.

Buttereinfuhrverbot in Holland

Mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1932 ist in Holland die Einfuhr von Butter für drei Monate verboten worden, soweit sie mehr beträgt als 100 Prozent der Menge, die durchschnittlich in der entsprechenden Zeit in den Jahren 1929, 1930 und 1931 eingeführt wurde.

Macdonalds Gesundheitszustand wieder verschlechtert

Ein ärztlicher Bericht besagt, daß die Besserung des Gesundheitszustandes des rechten Auges von Macdonald leider nicht angehalten habe. Wenn normale Zustände wären, würden die Aerzte Macdonald empfohlen haben, mehrere Wochen vollkommen auszuspannen. Die Aerzte haben sich jedoch den politischen Notwendigkeiten gebeugt und Macdonald auf seinen Wunsch gestattet, nach Genf zu gehen. Macdonald wird am Mittwoch über Paris nach Genf reisen. Sein Arzt wird ihn begleiten.

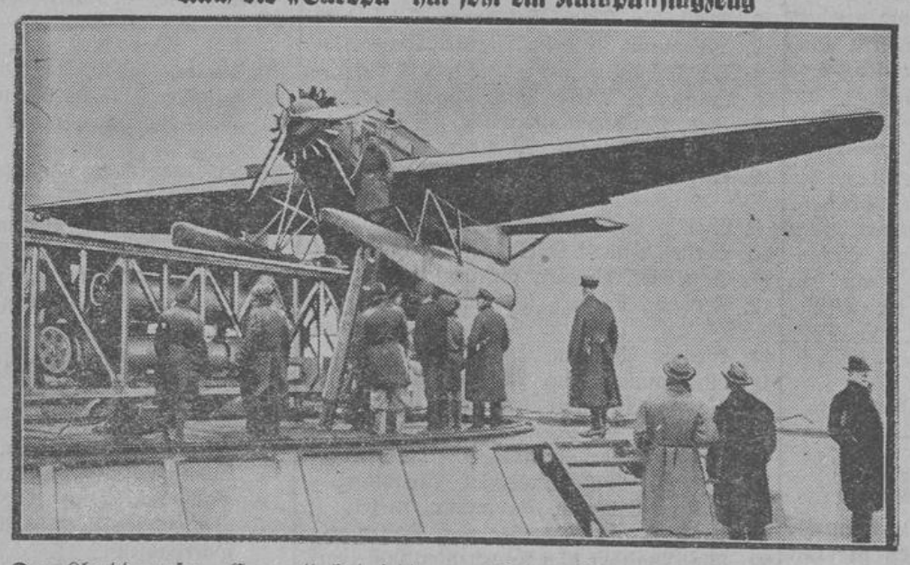
In Belize,

der Hauptstadt der britischen Kolonie Honduras, wurden

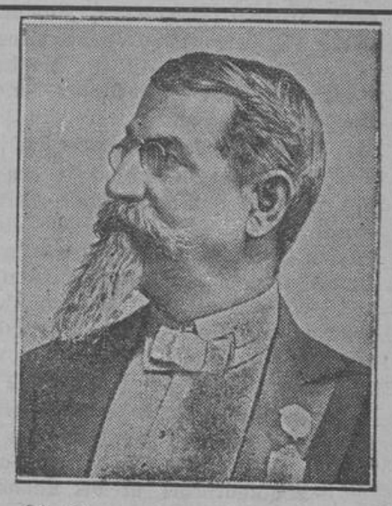
durch Feuer drei Häuserviertel zerstört.

Der Schaden wird auf 1 Mill. Mark geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch sind 400 Einwohner obdachlos geworden.

Auch die „Europa" hat jetzt ein Katapultflugzeug



Der Lloyddampfer „Europa" hat jetzt — nach dem Muster seines Schwesterschiffes „Bremen" — ein Katapultflugzeug erhalten. Die Maschine ist ein Junkers-Metalltiefdecker vom Typ „W 35". Links im Vordergrund sieht man deutlich die Druckluftbehälter, mit deren Hilfe das Flugzeug auf hoher See abgeschossen wird.



Ich war kahl

Ich bin im Jahre 1852 geboren und habe jetzt, wie meine Photographie zeigt, einen üppigen Haarwuchs. Vor etwa dreißig Jahren stellten sich auf meiner Kopfhaut die ersten Schuppen ein, meine Haare fielen aus und nach kurzer Zeit mußte ich mich zu den Kahlköpfen zählen.

Nennen Sie es Eitelkeit, wenn Sie wollen, jedenfalls sagte es mir durchaus nicht zu, für immer kahl zu bleiben. Ueberdies glaubte ich, bedingt durch die Tatsache meines Daseins, ein Anrecht auf üppigen Wuchs meiner Kopfhaare zu haben.

Umschau nach einem Haarwuchsmittel

Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, daß ich in der Hoffnung auf Erlangung neuer Haare die ganze Reihe von Haarwässern, Pomaden, Schampunen usw. versuchte, ohne daraus nur den geringsten Nutzen zu erzielen. Zu jener Zeit sah ich älter aus als jetzt. Als ich dann später Handelsmann im Indianerterritorium Nordamerikas wurde, nannten mich die Tscherokesen aus Scherz „den weißen Bruder ohne Skalp-Locke"

Amerikanische Indianer sind niemals kahl

Niemals habe ich einen kahlen Tscherokesen-Indianer gesehen. Sowohl Männer als auch Frauen geben sich leidenschaftlich dem Tabakrauchen hin, sie essen unregelmäßig, tragen durchweg straffe Bänder um ihre Köpfe und treiben sonst noch allerhand Dinge, die gewöhnlich als Ursachen von Kahlköpfigkeit bezeichnet werden. Aber sie alle besitzen wunderschönes Haar. Worin liegt nun eigentlich ihr Geheimnis?

Da ich nun einmal am Platze war — ich verbrachte die meiste Zeit in Talequah — und da ich mit ihnen auf sehr freundschaftlichem Fuße stand, so war es für mich nicht schwer, von den sonst wortkargen Tscherokesen Aufschluß zu erhalten. Ich erfuhr denn auch, wie die amerikanischen Indianer ihr langes üppiges Haar erlangen, und wie die Bildung von Schuppen und Kahlköpfigkeit bei ihnen gänzlich vermieden wird.

Mein Haar ist wieder gewachsen

Ich machte mir also dieses Geheimnis zunutze, und mein Haar begann zu wachsen. Es gab dabei weder Sorge noch Verdruß. Die neuen Haare sprossen aus meiner Kopfhaut wie frischer Graswuchs auf einem gut gepflegten Rasenplatz. Seitdem besitze ich immer einen Ueberfluß an Haaren.

Zahlreiche Freunde von mir in Philadelphia und andere fragten mich, wodurch ich ein solches Wunder erreicht habe, und ich gab ihnen das Indianer-Elixier. Bald kamen auch bei ihnen die Haare an kahlen Stellen wieder, die Schuppen verschwanden, wo sie sich früher gezeigt hatten und kamen nimmer zum Vorschein. Daß diese Leute höchst erstaunt und zugleich entzückt von den Erfolgen waren, bringt ihre Empfindungen nur gelinde zum Ausdruck.

Das neue Haar ist kräftig und seidenartig. Es hat einen schönen Glanz und verleiht ein gesundes und kraftvolles Aussehen.

Eine Probedose für Sie

Jeder Person, welche an mich eine Aufforderung gelangen läßt und 50 Pfg. in Briefmarken beifügt, übersende ich eine Probedose. Geben Sie bitte Ihre deutlich geschriebene Adresse an und vergessen Sie nicht zu erwähnen, ob für Herrn, Frau, Fräulein oder Kind verlangt wird. Ihren Brief wollen Sie genau adressieren an:

John Hart Brittain, G. m. b. H., Berlin W. 9
Potsdamer Str. 13.

Bitte ausschneiden!

Statt Kaufkraft, Mißwirtschaft und Steuern!
Der SPARER muß den Staat erneuern!
Wählt Volksrecht-Partei!
Wählt Liste 5a!

Bekanntmachung

Für die am 24. 4. 1932 stattfindende Wahl zum Preußischen Landtag sind für die Stadtgemeinde Burscheid folgende Wahlbezirke und Wahlräume bestimmt und folgende Wahlvorsteher und deren Stellvertreter ernannt worden:

Wahlbezirk 1 umfaßt folgende Straßen der Stadt: Altenberger-, Bismarck-, Bücheler-, Dammstraße, Gasweg, Geilenbacher-, Hauptstraße, Herbergsplatz, Luisen-, Mittel-, Pfarr-, Talstraße, Ufer, Viktoriastraße und Weierstraße.

Wahlvorsteher ist der Kaufmann Herr Ernst Siepermann, Hauptstraße, sein Stellvertreter der Kaufmann Herr Peter Hamacher, Hauptstraße.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule in der Viktoriastraße.

Wahlbezirk 2 umfaßt von der Stadt die Bahnhof-, Berg- und Höhestraße, den Lindenweg und die Ortschaften Bellinghausen, Büchel, Claasmühle, Flügel, Geilenbach, Griesberg, Heddinghofen, Kämpchen, Kämersheide, Kretzheide, Lambertsmühle, Liesendahl, Linde, Löh, Luisental, Repinghofen, Rötzinghofen, Thielenmühle, Thielenölmühle und Unterrepinghofen.

Wahlvorsteher ist der Fabrikant Herr Ernst Peters, Höhestraße, sein Stellvertreter der Kaufmann Herr Robert Burbach, Bahnhofstraße.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule in der Höhestraße.

Wahlbezirk 3 umfaßt den Schulbezirk Dierath mit den Ortschaften Berghamberg, Bornheim, Dierath, Großhamberg, Grünscheid, Grünscheidermühle, Hahnerfeld, Imelsbach, Irlerhof, Irlermühle, Kamberg, Kuckenberg, Lämgesmühle, Massiefen, Nagelsbaum, Neuenhaus und Unterwietsche.

Wahlvorsteher ist der Landwirt Herr Hugo Wescher, Kuckenberg, sein Stellvertreter der Vorschlosser Herr Richard Berger, Großhamberg.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Dierath.

Wahlbezirk 4 umfaßt den Schulbezirk Hilgen mit den Ortschaften Brachermühle, Dünweg, Eschhausen, Großbruch, Großösinghausen, Heide, Hilgen, Hinterweg, Hürringhausen, Irlen, Kippekofen, Kleinbruch, Kleinösinghausen, Kotten, Lamerbusch, Leie, Schneppendahl und Steinrütsche.

Wahlvorsteher ist der Hauptlehrer Herr Max Siebold, Hilgen, sein Stellvertreter der Schuhmacher Herr Thomas Grzywaczyk, Hilgen.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Hilgen

Wahlbezirk 5 umfaßt den Schulbezirk Paffenlöh mit den Ortschaften Benninghausen, Berringhausen, Blasberg, Dohm, Herkenstiefen, Oberwietsche und Paffenlöh.

Wahlvorsteher ist der Landwirt Herr Ewald Adams, Dohm, sein Stellvertreter der Arbeiter Herr Karl Lagotzki, Berringhausen.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Paffenlöh.

Wahlbezirk 6 umfaßt den Schulbezirk Sträßchen mit den Ortschaften Eichenplätzchen, Engelrath, Böckershammer, Dorn, Hahnscheiderhof, Hauslandscheid, Höfchen, Kaltenherberg, Kamp, Lungstraße, Maxhahn, Oberlandscheid, Sträßchen und Straßerhof.

Wahlvorsteher ist der Landwirt und Krautpresser Herr Fritz Roth, Lungstraße, sein Stellvertreter der Landwirt Herr Ludwig Hübel, Oberlandscheid.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule in Sträßchen.

Wahlbezirk 7 umfaßt den Schulbezirk Dürscheid mit den Ortschaften Dürscheid, Dürscheider Mühle, Gerstenmühle, Heiligeneiche, Heidberg, Hirzenberg, Kleinhamberg, Neuenhof, Neusieferhof, Sieferhof und Spiegelhof.

Wahlvorsteher ist der Lehrer Herr Karl Melchers, Dürscheid, sein Stellvertreter der Dreher Herr Ernst Steinacker, Dürscheid.

Das Wahllokal befindet sich in der Schule zu Dürscheid.

Wahlzeit: Die Wahl findet am 24. 4. 32 in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Die **Stimmzettel** sind amtlich hergestellt und werden am Wahltage im Wahllokal an die Wahlberechtigten ausgehändigt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Stimmzettel alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten 4 Bewerber jedes Vorschlages enthalten.

Die **Stimmabgabe** erfolgt in der Weise, daß der Wähler durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, den Kreiswahlvorschlag bezeichnet, dem er seine Stimme geben will. Der gekennzeichnete Stimmzettel wird in den Wahlumschlag gelegt und so an den Wahlvorsteher abgegeben. Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig.

Burscheid, den 18. April 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Öffentliche Steuermahnung

Die Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat April 1932 werden hiermit öffentlich angemahnt.

Nach den bestehenden Vorschriften müssen die Steuern für das neue Rechnungsjahr, solange die Veranlagungen noch nicht erfolgt und die Steuerbescheide noch nicht zugestellt sind, aufgrund der vorigjährigen Veranlagungen zu den üblichen Terminen weiter gezahlt werden. Es ist dies auch auf der Rückseite der Steuerzettel für 1931 angegeben.

Bei unterlassener Weiterzahlung muß kostenpflichtige Zwangsbeitreibung erfolgen.

Auswärtige Hebetermine sind:

am Donnerstag, den 21. April in Hilgen
in der Wirtschaft Hirschfelder,

am Freitag, den 22. April in Dierath
in der Wirschaft Busch,

von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 19. April 1932.

Die Stadtkasse: Schmitz.

Danksagung

Allen, die uns bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen ihre Teilnahme bewiesen haben, danken wir herzlichst.

Familie Albert von der Dellen

Hürringhausen, im April 1932.

Geld in Massen auch für Sie durch die Klassen-Lotterie

Diese Woche Ziehung

1/8 Los 5.— RM., 1/4 Los 10.— RM. empfiehlt

Otto Weber, Burscheid

Fernsprecher 539.

„Durch Preußen zur deutschen Freiheit!"

Über obiges Thema spricht in einer großen

Wahlkundgebung

Pg. Eickenberg-Mettmann

am **Donnerstag, den 21. April, abends 8.30 Uhr,** im Saale des Herrn **Prante, Hilgen.**

Beginn 8.30 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pfg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Sektion Hilgen.

Unsere Kandidaten

Arbeiter der Stirn und Faust stellen sich zur Preußenwahl

Düsseldorf-Ost

1. Florian, Friedr. Karl, Grubenbeamter, Düsseldorf
2. Klein, Dr. Josef, Volkswirt, Düsseldorf
3. Schumann, Wilhelm, Maurer, Wuppertal
4. Diehl, Emil Heinrich, prakt Arzt, Krefeld
5. Straßweg, Alfred, Anstr., Wermelskirchen
6. Zech, Karl, Hauptmann a. D., Essen
7. Nedieß, Wilhelm, Monteur, Düsseldorf
8. Mißmahl, Fritz, Gerichtsassessor, Düsseldorf
9. Quella, Alfons, Buchhalter, Duisburg
10. Bieber, Rudolf, Oberingenieur, Düsseldorf
11. Scheibner, Werner, Gärtner, Wuppertal
12. Keyßner, Werner, kfm. Angest., Rheinhausen
13. Klemm, Wilhelm, Kaufmann, Kettwig
14. Weidtmann, Otto, Metzger, Mettmann
15. Schroer, Hermann, Rechtsanw., Wuppertal
16. Kropp, Hans, Regierungsrat, Düsseldorf
17. Overdieck, Fritz, Verlagsleiter, Düsseldorf
18. Dierichs, Willi, Landwirt, Mettmann
19. Becker, Wilhelm, Kaufmann, Krefeld
20. Ebel, Horst, städt. Beamter, Düsseldorf
21. Moll Walther, kfm. Angestellter, Düsseldorf
22. Görlich, Alwin, Spediteur, Cleve
23. Börger, Erich, kfm. Angestellter, Neuß
24. Lietz, Paul, Oberpostsekretär, Düsseldorf
25. Walter, Erich, Zivil-Ing., Düsseldorf
26. Eickenberg, Otto, Tischler, Mettmann
27. Hagenkötter, Hugo, Kunstmaler, Düsseldorf
28. Hunger, Maximilian, Reichsbahnobersekr., Wuppertal
29. Ackers, Jakob, Konditor, Düsseldorf
30. Schuster, Wilhelm, Maurerpol., Wuppertal
31. Gierlichs, Hans, prakt. Arzt, Wupp.-Neviges
32. Lüttgens, Fritz, Zeichner, Rheinhausen
33. Grauel, Josef, Förster, Stenden
34. Fetköter, Hans, Bergmann, Mörs
35. Pelzer, Wilhelm, Kaufmann, Neuß
36. Stauf, Wilhelm, Kaufmann, Düsseldorf
37. Wegener, August, Händler, Düsseldorf

Düsseldorf-West

1. Zillkens, Rudolf, Schriftleiter, Essen
2. Neven, Fritz, Schlosser, Duisburg
3. Ilbertz, Heinrich, Landw., Büttgen b. Neuß
4. Bollmann, Ernst, Kaufmann, Mörs
5. Peppmüller, Friedrich, Reichsbahnassistent, Oberhausen
6. Gutenberger, Karl, Bankbeamter, Essen
7. Bieber, Rudolf, Oberingenieur, Düsseldorf.

Gebt am 24. April den undeutschen Parteien dieses Systems die richtige Antwort, wählt

Liste

8	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	8	⊗

Keine Stimme dem System Braun-Severing oder den Splitterparteien!

Helft dem Nationalsozialismus zum Siege, und Sauberkeit, Ordnung und Arbeit werden in Preußen wieder oberster Grundsatz sein!

NSDAP Burscheid

Öffentliche

Versammlung

Am Donnerstag, den 21. April, abends 8.30 Uhr, spricht im Gasthof „Zur alten Post", über die Landtagswahl

Studienrat Dr. Iseler aus Elberfeld

Unkostenbeitrag 20 Rpf

Deutsch-Nationale Volkspartei
Ortsgruppe Burscheid.

Komplette

Radio-Anlage

Neue, moderne

Küche

Einzelmöbel
sehr billig abzugeben.

Hilgen, Kölnerstr. 6

Tüchtiger Schlosser, Dreher oder Galvaniseur, welcher einen Betrag von 2-3000 RM, gegen Sicherstellung und Zinsen zur Verfügung stellen kann, für dauernde Beschäftigung sof. gesucht.

Angebote unter „A Z. 300" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Kaufm. Lehrling

mit guter Schulbildung für Kontor und Lager gesucht.

Selbstgeschriebene Angebote unter E. H 92 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Zu günstigem Preis
zu vermieten
moderne abgeschl. 1. Etage

3 Zimmer

mit Diele, evtl. mit Mans. und etwas Garten in schöner Lage (Hilgen).

E. Badermann
Hilgen, Dabringhauserstr.

Wohnhaus

mit 9 Zimmer, 2 Spülküchen und schönem Garten, Nähe Bahnhof Kuckenberg, steht **zum Verkauf.**
3 evtl. 4 Zimmer sind sofort zu beziehen.
Evtl. 3 bis 4 Zimmer, Spülküche und Garten sofort **zu vermieten.**
Angebote unter „S. S. 2" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnhaus

bei Hilgen mit Baumhof und Garten zu verkaufen. Angebote unter **W. S. 28** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wohnung

2 Zimmer, in Kaltenherberg, zum 1. Mai **zu vermieten.** — Angebote unter „S P. 81" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Achtung! Achtung



Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Es wird am Freitag, 22. April, nachm. von 2 bis 4 Uhr, an der Wirtschaft Heinrich Prante in Hilgen, ein großer Transport von 80 Stück

oldenburg. Schweinen

das Stück von 10.— RM an, auch größere Läuferschweine spottbillig, verkauft.

Kutsch, Barmen.

Vieh

wird gegen Weidelohn aufgetrieben.

Wilhelm Maibüchen
Lambertsmühle, Tel. 515

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr 92 2. Blatt Mittwoch, 20. April 1932

Der Verwaltungsbericht der Stadtgemeinde Burscheid

Finanz- und Steuerwesen

Durch die Reichsfinanzreform waren mit dem Uebergang der Einkommensteuer auf das Reich und der Einführung der Reichssteuerüberweisungen an die Gemeinden die Realsteuern zu dem wichtigsten „beweglichen Faktor" im Rahmen der gemeindlichen Steuereinnahmen geworden. Ab 1. April 1931 sind die Einnahmen aus den Realsteuern der selbständigen Einflußnahme der Gemeinden in wesentlichen Punkten entzogen.

Die durch die Wirtschaftslage bedingten Mindererträge an Steuern haben auch für die Stadt Burscheid entscheidende Bedeutung. Die Gemeinde wird nicht nur von dem Rückgang der Realsteuern betroffen, sondern auch von starken Minderungen der ihnen vom Reich überwiesenen Anteile an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Reichssteuerüberweisungen

Für die Verteilung der Gemeindeanteile an den Erträgen der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer waren für 1931 die Rechnungsanteile nach den X. Reichsverteilungsschlüsseln maßgebend. Die für Burscheid festgesetzten Rechnungsanteile betragen bei der Einkommensteuer 367 147 und bei der Körperschaftsteuer 27 130. Für 1930 betrugen die Rechnungsanteile bei der Einkommensteuer 480 483. Der Gemeindeanteil an dem Aufkommen der Umsatzsteuer wird nach einem generellen ein für allemal feststehenden Schlüssel verteilt. Diese Schlüsselzahl beträgt für Burscheid 9437.

Der Haushaltsplan für 1931 sah 97 084 RM an Reichssteuer-Ueberweisungen vor.

Die tatsächlichen Ueberweisungen an die Stadt Burscheid betragen für 1931

aus der Einkommensteuer	45 203 RM
aus der Körperschaftsteuer	2 196 RM
aus der Umsatzsteuer	17 334 RM
insgesamt:	64 733 RM

Hiernach ergibt sich bei den Ueberweisungssteuern eine Mindereinnahme von 32 351 RM. Dieser Einnahmeausfall ist auf die Senkung der Rechnungsanteile und auf den Rückgang der Einheitssätze zurückzuführen.

Hauszinssteuer

Die weitere Verschiebung des endgültigen Finanzausgleichs nötigte im Berichtsjahre erneut zur Verlängerung der Realsteuergesetze. Eine Aenderung des materiellen Gesetzesrechts trat nicht ein. Die Hauszinssteuer wurde für 1931 um etwa 3 Prozent gesenkt.

Das berichtigte Soll an Hauszinssteuer beträgt für 1931 = 131 500,66 RM — 37 092,06 RM, oder rund 28,2 Prozent des Jahressolls sind niedergeschlagen worden.

Realsteuern

Die wesentlichste Einnahmequelle der Gemeinde bilden nach wie vor die direkten Gemeindesteuern, wenngleich auch ihre Inanspruchnahme durch die Notverordnungen auf ein bestimmtes Maß begrenzt ist.

1. Grundvermögenssteuer

Das Grundvermögenssteuerrecht blieb unverändert. Die Grundvermögenssteuer wird vom Staat erhoben. Seit dem 1. 6. 1930 erhebt der Staat von der auf den nicht landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz entfallenden Grundvermögenssteuer einen Zuschlag von 100 Prozent. Von dem festgesetzten erhebungsfähigen Steuersoll, das 32 632,32 RM beträgt, sind 1103,11 RM niedergeschlagen worden. Das berichtigte Sollaufkommen an staatlichem Zuschlag zur Grundvermögenssteuer beläuft sich auf 15 436 RM. Hiervon mußten 394 RM niedergeschlagen werden.

2. Gemeindezuschläge zur staatl. Grundvermögenssteuer

Die Gemeindebesteuerung erfolgt in Form von Zuschlägen zu den staatlich veranlagten Steuersätzen. Nach dem Haushaltsansatz sollte die gemeindliche Grundvermögenssteuer 80 000 RM einbringen. Das Veranlagungssoll beträgt 85 821 RM. Hiervon sind 64 692 RM eingegangen.

Gewerbeertragssteuer

Die Gewerbesteuer ist keine Staatssteuer, sie dient lediglich als Maßstab für die Kommunalbesteuerung.

Gegenüber dem Jahre 1930 sind Aenderungen innerhalb der Veranlagungsvorschriften nicht eingetreten.

Die Veranlagung ergab einen Steuergrundbetrag von 12 859,56 RM. Bei einem Zuschlag von 540 v. H. beträgt das Sollaufkommen 69 625 RM. Dieser Betrag kann mit Rücksicht auf die im Rechtsmittelverfahren noch entstehenden Abgänge nicht als endgültig angenommen werden. 64 625,74 RM wurden bisher vereinnahmt. Von den zur Einreichung einer Steuererklärung aufgeforderten Pflichtigen waren 72 steuerfrei, während 345 zur Steuer herangezogen worden sind.

Gewerbekapitalsteuer

Die Veranlagung der Gewerbekapitalsteuer für 1931 konnte bisher noch nicht erfolgen. An Vorauszahlungen auf diese Steuer sind der Gemeinde 19 941,23 RM zugeflossen. Die Gewerbekapitalsteuer soll der Stadt bei einem Zuschlag von 1400 v. H. rund 28 000 RM einbringen.

Den Gemeinden Opladen, Odenthal, Dabringhausen, Witzhelden, Wermelskirchen und Bergisch Neukirchen steht die Beteiligung an der hier aufkommenden Gewerbekapitalsteuer mit insgesamt 556 Lohnsummenempfängern zu. An diese Gemeinden wurden bis Ende Februar 1772,94 RM überwiesen. Die Gemeinde Burscheid hat andererseits den gleichen Anspruch an die Gemeinden Wermelskirchen, Köln und Opladen mit zusammen 270 Arbeitnehmern. Es sind 766 RM eingegangen.

Die endgültige Abrechnung ist noch nicht erfolgt.

Gemeindesteuern

1. Hundesteuer

Dem berichtigten Steuersollaufkommen von 8120 RM steht ein Istaufkommen von 7984 RM gegenüber. (Etatansatz: 8500 RM.) 398 Hunde wurden versteuert.

2. Vergnügungssteuer

Die Vergnügungssteuer hat bis jetzt 4533 RM eingebracht. Im Etat waren 5000 RM vorgesehen.

3. Notverordnungssteuern

Die Einführung der Bürgersteuer und der Gemeindebier- und Getränkesteuer war zum Ausgleich des Haushalts notwendig. Grundgedanke der Bürgersteuer ist die Beteiligung aller Kreise der Einwohnerschaft an den öffentlichen Lasten.

Das Sollaufkommen aus der Bürgersteuer beträgt rund 71 000 RM und ist mit 54 000 RM eingesetzt gewesen. Die Isteinnahme beläuft sich bis heute auf 37 000 RM.

Es sind aufgekommen:

an Gemeindebiersteuer	10 590 RM
an Gemeindegetränkesteuer	3 703 RM

Das Einziehungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Ein Viertel der aufgekommenen Biersteuer erhält der Kreis.

Der Anteil der Gemeinde Burscheid an den Pauschbeträgen zur Abgeltung der Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Reichsbahngesellschaft und der Deutschen Reichspost für 1931 beträgt 3987,50 RM.

Schulwesen

Volksschulen

Die Zahl der Lehrpersonen betrug an den evangelischen Volksschulen 10 Lehrer und 2 Lehrerinnen, darunter die technische Lehrerin für sämtliche Schulen; an den katholischen Schulen 4 Lehrer. Außerdem waren noch zeitweise zwei Hilfskräfte tätig.

Herr Hauptlehrer Wirtgen, der als solcher seit dem 1. April 1909 an der hiesigen katholischen Volksschule amtierte, wurde zum 31. März 1932 infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt. Herrn Wirtgen gebührt für seine lange segensreiche Tätigkeit auch an dieser Stelle der Dank der Verwaltung, die seinen Fortgang sehr bedauert. Die Schuldeputation beschloß in ihrer Sitzung vom 4. Januar 1932 als Nachfolger den seit dem 1. Oktober 1911 an der hiesigen katholischen Schule tätigen Herrn Lehrer Gersabeck in Vorschlag zu bringen. Die Entscheidung der Regierung über dessen Ernennung zum Hauptlehrer ab 1. April ist daraufhin eingegangen.

Durch eine Masernepidemie wurde am 2. Juli 1931 die Schule in Paffenlöh durch den Herrn Kreisarzt geschlossen und mit Genehmigung desselben der Unterricht am 15. Juli wieder aufgenommen. Desgleichen mußte an der Schule in Hilgen eine Klasse am 3. Juli 1931 wegen Wasserpockenerkrankung der Kinder durch den Herrn Kreisarzt geschlossen werden. Auch hier konnte nach verhältnismäßig kurzer Dauer der Unterricht am 13. Juli wieder aufgenommen werden.

Die Schülerzahl beträgt nach dem Stande vom 1. Februar 1932 567 an den evangelischen Schulen gegenüber 558 im Vorjahre und 191 an den katholischen Schulen gegenüber 174 im Vorjahre. Die Zahl der Fremdenschulgeldkinder betrug durchschnittlich 10.

Der im Haushaltsplan 1931 eingesetzte laufende Staatszuschuß von jährlich 8400 RM wurde gestrichen. Der Ausfall konnte nicht vorausgesehen werden.

Bürgerschule

Die Zahl der Lehrpersonen betrug 3 Lehrer und 1 Lehrerin, die Zahl der Schüler und Schülerinnen 67 gegenüber 62 im Vorjahre.

Für das Rechnungsjahr 1931 hatte das Kuratorium insgesamt die Gewährung von 8½ Freistellen vorgeschlagen, die auch genehmigt wurden.

Die Zahl der auswärtigen Schüler betrug 6, davon waren 5 aus Gemeinden des eigenen Kreises und 1 aus einem anderen Kreise.

Am 21. Dezember 1931 wurde die Schule durch Herrn Oberregierungs- und Schulrat Nickel geprüft, wobei die Leistungen der Schule lobend anerkannt wurden.

Berufsschule

Die gewerbliche Berufsschule wurde im verflossenen Rechnungsjahr von 226 Pflichtschülern und 35 freiwilligen Schülern besucht, die auf die einzelnen Berufsgruppen und in diesen auf die Fachklassen verteilt wurden. Der Staatszuschuß betrug 4300 RM; für die Beschulung arbeitsloser Jugendlicher wurde ein staatlicher Zuschuß von 120 RM gewährt, für den Lehrmittel beschafft wurden.

Die kaufmännische Berufsschule wurde von insgesamt 27 Schülern und 3 Schülerinnen besucht.

Die Schülerzahl an der ländlichen Fortbildungsschule betrug 20, die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden 160.

Handelsschule

Die Handelsschule wurde im verflossenen Schuljahr von 33 Schülern und 14 Schülerinnen besucht, davon entfielen auf Burscheid 10, Wermelskirchen 10, Leverkusen 4, Opladen 17, Bergisch Neukirchen 1, Immigrath 2 und Odenthal 3. Für 8 Schüler bezw. Schülerinnen wurden Studienbeihilfen durch die Regierung gewährt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Oberregierungsrat Professor Busch von der Düsseldorfer Regierung fand am 10. März 1932 die Abschlußprüfung statt, der sich 17 Schüler und Schülerinnen unterzogen. Allen Prüflingen konnte das Zeugnis der mittleren Reife zuerkannt werden.

Der Lehrkörper der Handelsschule setzt sich zusammen aus dem Direktor und zwei planmäßigen Lehrkräften, außerdem wird eine Lehrkraft auftragsweise beschäftigt.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß die Aula der Schule durch eine Stiftung des Herrn Albert Richartz, dem auch an dieser Stelle dafür herzlicher Dank ausgesprochen sei, eine künstlerische Ausmalung erhielt.

Im verflossenen Herbst wurde vom Arbeitsamt Opladen mit Unterstützung der Regierung zu Düsseldorf ein Fortbildungskursus für arbeitslose Jugendliche eingerichtet.

Auf dem Gebiete der Jugendpflege ist nichts besonderes zu berichten.

Polizeiverwaltung

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 205 Strafverfahren bei der Staats- bezw. Amtsanwaltschaft eingeleitet. In einigen Fällen konnten die Täter dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Wegen Gewerbevergehens wurden außerdem noch in 21 Fällen Strafverfahren bei der höheren Verwaltungsbehörde und in 3 Fällen beim Zollamt eingereicht. Im hiesigen Polizeigefängnis waren 17 Personen untergebracht. Von Staats- und Amtsanwaltschaften, Gerichten und auswärtigen Polizeibehörden gingen in etwa 1800 Fällen Ersuchen um verantwortliche Vernehmungen von hier wohnenden Beschuldigten bezw. Vernehmungen von hier wohnenden Zeugen in Strafsachen ein. Gerichtliche Bestrafungen von hier geborenen bezw. hier wohnenden Personen erfolgten in 62 Fällen. Von der hiesigen Stelle wurden 108 Strafverfügungen erlassen. Außerdem wurden noch 22 Personen schriftlich bezw. mündlich verwarnt.

Die Zahl der in gewerblichen bezw. landwirtschaftlichen Betrieben vorgekommenen Unfälle beträgt 67. In 22 Fällen mußten die Unfalluntersuchungsverhandlungen getätigt werden.

Selbstmord haben 4 Personen verübt.

Ansteckende bezw. übertragbare Krankheiten wurden in 14 Fällen ärztlich angezeigt. Hiervon entfallen auf: Diphtherie 3, Kindbettfieber 4, Scharlach 9, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 2.

Größere Brände kamen in 2 Fällen vor. Außerdem wurden noch eine Anzahl kleinere Brände — Zimmer, Schornstein usw. — angezeigt.

In 73 Fällen wurden Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheinen entgegengenommen und mit entsprechender Stellungnahme weitergegeben. Reiselegitimationskarten wurden 31 Stück ausgestellt.

Die Lebensmittelgeschäfte, Metzgereien und Milchhandlungen wurden wiederholten unvermuteten Revisionen durch das chemische Untersuchungsamt in Opladen, die Metzgereien und Fleischverkaufsstellen auch noch besonderen Revisionen seitens des Kreis-Veterinärrats unterzogen. Die alljährlich vorgeschriebenen Revisionen der Drogen- und Farbwarengeschäfte durch das chemische Untersuchungsamt, der Lichtspieltheater, der Schießstände und der landwirtschaftlichen Betriebe durch Regierungssachverständige wurden vorgenommen. Auf Anordnung des Landrats wurden wiederholt unvermutet Auto- und Fahrradkontrollen vorgenommen.

— Schluß folgt —

Die Stadtverwaltungen am Ende

Durch Steuerrückgang Zahlung der Gehälter und Löhne in Frage gestellt.

In den Vorstandssitzungen des Deutschen und Preußischen Städtetages wurde von allen Seiten auf die Verschlechterung der Lage hingewiesen. Das Steueraufkommen unterschreite die niedrigsten Schätzungen. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sei in den letzten sechs Monaten um mehr als 60 v. H. gestiegen. Mit Abstrichen sei in dieser Lage nichts mehr zu erreichen. Trotzdem sei den Gemeinden weder vom Reich noch von den Ländern auch nur annähernd ausreichend geholfen. Noch immer stehe die Reform der Arbeitslosenhilfe aus.

Es bestehe die ernste Gefahr, daß binnen kurzem auch die Zahlung der Zinsen, Gehälter, Löhne und Unterstützungen in größerem Umfang in Frage gestellt werde.

Die schwere Lage der Gemeinden werde durch Maßnahmen des Reiches und der Länder verschlechtert; in vielen deutschen Ländern seien die Staatsetats durch Aenderung des Finanz- und Lastenausgleichs zuungunsten der Gemeinden ausgeglichen worden. Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände müßten für 1932 mit einem Fehlbetrag von mindestens 750 Millionen RM rechnen, nachdem schon das Rechnungsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von wenigstens 350 Millionen RM abschließe. Präsident Dr. Mulert habe vor wenigen Tagen Reichsfinanzminister Dr. Dietrich auf diese bedrohliche Lage aufmerksam gemacht. In zahlreichen Industriestädten deckten die gesamten Steuereinnahmen nur noch die Hälfte der Wohlfahrtslasten.

Von einem Haushaltsausgleich sei deshalb in den meisten Städten nicht mehr die Rede. Endlich müsse die Reform der Arbeitslosenfürsorge verwirklicht werden.

Eine einheitliche Finanzierung durch Zusammenfassung der verschiedenen Deckungsquellen der Arbeitslosenhilfe zu einer einheitlichen besonderen Zwecksteuer und eine Garantie für das zweckmä-

ßige Zusammenarbeiten zwischen Wohlfahrts- und Arbeitsämtern seien unerläßlich. Es gehe nicht an, die Lasten der Arbeitslosenfürsorge immer mehr vom Reich auf die Gemeinden abzuwälzen.

Für die Uebergangszeit müsse der bisherige Reichszuschuß ohne jede Kürzung oder Stockung fortgezahlt und der ständig anschwellende Zufluß der Arbeitslosen in die kommunale Erwerbslosenfürsorge abgestoppt werden.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Zur Landtagswahl

Für die am kommenden Sonntag stattfindende Landtagswahl wurde als Abstimmungslokal die Kaiserhalle (Saal der Wirtschaft Unshelm) bestimmt. Die Wahlhandlung beginnt diesmal bereits morgens um 8 Uhr und wird nachmittags um 5 Uhr geschlossen. Die den Wahlberechtigten aus Anlaß des 1. Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl zugestellten Wahlausweiskarten haben auch für die Landtagswahl Gültigkeit. Zur schnelleren Abwicklung des Abstimmungsgeschäftes sind diese Karten nach Möglichkeit bei der Stimmabgabe vorzulegen. Es ist vielfach die Ansicht vertreten, daß derjenige nicht wählen kann, der die Ausweiskarte verloren oder vernichtet hat. Diese Ansicht ist irrig. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hat und in die Wählerliste eingetragen ist. Wahlberechtigte, die nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist der 3. April ds. Js., ihren Wohnort verlegt haben, können nur auf Grund eines Wahlscheines wählen, der ihnen auf Antrag von der Gemeindebehörde ihres bisherigen Wohnorts zu erteilen ist, wenn sie dort während der Auslegungsfrist im Wählerverzeichnis eingetragen waren. Die letzteren Wahlberechtigten tun also gut, sich unverzüglich um die Ausfertigung eines Wahlscheines zu bemühen, da sie andernfalls von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen können. An die Wahlberechtigten ergeht sodann noch die dringende Bitte, für die Stimmabgabe nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zu benutzen.

Zur Landtagswahl am Sonntag

Für die am kommenden Sonntag stattfindende Wahl zum Preußischen Landtag sind für die Stadtgemeinde Burscheid Wahlbezirke und Wahlräume bestimmt, und Wahlvorsteher und deren Stellvertreter ernannt worden, die im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe bekannt gemacht werden.

Die Wahlzeit findet im Gegensatz zu den beiden letzten Wahlen in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Wählen kann nur der, wer in der Wahlkartei eingetragen ist oder einen Wahlschein besitzt.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Stimmzettel alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlages enthalten. Stimmzettel und Stimmzettelumschlag werden dem Wahlberechtigten am Eingang des Wahlraumes ausgehändigt. Der Wahlberechtigte begibt sich mit dem Stimmzettel und dem Umschlag in den abgesonderten Raum oder in die Wahlzelle und kennzeichnet dort auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will. Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, sind ungültig. Nebenbei sei bemerkt, daß wir in gestriger Ausgabe schon den amtlichen Stimmzettel zum Abdruck brachten.

Der Wahlberechtigte legt alsdann den einmal zu faltenden Stimmzettel in den Umschlag, begibt sich an den Vorstandstisch und legt dem Wahlvorsteher die Wahlbenachrichtigungskarte vor. Wer seine Wahlbenachrichtigungskarte verloren hat, tut gut, einen anderen Ausweis (Reisepaß, Arbeitslosenausweis oder dergleichen) zur Wahl mitzubringen. Der Wahlberechtigte nennt dem Wahlvorsteher seinen Namen und seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wahlkartei gefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn ungeöffnet in die Wahlurne legt.

Von Wert ist es, zu wissen, wie ein in Preußen ansässiger Wähler sein Wahlrecht ausüben kann, wenn er sich am Tage der Landtagswahl nicht am Ort seines Wohnsitzes aufhält. Auf Antrag wird vom Wahlamt ein Wahlschein ausgestellt, der zur Abgabe der Stimme an jedem beliebigen Ort innerhalb Preußens berechtigt. Die Ausstellung von Stimmscheinen für die Wahl zum preußischen Landtag für diejenigen Wähler, die aus zwingenden Gründen außerhalb der Gemeinde Burscheid wählen wollen, erfolgt bis zum 23. April während der üblichen Bürostunden im Zimmer 10 des Rathauses in der Bismarckstraße. Außerhalb Preußens nützt allerdings einem in Preußen ansässigen Wähler, der sich auf der Reise befindet, auch ein Wahlschein nichts. Ein in Preußen ansässiger Wahlberechtigter könnte beispielsweise in Hamburg oder München nicht wählen, auch nicht zu den Parlamenten dieser Länder, da ein vorübergehender Aufenthalt nicht als ständiger Wohnsitz gilt. Wer aber am Tage der Wahl seinen Wohnsitz in Preußen hat und verreisen muß, sich aber innerhalb der preußischen Grenzen aufhält, besorge sich sofort einen Wahlschein, um nicht seines höchsten Rechtes verloren zu gehen.

Wo bleiben die Steuergroschen?

Diese Frage wird heute viel erörtert — leider nicht immer richtig beantwortet. Es gibt Gruppen, die wissen immer nur zu sagen: „Die Steuern dienen zum Unterhalt der Beamten". Jeder gibt eine andere Antwort. Darum sei einmal an 100 RM Steuern, die der Staat einnimmt, ausgerechnet, wie die Verteilung vor sich geht. Allerdings ist die folgende Berechnung vom Jahre 1929, heute sind die aufgezählten Posten wesentlich gekürzt:

Von 100 RM werden ausgegeben für:

Parlamente des Reiches und der Länder	0,15 M
Kirche	0,59 „
Jugendwohlfahrt	0,95 „
Hochschulen	1,05 „
Kunst und Theater	1,31 „
Gesundheitswesen	1,55 „
Anstalten aller Art	1,94 „
Förderung der Wirtschaft	2,04 „
Förderung der Rechtspflege	2,24 „
Sozialversicherungen	2,45 „
Erwerbslosenfürsorge	3,15 „
Polizei	4,73 „
Wehrmacht	4,76 „
Schuldendienst	4,77 „
Finanzverwaltung	4,90 „
Verwaltung	5,58 „
Wohnungswesen	5,75 „
Verkehrswesen	6,30 „
Fürsorge	6,88 „
Schulen	12,50 „
Reparationen	12,80 „
Innere Kriegslasten	13,75 „

Aus der Heimat

Prüfung der Industrielehrlinge beim Arbeitgeberverband

Am 14. und 15. April fanden die Frühjahrsprüfungen für die Lehrlinge der Industriezweige des Arbeitgeberverbandes im Rhein-Wupper Kreis statt. Es unterzogen sich der Facharbeiterprüfung 45 Lehrlinge verschiedener Firmen des unteren Rhein-Wupper-Kreises, darunter auch Goetzewerk Friedr. Goetze AG und Albert Peters aus Burscheid. Von den Prüflingen bestanden drei Lehrlinge mit sehr gut und sieben mit gut, darunter der Schlosserlehrling Karl Fastenrath-Burscheid. 29 Lehrlinge haben die Prüfung nicht bestanden und können diese im Herbst wiederholen.

Wahlkundgebung der NSDAP

Am morgigen Donnerstag, den 21. April, abends 8,30 Uhr, spricht anläßlich einer großen Wahlkundgebung der NSDAP im Saale des Herrn Prante in Hilgen Pg. Eickenberg-Mettmann über das Thema „Durch Preußen zur deutschen Freiheit!"

Siehe auch vorliegender Anzeigenteil.

Versammlung der Deutschnationalen

Am morgigen Donnerstag, abends 8.30 Uhr, spricht im Gasthof Zur alten Post in einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei Studienrat Dr. Iseler-Elberfeld über die Landtagswahl.

Siehe auch vorliegender Anzeigenteil.

Reichsmilchgesetz und Regelung der Milchwirtschaft

Ueber diese Frage spricht in einer Versammlung der Lokal-Abteilung Solingen des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen am kommenden Freitag Assessor Stapper aus Krefeld. Bei diesem Vortrag werden insbesondere die Belange der milcherzeugenden Landwirte des unteren Rhein-Wupperkreises behandelt werden. Beginn nachmittags 5 Uhr im Opladen bei Dautzenberg, Bahnhofstraße.

Schloßbesuch 1931/32

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte Schloß Burg rund 150 000 Besucher. Wie bei der allgemeinen Wirtschaftslage zu erwarten war, ist die Zahl um rund 25 000 gegen das Vorjahr zurückgegangen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß jetzt nur die zahlenden Besucher erfaßt sind.

Die bergisch-niederrheinischen Hausbandwirker tariffähig

Eine für die Hausbandwirkerindustrie wichtige Entscheidung fällte jetzt das Arbeitsgericht Wuppertal in dem Tarifstreit der Hausbandwirker des bergisch-niederrheinischen Bezirks. Es handelte sich darum, daß von Arbeitgeberseite eine Aenderung der Lohnlisten vorgenommen war, die Abzüge von 14 bis 25 Prozent für die selbständigen Hausbandwirker vorsieht. Der Verband der bergisch-niederrheinischen Hausbandwirker hatte die Listenänderungen nicht anerkannt und gleichzeitig Feststellungsklage beim Arbeitsgericht dahingehend erhoben, ob die Hausbandwirker als Lohngewerbetreibende und der Verband als tariffähig anzusehen seien. Das Gericht hat die Fragen bejaht und damit dem Verband die Möglichkeit gegeben, wegen den Lohnkürzungen den Schlichter anzurufen.

Im ersten Kampf unterlegen

Die Ringermannschaft des TV Frischauf Hilgen trat am vergangenen Sonntag in Langendreer gegen den Kreismeister des ersten Kreises — TV Kaltehart — zum Kampf um die Bundesmeisterschaft an, wobei nach hartem Kampfe den Hilgener vier wertvolle Punkte verloren gingen, weil jede Halbzeit mit zwei Punkten gewertet wird.

Der Fliegengewichtler Fussie mußte sich im ersten Gang nach $9^1/_2$ Minuten als geschlagen bekennen, jedoch endete der zweite Gang unentschieden. Im Bantamgewicht holte Marx in beiden Kämpfen ein Unentschieden heraus. Im Federgewicht traf Lempert auf den Bundesmeister Foltmann, wurde im ersten Gang nach $2^1/_2$ Minuten auf die Schulter gezwungen und im zweiten Kampfe erst nach $6^1/_2$ Minuten. Faßbender

Fürsorge für die ehemals besetzten Gebiete

Die fremde Besatzung hat den ehemals besetzten Gebieten in wirtschaftlicher Beziehung manche Nachteile gebracht. Diese sind noch durch die Abtrennung von Gebietsteilen, die lange Zeit wirtschaftlich und politisch zusammengehörten, vergrößert worden. Infolgedessen stellte es sich als notwendige und selbstverständliche Pflicht des Staates heraus, diesen für das Deutschtum auf vorgeschobenem Posten leidenden Grenzgebieten durch umfangreiche Hilfsmaßnahmen wirtschaftlicher und kultereller Art beizustehen.

Eine bevorzugte Berücksichtigung der notleidenden Teile des ehemals besetzten Gebietes erfolgt bereits bei der Verteilung der allgemeinen Staatsfonds der verschiedenen Ressorts. Wenn im letzten Rechnungsjahr 1931 diese besondere Fürsorge wegen der finanziellen Notlage von Reich und Ländern auch nicht mehr in dem früheren und gewiß noch wünschenswerten Umfange durchgeführt werden konnten, so ließ es sich doch immerhin ermöglichen aus Reichsmitteln rund 5,3 Millionen für die wirtschaftliche Reichswesthilfe (preußischer Anteil) und rund 900 000 RM für die kulturelle Reichswesthilfe (preußischer Anteil) auszuwerfen. Aus eigenen preußischen Mitteln wurden weiterhin für die wirtschaftliche Westhilfe rund 4,7 Millionen, für die kulturelle Westhilfe rund 380 000 RM zur Verfügung gestellt.

Besondere Straßen-, auch Wasserleitungsbauarbeiten in ländlichen Gebirgsgegenden werden aus diesen Mitteln gefördert. Auch die durch Staatsmitteln geförderten Brückenbauten im Rheinland wie die Römerbrücke in Trier, die Köln-Mülheimer und Düsseldorf-Neußer Brücke, die Koblenzer Moselbrücke sind hier zu erwähnen, wenn die laufenden Zuschüsse und Beigaben auch teils aus anderen Mitteln wie z. B. der Kraftfahrzeugsteuer bestritten wurden.

Die geheimnisvolle Nacht in Spa

Im Verlage von Gerhard Stalling, Oldenburg, läßt E. Czech-Jochberg ein spannendes Buch erscheinen: Paris oder Doorn? Einzug des Kaisers in die französische Hauptstadt, Vorbeimarsch der siegreichen deutschen Truppen auf der weiten Avenue der Champs Elisees, auf dem Place de la Concorde oder nächtliche Flucht aus dem Hauptquartier in Belgien, sechs lange, bange Stunden in einem holländischen Zollhäuschen und dauerndes Exil in Doorn? Wo war die Wegscheide in diesem gigantischsten aller Kriege, welches die Stunden der Entscheidung? Neigte sich an der Marne die Waage des Schicksals, bei Amiens, bei Cambrai? Hat das U-Boot versagt, die Etappe, das Hinterland, der Reichstag, die Verbündeten? Es waren flüchtige Augenblicke, die diese Frage beantwortet haben. Zweifellos „unglücklicher Zufall", wie wir es nennen, der den zweimal errungenen Sieg unseren Händen entriß Und später noch, noch im Walde von Compiegne, erkennt man deutlich die Augenblicke der Entscheidung, der Tragik. — Mit freundlicher Genehmigung des Verlages bringen wir die Schilderung der schicksalvollen Nacht in Spa.

Der November sieht unfreundlich durch die Fenster des Gartensaales der Kaiservilla in Spa. Im offenen Kamin knattern die frischen Holzscheite. Der Kaiser rückt seinen Sessel an den Kamin heran. Ihn fröstelt.

Um ihn versammelt Hindenburg, Groener, Plessen, Graf Schulenburg, Oberst Heye. Auf dem Tische Listen und Meldungen und Karten. Die Operationen werden besprochen.

Die Operationen gegen den Osten, gegen Deutschland, gegen die Heimat.

Die Verläßlichkeit der Truppe war erfragt worden. Die Antworten werden verlesen. Die erste Frage, ob es möglich erscheine, daß der Kaiser an der Spitze seiner Soldaten den Kampf gegen die revolutionäre Heimat aufnehme, beantworten von neununddreißig Kommandeuren dreiundzwanzig mit „Nein", fünfzehn mit „Zweifelhaft", einer mit „Ja".

Der Feldmarschall wechselt mit seinem neuen Generalquartiermeister Groener einen langen Blick. Der Kaiser sitzt stumm, bleich, nervös.

Oberst Heye, von der Operationsabteilung der OHL, fährt fort: „Zweite Frage. Ob das Heer gegen den Bolschewismus in der Heimat kämpfen wolle und werde: Acht nein, neunzehn zweifelhaft, zwölf ja".

„Ihre persönliche Auffassung, Oberst Heye?"

Heye sieht nicht auf, spricht, als ob das auch in den Papieren stünde: „Ich habe den Eindruck, daß die Armee auch heute noch Majestät treu ergeben ist".

„Also?" warf rasch der Generalstabschef des Kronprinzen, Graf Schulenberg, ein.

Heye setzt fort: „Aber trotzdem wird diese Armee nicht mehr marschieren!"

Der Feldmarschall, Groener, der Kaiser blicken auf. Vorsichtig, halblaut setzt Oberst Heye seine Worte fort: „Auch mit Eurer Majestät an der Spitze wird die Armee nicht marschieren. Die Truppen sind todmüde. Sie werden auch nicht gegen den Bolschewismus geführt werden können. Sie brauchen Ruhe, nichts anderes als Ruhe. Was sie jetzt wollen, ist nur das eine: Waffenstillstand!"

Waffenstillstand? Den würden sie doch erhalten. Die deutsche Delegation hat die feindlichen Linien passiert. Jeden Augenblick mußte die Nachricht da sein. Die Armee war frei zu einem Vorstoß gegen die Revolution.

Diese Erkenntnis ließ Schulenburg hochschnellen: „Ich glaube nicht diesen Ziffern, ich glaube nicht an diese Meldungen der Kommandeure. Ich bin deutscher Offizier, wie diese Herren, ich kenne den deutschen Soldaten besser".

„Besser als die Regimentskommandeure?"

Schulenburg wuchs: „Besser! Der deutsche Soldat verrät seinen Kaiser nie. An der Spitze des Heeres ist der Platz Seiner Majestät. Alles andere verwerfe ich, alles andere ist ein furchtbarer Fehler".

Groener fragt ihn: „Sie sind also für die Operation?"

Schulenburg hat den Teufel im Leibe: „Ich kann auch deutlicher sprechen. Ja, ich bin für den Vormarsch nach Hause, ich bin für eine starke Faust, ich finde das Verhandeln mit Meuterern schmählich, ich bin für Schießen".

Hervorgekeucht war das, eine Flamme von Wut und Scham. Plessen, der lange Generaladjutant des Kaisers, sprang ihm zur Seite. Der ordenklingende Hofgeneral brannte in gleicher Energie wie der kronprinzliche Generalstäbler.

Der Kaiser wendet sich an Hindenburg.

Hindenburg sagt langsam, jedes Wort betonend: „Dem Herzen nach bin ich für diese Operation. Aber ich halte die Durchführung nicht mehr für möglich".

„Exzellenz Groener?"

Groener spricht hastig, fast feindlich. Man dürfe sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Truppe nicht mehr kämpfen könne, nicht wolle. Am allerwenigsten gegen die Heimat, auch unter dem Kaiser nicht.

Der Kaiser braust auf. Schulenburg wendet sich in tiefster Erregung an den Kaiser: „Majestät haben die Pflicht zu marschieren, die Pflicht zu fechten".

Das Gesicht des Monarchen erhellt sich. Seine Gestalt strafft sich: „Nun, meine Herren?"

Aber Hindenburg und Groener schweigen.

Da meldet sich Köln am Fernsprecher und führt die Debatte weiter. Die 2. Gardedivision, eine ruhmreiche Stoßdivision, die man gegen die Meuterer von der Front in Marsch gesetzt hat, löst sich auf. Die Leute desertieren einfach von der Truppe. Die Offiziere völlig machtlos. Vom Schlosse der Kaisertochter in Braunschweig weht die rote Fahne! In München regiert ein galizischer Kaffeehausliterat, der König ist sang- und klanglos vertrieben.

General von Linsingen meldet aus Berlin, daß das Jägerbataillon 4, daß das Ersatzbataillon des Alexanderregiments und der „Franzer" den Gehorsam verweigerten. Die aufgeregten Massen seien in die innere Stadt gedrungen. Kein Mensch wisse, wer den Befehl an die Schutzmannschaft gegeben habe, die Brücken am Landwehrkanal zu räumen.

Erneut ruft der Fernsprecher. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, meldet durch: „Es ist eine Frage von Minuten, und die Massen besetzen mit Maschinengewehren das Regierungsviertel".

„Habt Ihr denn keine Maschinengewehre?" zischt Schulenburg.

„Die Monarchie ist verloren, wenn nicht augenblicklich die Abdankung erfolgt", antwortet der Kanzler.

„In ein paar Minuten trifft man nicht eine Entscheidung, die für Reich und Volk und Dynastie von solcher Tragweite ist", schreit Schulenburg in den Apparat. (Schluß folgt).

konnte gegen den dauernd in Abwehrstellung stehenden Will zweimal ein Unentschieden herausholen; der Gegner wurde wegen Mattenflucht zweimal verwarnt. Im Mittelgewicht mußte Röttger 2 zweimal eine Niederlage einstecken. Gelhaus konnte im Halbschwergewicht dem technisch guten Gollan im ersten Gang ein Unentschieden abtrotzen. Durch Umstellung der Mannschaft erreichte er gegen den Schwergewichtler Neuhoff 1 ebenfalls ein Unentschieden. Röttger 1 kämpfte im ersten Gang gegen den Schwergewichtler Neuhoff 1 unentschieden und im zweiten Gang gegen Gollan im Halbschwergewicht ebenfalls unentschieden, wobei der Ausreißer Gollan wegen Mattenflucht zweimal verwarnt wurde. Das Gesamtergebnis des Kampfes lautete 19:9 Punkte für Kaltehart.

Jetzt gilt es für die Hilgener, diesen Verlust wieder gut zu machen und zu rüsten für den nächsten Kampf am 1. Mai gegen den Kreismeister Scharnhorst-Dortmund.

Unfall

Ein schulpflichtiges Mädchen, das am gestrigen Nachmittag gegen 6 Uhr in Kotten in den Wald ging, um Birkenwasser abzuzapfen, stürzte aus unbekannter Ursache auf dem Waldwege, fiel auf die in Trümmer gehende Flasche und wurde so an der Schlagader verletzt. Bis vor den Wald kam das Mädchen dann noch und brach hier durch den heftigen Blutverlust zusammen. Später wurde es jedoch aufgefunden und dem Krankenhaus zugeführt.

Kleinhandel mit Seefischen

Nach einer ab 10. März 1932 gültigen Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Preisbildung ist für den Kleinhandel bestimmter Fische und Fernmarinaden ein Höchstbetrag für die Bruttoverdienstspanne sowie die Anbringung von Preisverzeichnissen vorgesehen. Der Wortlaut der Verordnung kann in der Handelskammer eingesehen werden.

Die neueste Funkhörerzahl in Deutschland

Von Januar bis März 1932 hat die Zahl der deutschen Funkhörer nach neuester amtlicher Bekanntgabe um 178 588 Teilnehmer zugenommen. Die Gesamtzahl der deutschen Hörer beläuft sich somit auf 4 168 440 Teilnehmer. Davon haben 356 837 Gebührenerlaß.

Der Westfond

Im Rahmen des sog. Westfonds, durch den Pläne und Arbeiten zur Steigerung der Rentabilität der Landwirtschaft vor allem in den ärmeren Höhengebieten im Westen finanziert werden, sind im Jahre 1931 wiederum wie in den beiden letzten Vorjahren 556 000 RM zur Verfügung gestellt.

10. Baugeldzuteilung der Bausparkasse der Rheinprovinz

Die Bausparkasse der Rheinprovinz teilte in der am Montag, dem 18. April 1932 stattgehabten 10. Baugeldzuteilung wiederum 307 000 RM an 43 Bausparer zu. Die Gesamtzahl der Zuteilungen beläuft sich damit auf insgesamt 3 858 000 RM an 411 Bausparer.

Die öffentlichen Bausparkassen unterliegen bekanntlich nicht der Prüfung durch das Reichsaufsichtsamt, da ihre Geschäftsbedingungen ministeriell genehmigt sind und ihre Geschäftsführung der laufenden Kontrolle amtlicher Aufsichtsorgane unterliegt. Sie haben infolgedessen auch nicht mehr eine besondere Zulassung durch das Reichsaufsichtsamt abzuwarten. Die Beunruhigung wegen der noch bevorstehenden Entscheidungen dieses Amtes, die die Kreise der Bausparer der privaten Gesellschaften z. T. erfaßt und fast allgemein zu einem „Sparerstreik" geführt hat, berührt also die öffentlichen Bausparkassen nicht.

Berufsschulgesetz soll zurückgestellt werden

Das vom Reichstag verlangte Reichsberufsschulgesetz, das einheitliche Grundsätze für die Durchführung der Berufsschulpflicht aufstellt, ist nach Meinung der Regierung mit Rücksicht auf seine erheblichen finanziellen Auswirkungen einstweilen zurückzustellen. Das Reichskabinett will noch vor dem Zusammentritt des Reichstages beschließen, ob der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes unverändert dem Reichstage wieder vorgelegt werden soll.

Pflanzt Pfirsichbäume an

Eine leider zu wenig vorhandene Obstart ist der köstliche Pfirsich. Man ist vielfach der Meinung, daß der Pfirsichbaum in unserem bergischen Gelände sehr schlecht gedeihe. Doch liegt das meist an der völlig ungeeigneten Wahl des Standortes. Der Pfirsichbaum verlangt eine geschützte, sonnige Lage und einen kalkhaltigen Boden, Bedingungen, die sich wohl in jedem Garten schaffen lassen. Die Bäumchen entwickeln sich sehr schnell und tragen je nach Sorte bereits vom dritten Jahre an. Im Frühling wirkt der Pfirsichbaum besonders herrlich durch seine schöne Blütenpracht. Er trägt deshalb auch zur Verschönerung des Landschaftsbildes wesentlich bei.

Das Veilchen blüht!

Wahrhaftig, da schauen schon an der Mauer ein paar blaue Aeuglein aus dem frischen Grün und verbreiten nach langer Winterszeit erste wonnige Düfte. Goethe scheint das Veilchen besonders geliebt zu haben; denn er nimmt in verschiedenen seiner Gedichte darauf bezug, wenn sich auch sein „Heidenröslein" am besten ins Herz des Volkes zu schmeicheln wußte.

Oft hört man von „Veilchenbäumchen". Ein Zittauer Gärtner schenkte seinerzeit mehrmals ein solches als Ostergabe dem König Albert von Sachsen. Gewiß lassen sich Veilchen durch besondere Zuchtmaßnahmen zu kleinen Bäumchen aufziehen; diese Bäumchen sind jedoch aus dem Muttertrieb, nicht aus einem hochgebundenen sogenannten Absenker hervorgegangen. Dem Laien dürfte es kaum gelingen, ein Veilchenbäumchen aufzuziehen; ein solches macht oft jahrelange Mühe und entsprechende Wartung notwendig.

In allen Gärten

herrscht jetzt reges Leben, und tausend Hände sind bemüht, die Vorbedingungen für einen guten Ertrag der Kulturen zu schaffen. Auch die Vorgärten mancher Häuser erfreuen jetzt das Auge des Vorübergehenden, und ebenso wird es in Feld und Wald „schöner mit jedem Tag". Dieses Fortschreiten der Vegetation löst zur Zeit eine ganz besondere Freude bei jedem Beschauer aus, der sich noch die Empfänglichkeit für dieses Naturwunder erhalten hat.

Hundesteuer

Nach Art. 12 der Ausführungsanweisung zum Kommunalabgabengesetz soll bei der Erhebung der Hundesteuer auf Grund örtlicher Steuerordnungen an der Vorschrift festgehalten werden, wonach die Eigentümer von Hunden insoweit mit der Versteuerung verschont werden sollen, als die Hunde zur Bewachung oder zum Gewerbebetrieb unentbehrlich sind. Dementsprechend enthält die Mustersteuerordnung zu der vorgenannten Ausführungsanweisung die erforderlichen Befreiungsvorschriften.

In die Steuerordnungen zahlreicher Gemeinden und Kreise sind die erwähnten Befreiungsvorschriften jedoch nicht aufgenommen worden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersuchen daher in einem gemeinsamen Runderlaß die Preußischen Minister des Innern und der Finanzen die Aufsichtsbehörden, auf eine entsprechende Ergänzung der Steuerordnungen hinzuwirken.

Bei den Ministern ist des weiteren darüber Klage geführt worden, daß verschiedentlich, auch wenn die Steuerordnung die Steuerfreiheit von Hunden, die zum Gewerbebetrieb unentbehrlich sind, vorsieht, die Steuerfreiheit für Herdengebrauchshunde (Hirtenhunde) abgelehnt worden ist. Die Minister weisen demgegenüber darauf hin, daß die Besitzer solcher Hunde steuerfrei sind.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Remscheid unterstützt das Wuppertaler Theater

Die Theatergesellschaft in Wuppertal, die in den nächsten Tagen gegründet werden soll, hat schon jetzt eine starke Unterstützung durch Remscheid gefunden. Der Remscheider Bühnenvolksbund betont, daß die Theatergemeinschaft zwischen Wuppertal und Remscheid sich bewährt habe. Da an einem Wiederaufbau des eigenen Theaterbetriebes in Remscheid nicht gedacht werden könne, sei es zweckmäßig, daß sich Remscheid und Solingen an der in Wuppertal zu gründenden Theatergesellschaft beteiligten. Damit wäre ein weiterer Schritt zum Gemeinschaftsbetrieb der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen getan.

Wuppertal

Frecher Raubüberfall

Am Montagabend gegen 7,30 Uhr wurde in der Brillerstraße in Elberfeld ein ungewöhnlich frecher Raubüberfall verübt. Als die Inhaberin eines Korsettgeschäftes auf der Herzogstraße in ihre Wohnung in der Brillerstraße zurückkehren wollte, wurde sie vor ihrer Haustüre plötzlich von zwei Burschen überfallen, die ihr die Aktentasche aus der Hand rissen und flohen. Passanten nahmen sofort die Verfolgung der Täter auf. Einer der beiden Burschen konnte bald von einem Schlosser überwältigt werden. Der andere zog es nach kurzer Flucht vor, zurückzulaufen, dabei warf er der Ueberfallenen die Aktentasche ins Gesicht. Die sofort herbeigerufene Polizei nahm die hoffnungsvollen Straßenräuber fest. Der Ueberfall muß von langer Hand vorbereitet worden sein. Wahrscheinlich haben die beiden Täter ausgekundschaftet, daß die Ladeninhaberin gewöhnlich um die gleiche Zeit allein mit der Tageseinnahme ihre Wohnung aufsuchte.

Düsseldorf

Kindesmörderin ermittelt

Am Freitag war, wie bereits berichtet, in einem hiesigen Hotel die Leiche eines neugeborenen Mädchens aufgefunden worden. Der Tod war durch Ersticken eingetreten. Die Mutter des Kindes hatte sich am Mittwochabend gegen 10 Uhr als Ehefrau Anny Henze, geboren am 13. Mai 1909 zu Köln, in das Hotel eingemietet. Nachdem sie am Freitag das Hotel verlassen hatte, fanden Hotelangestellte die Kindesleiche auf dem Kleiderschrank. Am Montagnachmittag gelang es der Düsseldorfer Kriminalpolizei, die unnatürliche Mutter zu ermitteln. Es handelt sich um eine stellenlose Modistin aus Düsseldorf.

Köln

Minister Groener kommt nach Köln

Wie wir erfahren, hat Reichsinnenminister Groener dem Kölner Verkehrsdezernenten, Bürgermeister Bönner, der im Auftrage des Oberbürgermeisters in Berlin weilte, mündlich sein Erscheinen zur Eröffnung der Kölner Ausstellung „Der Schutz von Eigentum und Leben" zugesagt. Die schriftliche Bestätigung dieser Zusage ist noch nicht eingegangen.

Immer wieder betrügerische Anzahlungsgeschäfte

In einigen Geschäften in der Kölner Altstadt kaufte ein Mann, der sich als Sicherheitsbeamter einer großen Firma ausgab, gegen kleine Anzahlungen eine Anzahl Möbel und Radioapparate, im Gesamtbetrage von etwa 2000 Mark. Die Geschäftsleute waren unvorsichtig genug, dem Manne ihr Vertrauen zu schenken, der natürlich die gekauften Gegenstände zu Geld machte und spurlos verschwand.

Autoräuber mit neuen Tricks

Am 14. April erschien bei der hiesigen Kriminalpolizei ein Engländer und erstattete folgende Anzeige. Er sei abends, 22 Uhr, über die Militärringstraße mit seinem DKW-Wagen gekommen. Kurz vor der Venloerstraße seien ihm Haltezeichen gegeben worden. Beim Näherkommen bemerkte er, daß die ganze Straße brannte. Langsam fuhr er auf das Feuer zu und schloß das Fenster seines Wagens. Plötzlich sprang ein Bursche auf das Trittbrett seines Wagens und versuchte, eine brennende Fackel in das Auto zu werfen. Der Engländer gab Vollgas, so daß der Bursche abspringen mußte. Da der Mann als zuverlässig zu bezeichnen ist, kann angenommen werden, daß es sich hier um einen neuen Trick von Autoräubern handelt. Der Fall dürfte allen Autofahrern als Warnung dienen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Hochbetrieb im „Gewerbe" der Fahrraddiebe

Opladen, 20. April. In den letzten Tagen wurden in Opladen vier Fahrräder und ein Motorrad gestohlen. Die Fahrräder wurden teils aus den Hausfluren und teils von der Straße weg entwendet, das Kraftrad wurde vor einem Hause an der Torstraße in Quettingen, wo es unverschlossen stand, gestohlen. In einem Fall befand sich in der Satteltasche des gestohlenen Fahrrads eine Geldbörse mit 11,40 Mark Inhalt.

Opladen-Leverkusener Wuppergenossenschaft

Opladen, 20. April. Auf der am 3. Mai stattfindenden Mitgliederversammlung wird unter anderem der Vertrag mit der Provinz wegen der Autobahn, der neue Haushaltplan und die Beitragsermäßigung stilliegender Betriebe beraten. Die diesjährige Frühjahrsschau ist am 17. Mai. Sie beginnt an der Wupperbrücke in Opladen.

Gute Beute

Leverkusen, 20. April. In der Nacht zum Montag wurden aus der Verkaufsstelle des Kaufhauses der IG Farbenindustrie in der Hindenburgstraße für etwa 400 Mark Wurstwaren, Zigarren und Zigaretten gestohlen. Die Diebe hatten die Eingangstüren an der Hinterfront des Gebäudes gewaltsam erbrochen und waren so in die Verkaufsstelle hineingelangt. Die bisherigen Ermittelungen nach den Tätern waren ohne Erfolg.

Ausbesserung der Straße Monheim—Langenfeld

Monheim, 20. April. Die Straße nach Langenfeld, die sich seit längerer Zeit schon in einem sehr beklagenswerten Zustand befand und für Kraftfahrzeuge kaum noch passierbar war, wird jetzt einer notdürftigen Ausbesserung unterzogen.

Es lief noch glimpflich ab

Dhünn, 20. April. Bei Sonne sprang von dem Milchlieferwagen eines Händlers aus Doktorsdhünn das Hinterrad ab. Der in voller Fahrt befindliche Wagen wurde durch das entschlossene Eingreifen des Führers abgefangen. Die drei Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

128 000 Fichten werden gepflanzt

Dabringhausen, 20. April. Der ungewöhnlich niedrige Preis für junge Fichtenpflanzen bringt es mit sich, daß die in den letzten Jahren systematisch betriebenen Aufforstungen in diesem Jahr den größten Umfang annehmen. In der Gemeinde Dabringhausen werden in diesem Frühjahr von Privaten, der Gemeinde und den Farbwerken Leverkusen auf ihrem hier gelegenen Grundstück 79 000 Stück Fichten und in der Gemeinde Dhünn von Privaten und der Gemeinde 49 000 Stück, zusammen also 128 000 Stück Fichten gepflanzt.

Sinnloser Vandalismus

Burg a. d. W., 20. April. Der zum Besitz der Maschinenfabrik Schroeder gehörige, oberhalb der Burgtalstraße gelegene Pavillon ist seit Wochen zum Objekt übermütiger Zerstörungswut jugendlicher Burschen geworden. Das schmucke Gartenhäuschen gleicht heute einer Ruine, nachdem sämtliche Scheiben zertrümmert sind. Es ist bis heute leider nicht gelungen, einen Täter zu ermitteln.

Dienst am Kunden

Nachdem die Einführung der Festtags-Rückfahrkarten, die bekanntlich auch zu Pfingsten wieder gültig sein werden, sehr stark zur Belebung des Reiseverkehrs beigetragen hat, ist nach Mitteilungen aus Berlin die Deutsche Reichsbahn im Begriff, einen weiteren Schritt auf dem Wege der Tarifermäßigung zu tun und damit einem oft geäußerten Wunsche weitester Kreise entgegenzukommen.

Es sind Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen allen denjenigen Ferienreisenden eine Verbilligung ihrer Fahrt zukommen zu lassen, die nicht in der Lage sind, die üblichen Feriensonderzüge benutzen zu können. Vorläufig ist eine Ermäßigung von 20 Prozent für alle Urlaubsreisen beabsichtigt. Die „Urlaubskarte" wird nicht nur für Kur- und Erholungsorte, sondern auch für sämtliche deutschen Reiseziele Gültigkeit haben. Der Einführungstermin soll der 15. Mai oder 1. Juni sein. Die D- und FD-Zug-Zuschläge bleiben von der Verbilligung unberührt.

Nur eine große Schwierigkeit besteht noch: Die Reichsbahn hat den selbstverständlichen Wunsch, daß diese Karten nur von Urlaubern benutzt werden. Zu Geschäftsreisen sollen sie nicht gebraucht werden. Wie soll man aber dem Fahrkartenkäufer ansehen, ob er geschäftlich nach München fährt oder ob zum Erholungsaufenthalt?

Die Reichsbahn will deshalb eine gewisse Frist für die Rückreise einschieben, also eine Art Sperre. Ihr Wunsch geht naturgemäß dahin, diese Frist solange wie möglich auszudehnen — man spricht von drei Wochen, — damit keine ungewünschte Benutzung der Karten in Frage kommt. Diesem Wunsch steht die gleichberechtigte Erwägung gegenüber, daß erstens mal nicht alle Urlaubsreisenden drei Wochen Urlaub haben, und zweitens, wenn der Urlaub so lang sein sollte, nur wenige bei der heutigen wirtschaftlichen Lage das Geld besitzen, die ganze Urlaubszeit über von zu Hause wegzubleiben.

Es ließe sich aber leicht ein Mittelweg finden. Die Reichsbahn kann allgemein eine Sperre von drei Wochen bis zum Antritt der Rückreise festhalten, aber die Möglichkeit auflassen, daß bei einer amtlichen Bestätigung, wonach der betreffende Fahrkartenbesitzer sich zur Erholung in Dingsdorf aufgehalten habe, auch schon nach einer Frist von — sagen wir einmal — sieben Tagen die Rückreise angetreten werden kann. Schon heute wird dieser Ausweg bei Erholungsreisen von Kriegsbeschädigten ohne Belastung der Behörden benutzt. Und wenn tatsächlich einmal ein Geschäftsreisender zu einer billigen Fahrt kommen sollte, dann ist der Verlust von der Reichsbahn auch noch zu tragen.

Das Wetter von heute und morgen

Teils heiter, teils wolkig, ansteigende Temperaturen, Winde aus südlichen Richtungen.

Westdeutsches

„Lauf, was Du kannst!"

Bei einer Dame in der Schifferstraße in Frankfurt-Sachsenhausen erschien am 9. Dezember ein junger, gut angezogener Mann und teilte ihr die Schreckensbotschaft mit, daß ihre Tochter im Geschäft das Opfer einer Gasvergiftung geworden sei, es möge doch jemand hingehen. Draußen stand sein Freund, der 22jährige Adolf Habicht, dem er sagte: „Ich glaube, wir trinken heute abend noch eine Flasche Sekt". Dann eilte der 23jährige Otto Rothschild wieder in das Haus, schellte und erklärte der Dame, er habe einen Umschlag verloren. Als ihn die Frau wieder ins Zimmer gelassen hatte, überfiel er sie, würgte sie am Hals und warf sie zu Boden. Dabei fiel ein Schrank um, und das Gepolter veranlaßte Otto, einen überschnellen Rückzug anzutreten und draußen dem Freund zuzurufen: „Lauf, was du kannst!" Nach langen Ermittlungen wurden die Burschen Ende Januar festgenommen. Als die beiden Freunde nun vor dem Großen Schöffengericht sich ein unfreiwilliges Stelldichein geben mußten, suchte der eine die Schuld auf den andern zu wälzen. Otto wollte der Verführte sein und legte zum Beweis Briefe seines Freundes vor, in denen ihm dieser Feigheit vorwarf, ihn Hampelmann, einen traurigen Pantoffelheld und wer weiß was alles nannte. Das Gericht machte kurzen Prozeß und schickte beide ins Gefängnis. Habicht erhielt fünfzehn und Rothschild zwölf Monate. Die Haftbefehle wurden aufrechterhalten.

Die Unwetterschäden in der Eifel

Das Unwetter der vergangenen Woche hat zwar der Landwirtschaft in der Eifel den seit Wochen ersehnten Regen gebracht, auf der anderen Seite aber erhebliche Schäden verursacht. Kurz hintereinander führten die Eifelbäche dreimal Hochwasser, durch das weite Talstrecken überschwemmt wurden, die großen Seen gleichen. Teilweise war der Straßenverkehr völlig unterbunden.

Im Niederschlagsgebiet der Lieser gingen große Regenmassen nieder, vor allem in dem Quellgebiet in der Struth, die zu einem reißenden Element anschwoll.

Das gleiche Bild zeigte das Tal der großen und kleinen Kyll, das Alfbachtal und das Pützbachtal. Im letzteren Tal wurden große Schäden an dem neuen Straßenzug angerichtet. In Daun war die neue Umgehungsstraße durch die starken, sich oberhalb derselben stauenden Wassermengen völlig überschwemmt, da der Abflußkanal die Regenmengen nicht fassen konnte.

Ebenso hat der orkanartige Sturm am Eifelwald Schaden durch Windfall angerichtet.

Zusammengefaßt ist zu sagen, daß die Landwirtschaft wieder in erheblichem Maße mitgenommen wurde. Außerdem ist die Frühjahrsbestellung für geraume Zeit unterbunden, da die Aecker und Wiesen derart mit Feuchtigkeit angefüllt sind, daß ihr Betreten unmöglich ist.

Landestagung des VDA. in Essen

Aus Anlaß der Tagung des Landesverbandes Niederrhein-Ruhr im Verein für das Deutschtum im Auslande (VDA.) sprach Montag abend im großen Börsensaal in Essen der Reichsvorsitzende des VDA., der frühere Reichswehrminister Geßler.

Oberbürgermeister Dr. Bracht begrüßte die Versammlung, in der die VDA.-Jugend durch etwa 30 Gruppen vertreten war. Dr. Bracht, der zugleich für die Reichs- und Staatsbehörden und die Kirchen sprach, bemerkte in seiner Ansprache, daß gerade das Ruhrland als größtes Wirtschaftsgebiet Deutschlands, genau wisse, welche kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung die Auslanddeutschen für das Gedeihen des Gesamtvolkes der Deutschen hätten.

Geßler betonte, daß die Reichsdeutschen gerade in der Zeit der größten Wirtschaftsnot die Pflicht hätten, sich um die im Auslande lebenden Brüder zu kümmern. Das gemeinsame deutsche Schicksal erheische es. In gedanklich eindrucksvoller Art schilderte er die besonderen Verhältnisse und Eigenarten der auslanddeutschen Siedlungen und Kolonien in den verschiedenen Ländern, auf dem Kontinent und in Uebersee und wies darauf hin, daß für die Wiederherstellung des guten deutschen Namens in aller Welt die Auslanddeutschen von der größten Bedeutung seien. Mit besonderer Wärme schilderte er den schweren Kampf des Deutschtums an den Ostgrenzen des Reiches. Für sie sei die VDA.-Arbeit von größtem Wert. Geßler führte in diesem Zusammenhang aus, wie wertvoll innerhalb der Arbeit des VDA. die Tätigkeit der Jugendgruppen sei, und sprach ihnen den Dank des Vorstandes aus.

Der Fall Einsmann

Wie aus Mainz gemeldet wird, wurde in der Angelegenheit der Frau Einsmann, die 12 Jahre als Mann auftrat und auch in standesamtlichen Urkunden die Unterschrift ihres geschiedenen Mannes leistete, vom Sexualforensischen Institut Dr. Magnus Hirschfeld ein Gutachten angefordert. Das Gutachten, das übrigens nicht von Dr. Magnus Hirschfeld persönlich ausgearbeitet wurde, kommt zu dem Schluß, daß die Strafausschließungsgründe des § 51 StrGB. vorlägen. Diesem Schluß kann sich die Staatsanwaltschaft Mainz nicht anschließen, und zwar aus Gründen, die im Gutachten selbst enthalten sind. Sie hat daher den Antrag gestellt, ein weiteres Gutachten an anderer Stelle einzuholen, so daß noch eine Verzögerung der Hauptverhandlung eintreten wird. Davon, daß überhaupt keine Hauptverhandlung stattfinde, könne keine Rede sein.

Fabelhafter Einfall mit fabelhaftem Reinfall

Acht Stationen. (Nachdruck verboten.)

„Lieber Papa, brauche dringend anatomischen Atlas — kostet zirka 100 Mark. Bitte, schicke umgehend Geld! Dein dankbarer Sohn

Fritz Bummelsdorf."

*

Famoser Einfall! Wenn mein Alter hundert Mark schickt, bin ich wieder im Strom.

*

Einige Tage später bringt die Post ein eingeschriebenes Paket mit Brief:

„Lieber Fritz! Anbei folgt anatomischer Atlas. Studiere fleißig! Dies wünscht aufrichtig Dein Dich liebender Vater W. Bummelsdorf."

*

Der Atlas geht selbstverständlich schnellstens den Weg der anderen Bücher Fritz Bummelsdorfs — zum Antiquariat.

*

„Lieber Papa! Atlas dankend erhalten. Studiere fleißig darin. Allein Hunger tut weh. Appelliere an Deine bewährte Großmut. Dein dankbarer Filius

Fritz Bummelsdorf."

*

Darauf folgende Antwortkarte:

„Lieber Fritz! Zwischen den ersten Blättern des Atlanten befindet sich ein Hundertmarkschein. Hast Du ihn denn beim Studieren nicht gefunden? Dein Vater W. Bummelsdorf."

*

„Ihren Atlas? Ja, sehen Sie, Herr Bummelsdorf, den habe ich gestern an einen völlig fremden hier durchgereisten Herrn verkauft."

Walter Gelmar.

Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister a. D. Machens gestorben

Hochbetagt starb in Münster der frühere Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Theodor Machens. Machens war von 1900 bis 1919 Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, und unter seiner Leitung hat sich der Aufschwung von einer Mittelstadt zu einer der größten Städte des Industriebezirks vollzogen. 1919 trat Machens von seinem Posten zurück und lebte seither in Münster, wo er an der Universität auch Vorlesungen hielt.

Das Neueste

Im Reichsgesetzblatt vom 19. April wird eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung veröffentlicht.

Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung des badischen Landtages verlas der Abg. Bock (Kom.) eine Erklärung, daß die Bezirksleitung der KPD Baden-Pfalz den Antrag der Fraktion betr. Verbot des Reichsbanners usw. als einen schweren politischen Fehler bezeichnet und die Zurückziehung veranlaßte. Abg. Lechleiter wird seines Postens als Fraktionsvorsitzender der KPD enthoben. (Zuruf der Sozialdemokraten: „Das ist ein schwarzer Tag für Euch!" Im Zentrum: „Heil Moskau!")

Zu der Meldung über einen sächsischen Schritt zur Auflösung des Reichsbanners wird von amtlicher sächsischer Stelle bestätigt, daß die sächsische Regierung bereits in der vorigen Woche ein Ersuchen an den Reichsinnenminister gerichtet habe, zu prüfen, ob die gleichen Voraussetzungen wie bei den SA-Formationen auch für die Wehrformationen anderer politischer Parteien vorlägen.

Im Bilderfälschungsprozeß hat der Kunsthändler Otto Wacker, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, Berufung einlegen lassen.

Die Blättermeldungen, wonach das Staatsministerium von Mecklenburg-Strelitz seine Gesandtschaft in Berlin beauftragt haben soll, beim Reichsinnenministerium das Verbot des Reichsbanners zu beantragen, treffen nicht zu. Die gleichzeitig aufgestellte Behauptung, daß vier andere Länder einen entsprechenden Antrag gestellt hätten, ist ebenfalls unrichtig.

In der Wellersheimer Grube (Saargebiet) brach gestern Feuer aus, sodaß die Belegschaft nicht einfahren konnte. Der Betrieb der Grube ist vorläufig stillgelegt.

Die zweite Unterredung, die Dr. Brüning gestern mit Stimson hatte, wird vom „Petit Parisien" als die am meisten beachtete bezeichnet, die Stimson bisher in Genf hatte. Das Blatt meint, daß bei der Besprechung auch Finanzfragen berührt worden seien.

„Echo de Paris" glaubt, daß mit der Annahme der ersten grundlegenden Entschließung über die etappenweise Abrüstung durch die französische Delegation ein Fehler begangen worden sei.

Die Kommentare der Londoner Presse zu der Haushaltrede Chamberlains zeichnen sich durch den Ernst aus, mit dem die finanzielle Lage Englands betrachtet wird. Sie weisen darauf hin, daß die englischen Schwierigkeiten noch keineswegs überwunden seien und daß auch weiterhin äußerste Sparsamkeit seitens der Regierung dringend geboten sei.

Die Ankündigung des britischen Schatzkanzlers im Unterhaus, daß keine Zahlungen an Amerika in das neue Budget eingestellt seien, hat im amerikanischen Bundessenat Ueberraschung und Unwillen erregt.

Die irische Regierung hat beschlossen, daß das Gesetz zur Abschaffung des Treueides am heutigen Mittwoch im Parlament nur in erster Lesung erledigt wird und daß die Aussprache in der nächsten Woche gelegentlich der zweiten Lesung stattfinden soll. Man nimmt an, daß de Valera seine Maßnahmen aufgrund des Statuts von Westminster verteidigen wird, das infolge der Beschlüsse der letzten Weltreichskonferenz den Parlamenten der Dominios ihre verfassungsmäßige Freiheit gab.

Das amerikanische Staats- und das Handelsdepartement bereiten Noten an europäische und lateinamerikanische Regierungen vor, in dem Vergeltungsmaßnahmen gegen die Ausnahmezollbehandlung amerikanischer Waren angedroht werden. Neben Frankreich und Spanien sollen später auch Deutschland und Oesterreich solche Noten erhalten.

Am Dienstag wurde der gesamte Verkehr auf der Transanden-Eisenbahnlinie zwischen Argentinien und Chile, die in englischem Besitz ist, eingestellt, weil die chilenische Regierung den Zollkrieg mit Argentinien nicht beenden wollte.

Naturkatastrophe an der Mosel

Der Cochemer Berg abgestürzt

Am Dienstag abend gegen 11 Uhr ist ein großer Teil des Cochemer Berges, schätzungsweise 10 000 cbm., mit donnerndem Getöse, das bis weit über Cochem zu hören war, abgestürzt. Die Schreinerei Röttgen ist von den Gesteinsmassen weggefegt worden. Die Lichtleitungen sind zerrissen, die Straßen meterhoch von Geröll bedeckt und jeglicher Verkehr auf der Provinzialstraße unmöglich geworden. Die Schuttmassen sind bis in die Mosel gefallen. Da der Berg an einer vorgelagerten Moselbiegung liegt, ziehen sich die Staubwolken von dem auf der anderen Moselseite liegenden Orte Cond bis nach Cochem hin. Ein großer Teil der Einwohnerschaft von Cochem ist trotz der späten Stunde noch auf den Beinen, um die Naturkatastrophe mit anzusehen. Von der Cochemer Seite her versucht man, mit Scheinwerfern, das völlig im Dunkeln liegende Gelände zu erhellen. Der Bergrutsch dauert zur Zeit (um Mitternacht) noch an. Ob Menschenleben zu Schaden gekommen sind, ist noch unbekannt. Ueber die Höhe des angerichteten Sachschadens ist noch jeder Ueberblick unmöglich; die anliegenden Weinberge sind völlig zerstört. Die Provinzialstraße bleibt vorläufig völlig gesperrt.

Wie zu der Bergsturzkatastrophe bei Cochem weiter bekannt wird, war der Berg bereits in den letzten Tagen überaus unruhig. Ständig stürzten kleinere und größere Felsmassen zu Tal. Im Laufe des Dienstags stellten Beobachtungsposten fest, daß sich die Spalten im Bergrücken um etwa einen halben Meter verbreitet hatten. Gegen 18 Uhr ereigneten sich weitere größere Abstürze, wobei die ersten Gesteinsmassen die Straße erreichten. Beim Eintritt der Dunkelheit ließ die Stadtverwaltung die Gefahrstelle mit einem Scheinwerfer beleuchten. Am Berghang zeigte sich eine immer regere Tätigkeit der Felsmassen, die sich besonders an den beiden Seiten des Bergmassivs ablösten. Kurz vor 23 Uhr lösten sich dann am Fuße des Felsens ungeheure Gesteinsmassen, und der Berg setzte sich in Bewegung. Unter donnerartigem Getöse stürzten die Felsmassen ins Tal. Hohe Stichflammen zuckten aus dem Chaos, die durch die Zerstörung der Stromleitungen verursacht worden waren. Gleichzeitig erlosch der Scheinwerfer, der an die Stromleitung angeschlossen war. Als die Lichtleitung nach kurzer Zeit wieder hergestellt war, waren nur noch ungeheure Geröllmassen zu sehen, über denen bis weit ins Tal hinein Staubwolken lagerten. Die Provinzialstraße ist über und über von Felsmassen bedeckt. Dauernd lösen sich noch Gesteinsmassen ab und stürzen über die Geröllhalde in die hochaufspritzende Mosel.

Der Berg ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Es scheinen sich noch weitere Abstürze vorzubereiten.

Letzte Zeugen des Weltkrieges ...



Die traurigen Ueberreste ehemaliger deutscher Unterseeboote, die während des Krieges an der englischen Südküste versenkt wurden. Nach Friedensschluß wurden die Boote von den Engländern gehoben und an den Strand geschleppt, wo sie nun immer noch liegen.

Man lernt nie aus

Mit der Großuhrenherstellung von etwa 15 Millionen Stück jährlich steht Deutschland an der Spitze der Weltproduktion. Der überwiegende Teil der deutschen Uhren kommt aus dem Schwarzwald, wo 80 Prozent aller Arbeitnehmer in der Uhrenindustrie beschäftigt sind.

Vor 20 Jahren lebten in der Mandschurei etwa 10 Millionen Menschen, heute hat sie über 30 Millionen Einwohner.

Aus den Parteien

Oeffentliche Versammlung der SPD in der Schützenburg

Es wird uns geschrieben:

Ausgehend von der Reichspräsidentenwahl zeigte Landtagsabgeordneter Meyer kurz die Fehler der KPD-Taktik auf, wodurch ein Teil Anhänger dieser Partei indifferent werde, oder aber aus Ungeduld in das Nazi-Lager abwandere. Zu den politischen Verhältnissen in Preußen sagt Meyer: Es ist eine böswillige Lüge, wenn behauptet wird, die SPD habe in Preußen allein regiert. Sieben Monate war eine rein bürgerliche Regierung am Ruder, sodann Zentrum, Demokraten und SPD und eine zeitlang habe auch die Volkspartei mit in der preußischen Regierung gesessen. Aber dennoch verantwortet die SPD die Politik der preußischen Regierungen und besonders die Tätigkeit der Minister Braun und Severing, weil besonders diese Außergewöhnliches für das Volk geleistet haben. Eingehend auf die Not der Zeit, die ihre Ursachen in der Weltkrise und in der Vertrauenskrise habe, legte Meyer den Gegnern, die das Märchen von der Schuld des Marxismus erfunden haben, die Frage vor, wie diese sich dann die große Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika erklären. Ein Land, das den Krieg gewonnen und einen einzigen Sozialdemokraten im Parlament hat. Die Schuld an den furchtbaren Wirtschaftsverhältnissen trage der Kapitalismus, der die Völker bei vollen Scheunen hungern lasse. Wenn auch die Wirtschaftsnot internationaler Art sei, so glaubt Redner doch, daß in der Frage der Arbeitsbeschaffung in Deutschland mehr getan hätte werden können. Der Krisenkongreß der Gewerkschaften, dem Meyer beigewohnt habe, hätte konkrete Forderungen an die Reichsregierung gestellt. Die deutsche Not sei auch herbeigeführt worden durch eine Reihe von Fehlmaßnahmen der Wirtschaft, die glaube, es habe ihr niemand hinein zu reden, aber sobald es schief geht, nach Staatshilfe schreit. Redner schilderte die Bankzusammenbrüche und Finanzskandale. Die Futterkrippenpolitik wird von jedem Nazi-Agitator den führenden Sozialdemokraten nachgesagt und als Schlagwort übelster Art unter das Volk geworfen. Im alten Preußen seien fast alle Landräte, geschweige von den höheren Regierungsbeamten, Angehörige der konservativen Partei gewesen; also ausgesprochene Parteibuchwirtschaft. Heute seien von den ca. 400 Landräten leider nur 220 Republikaner und davon nur 65 Sozialisten. Die Nazis erfanden das Wort vom Parteibuchbeamten, um den Hütern der preußisch-deutschen Demokraten eins auszuwischen. Sie entblöden sich aber nicht, Hitler zum braunschweigischen Parteibuch-Regierungsrat zu machen. Trostlos liegen zur Zeit die Dinge auf dem Kapitalmarkt für die Bautätigkeit. Ueber 90 Prozent aller Berufstätigen dieses Gewerbezweiges sind arbeitslos. Die Krise hat eine ungeheure Verschärfung durch das Wahnsinnstreiben der Nazis erfahren. Auslands-Wirtschaftler sagen klar, daß man in das naziotsche Reich keine Werte hineinstecken könne. Meyer sagte, das ist der Fluch der braunen Welle, daß sie viele Tausende zum Feiern zwingt, denen die Regierung Braun-Severing noch Arbeit hätte geben können, wenn nicht diese Partei ihr in Preußen und im Reich dauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen hätte.

Frau Wolf, Dortmund, befaßte sich hauptsächlich mit der NSDAP. Höchste Aufgabe der deutschen Frauen müsse es sein, die Kriegshetze der Nazis zu verhindern. Warum sind die Kapitalisten einig mit den Nazis? Warum gibt ein Großindustrieller zum Preußenkampf 3 Millionen in die Nazikasse? Um die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zu zerschlagen. Darum wollen wir deutsche Frauen unseren Männern Kameradin im harten Kampfe sein. Wir verwehren uns dagegen, daß Menschen wie Hauptmann Röhm, Führer junger Menschen sein sollen. Wir stehen mit in der Eisernen Front und helfen Demokratie und Republik verteidigen gegen Volksfeinde und Volksentrechter, gegen Hitler, Goebbels und ihre Gefolgschaften. Am 24. April muß Braun-Severing, muß die Sozialdemokratie siegen.

Mit einem kräftigen Appell auch an die anderen republikanischen Parteianhänger, am 24. April für Demokratie und Republik einzutreten, schloß der Versammlungsleiter Gen. Bremer die Versammlung mit einem Hoch auf die Republik.

Diese Ausgabe umfaßt 12 Seiten
einschl. „Aus dem Reiche der Frau"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr 92 3. Blatt Mittwoch, 20. April 1932

Westdeutsches

Der Fabrikherr als Brandstifter

Zeitzündung mit einer Wanduhr. — 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.

Am 22. Februar ds. Js. war in der Rasierklingenfabrik in Altenkirchen (Westerwald) ein Schadenfeuer ausgebrochen, das auf Brandstiftung zurückzuführen war. Man fand eine raffiniert aufgebaute Einrichtung, einen sog. Zeitzünder, ferner mit Benzin und Petroleum durchtränkte Lappen, und auch der Fußboden war stellenweise mit diesen Flüssigkeiten begossen. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der Fabrikbesitzer, der Fabrikant Fr. L. aus Solingen-Weyer, verhaftet; er legte später unter den erdrückenden Schuldbeweisen ein Geständnis ab Er stellte Rasierklingen her, die zunächst flotten Absatz fanden. Durch die Errichtung der Zollschranken in England wurde sein Absatz nahezu lahmgelegt. Er faßte daher den Plan, das Gebäude in Brand zu stecken und sich so den Versicherungsbetrag zu verschaffen. Die von ihm hergerichtete Zeitzündung brachte er mit einer großen Wanduhr in Verbindung; am Sonntag, dem 23. Februar, abends zwischen 10 und 11 Uhr, sollte die Einrichtung in Tätigkeit treten. Während dieser Zeit hielt sich der Brandstifter in Solingen auf, um sich ein Alibi zu verschaffen. Das Schöffengericht in Kirchen (Sieg) verurteilte ihn zu einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis wegen Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges.

Reichspost sollte um 27 000 RM geschädigt werden

Betrugsversuch mit einem Postpaket

Eine Händlerin in Frankfurt a. M. hat in Verbindung mit einem Manne versucht, die Reichspost um 27 000 RM. zu betrügen. Sie sandte ein Wertpaket mit der Wertangabe über diesen Betrag an eine Firma nach Oberstein (Nahe). Als das Paket dort geöffnet wurde, enthielt es nichts als Altpapier und Putzmittel im Werte von wenigen Pfennigen. Die Post vermutete sofort einen Betrug und beauftragte die Postpolizei und Kriminalpolizei mit den Ermittlungen. Es wurde festgestellt, daß die Händlerin von der Obersteiner Firma Schmucksachen in erheblicher Höhe in Kommission erhalten, die Schmucksachen aber verkauft und den Erlös eingesteckt hatte. Als die Firma auf Bezahlung drängte, inszenierte die Frau diesen Betrug, um damit die Schulden abzudecken. Die beiden Betrüger wurden verhaftet; sie haben nach längerem Leugnen ein Geständnis abgelegt.

Ein Schulstreik besonderer Art

Die Schule selbst „streikt"

Die Volksschule in der Oldenburgischen Stadt Oberstein (Nahe) besuchen 44 Kinder aus dem preußischen Stadtteil Harbach, der zur Gemeinde Hammerstein gehört. Da die Gemeinde Hammerstein mit 3000 RM. Schulgeld im Rückstand ist und auch die über ihr stehende Behörde sich hartnäckig weigert, die Gelder zu bezahlen, wurden die Kinder aus der Obersteiner Schule verwiesen. Die Eltern der Kinder weigern sich, ihre Kinder nach dem eine halbe Stunde entfernten Hammerstein zu schicken. Die zuständige preußische Behörde hat die Kinder einstweilen beurlaubt.

Grenzlandkundgebung im Industriegebiet

Im überfüllten Saale der „Union" in Oberhausen fand eine imposante Grenzlandkundgebung der Arbeitsgemeinschaft Grenzlanddeutschtum für das Industriegebiet statt, die als Gegenkundgebung gegen die im August vorigen Jahres in Oberhausen stattgefundene Kundgebung der Polen gedacht war, in der Dr. Dembinski von der Universität Krakau zum Ausdruck gebracht hatte, daß auch die Deutschen die jetzige Grenzziehung im Osten als gerecht ansähen, ja, daß die Polen nicht alle ihnen zustehenden Gebiete preußischen Landes erhalten hätten. Gegen diese Entstellung der wahren Tatsachen protestierte der Vorsitzende der Kundgebung, Lehrer Mawroth, Oberhausen, der

für die Wiederherstellung der Ost- und Westgrenze

eintrat. Nachdem mehrere Redner über die wirtschaftliche, geistige und kulturelle Not der deutschen Landsleute in den abgetretenen Gebieten gesprochen hatten, wurde einstimmig eine

Entschließung

angenommen, in der u. a. gesagt wird:

Die Teilnehmer der Kundgebung fordern restlose Beseitigung der Kriegsschuldlüge und ihrer Folgen. Sie fordern für das Saargebiet rechtzeitige Vorbereitung der Garantie für eine unbeeinflußte freie Abstimmung, sie fordern Durchführung des Memelstatuts und Sicherung der autonomen Rechte für die Bevölkerung des Memelgebiets, sie fordern Beseitigung des Weichselkorridors und die Geltendmachung des preußisch-deutschen Besitzes für Posen. Sie fordern Revision des Genfer Vertrages auf der Grundlage der Abstimmungsbestimmungen für Oberschlesien und die Rückgabe des widerrechtlich geraubten Hultschiner Ländchens, sie fordern das Recht auf Selbstabstimmung auch für die noch nicht mit dem Mutterlande vereinigten deutschen Grenzschutzgebiete. Mit tiefer Entrüstung lehnen die Versammelten die beabsichtigte Schaffung eines Ostlocarnos ab in der Ueberzeugung, daß die Wiederherstellung des östlichen Wirtschaftskreises eine Existenzfrage des deutschen Volkes ist.

Abgelehntes Wiederaufnahmeverfahren

Der Fall des Mörders Hoppen

Am 11. Juli 1919 wurden die Duisburger Händler Billandeller und Protzer, die sich mit dem Schmuggel von damals hochwertigen Gummireifen aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet befaßt haben sollen, am Renchenberg im Westerwald ermordet und beraubt. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen Angehörige der amerikanischen Besatzungsbehörde. Am Tatort wurde die Hülse eines amerikanischen Brownings gefunden. Die Ermittlungen nach dem Täter blieben zunächst erfolglos.

Im Jahre 1925 wurde dann der Händler Jakob Hoppen aus Breitscheid, der damals eine Strafe wegen Körperverletzung verbüßte, der Tat bezichtigt. Er leugnete; um ihn auszuforschen, wurde ein Kriminalbeamter aus Frankfurt in seine Zelle gelegt, aber der Beamte bat alsbald um seine Entlassung, da sich nichts ergeben hatte, was den Verdacht bestärken konnte. Darauf wurde ein Berliner Kriminalbeamter mit der Beobachtung und Ausforschung des Verdächtigen betraut, und nach einigen Wochen meldete der Beamte dann, der sich Hoppen gegenüber als Mitgefangener aufgespielt hatte, daß ihm von Hoppen ein Geständnis abgelegt worden sei.

Hoppen wurde des doppelten Raubmordes angeklagt und stand am 29. Oktober 1926 vor dem Schwurgericht in Neuwied, das ihn auf Grund von Indizien und der Bekundungen des Berliner Kriminalbeamten Hoppen zweimal zum Tode verurteilte. Die Strafe ist in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden Hoppen verbüßt sie im Zuchthaus Rheinbach bei Bonn.

Vor einiger Zeit wurde in dieser Sache Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und dabei neue Beweisanträge eingereicht. Diesen Anträgen gab das Landgericht Neuwied statt. Die Beweisaufnahme verlief aber zu ungunsten des Angeklagten, und das Landgericht Neuwied gab infolgedessen dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nicht statt. Gegen diesen Beschluß wurde Beschwerde erhoben; diese ist nunmehr vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt verworfen worden.

Staatshilfe für Bielefeld abgelehnt

„Die Voraussetzung als nicht vorliegend erachtet"

Der preußische Innenminister hat den Antrag der Stadt Bielefeld um Gewährung einer Staatsbeihilfe abgelehnt, da die Voraussetzungen für die Gewährung einer Hilfe als nicht vorliegend erachtet werden.

Motorräder sausen zusammen — Ein Toter, drei Schwerverletzte

Auf der Landstraße Warendorf—Westkirchen ereignete sich in der Nacht zum Montag ein folgenschweres Motorradunglück. An einer gefährlichen Straßenkurve stießen zwei aus entgegengesetzter Richtung kommende Motorräder in voller Fahrt aufeinander. Der Techniker Hermann Mussenbrock aus Warendorf erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach dem Unfall starb. Seine auf dem Sozius mitfahrende Frau trug schwere Verletzungen davon. Der Führer des zweiten Motorrades und sein Beifahrer erlitten ebenfalls schwere Verletzungen. Die drei Verletzten wurden dem Krankenhaus in Warendorf zugeführt.

Die rote Fahne über dem Rhein

Fachmännisch gehißt. — Die Entfernung beanspruchte einen ganzen Tag Arbeit unter Leitung eines Oberingenieurs.

Eine große Ueberraschung bot sich in der Frühe den Bewohnern der am Rhein bei Andernach gelegenen Ortschaften. Hoch oben, mitten auf dem Rhein, an der die beiderseitigen Rheinhöhen verbindenden Hochspannungsleitung zwischen Kranenberg und Leutesdorf, war eine große kommunistische Fahne gehißt. Die Kommunisten hatten unter fachmännischer Leitung dieses schwierige Experiment ausgeführt. Natürlich machte man sich sofort an die Beseitigung dieser eigenartigen Wahlagitation. Aber die Ausführung war nicht so einfach, sondern nahm beinahe einen ganzen Tag in Anspruch. Unter Leitung eines Oberingenieurs mußte erst die ganze Ueberlandleitung abgestellt werden. Dann wurde die Fahne auf Rollen an das jenseitige Ufer gezogen.

Eine Hundertjährige

Frau Lubrecht in Osnabrück

Osnabrück konnte nach 60 Jahren wieder einmal eine Hundertjährige ehren. Die Jubilarin ist die in der Augustastraße wohnende Witwe Lubrecht. Am 16. April 1832 in Wallenhorst geboren, heiratete sie 1858 den Wegebauaufseher Friedrich Lubrecht in Obercappeln. Seit 1920 verbringt Frau Lubrecht ihren Lebensabend bei der jüngsten Tochter in Osnabrück. Die Jubilarin ist von staunenswerter körperlicher und geistiger Frische und hat sogar bei den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl ihr Wahlrecht ausgeübt. An ihrem Ehrentage fand u. a. in der Elisabeth-Kapelle eine besondere gottesdienstliche Feier statt, an der die Hundertjährige, umgeben von ihren vier Kindern, zahlreichen Enkeln und Urenkeln, teilnahm.

„Gib mir den Groschen, oder Du stirbst noch heute abend!"

In der Nacht zum Montag gerieten in Mülheim (Ruhr) in der Weseler bezw. Saarner Str. wohnende Arbeiter, die in einem an der Duisburger Straße gelegenen Kaffee knobelten, wegen einer Differenz von 10 Pfennig in Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Der in der Weseler Straße wohnende Arbeiter rief seinem Mitspielenden zu: „Gib mir den Groschen, oder du stirbst noch heute abend!" Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung stach er ihn dann mit einem Stilett in den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der Verletzte ist noch nicht vernehmungsfähig. Der Täter wurde festgenommen.

Sühne für tödlichen Leichtsinn eines Kraftfahrers

Der Kraftwagenführer Friedrich Wyen aus Beeck hatte am Abend des 3. Februar, als er mit dem Wagen einer Gladbach-Rheydter Firma die ihm sehr gut bekannte Strecke von Beeck nach Wegberg befuhr, einen schweren Verkehrsunfall verschuldet, der zwei Todesopfer forderte. In einer Wegebiegung schnitt er die Kurve und überfuhr zwei Fußgänger, die vorschriftsmäßig rechts gingen. Beide erlitten sehr schwere Verletzungen. Der eine starb nach kurzer Zeit, der andere nach einigen Wochen im Krankenhaus. Das Schöffengericht Gladbach-Rheydt verurteilte den leichtfertigen Kraftfahrer wegen fahrlässiger Tötung zu 9 Monaten Gefängnis.

Das Pokal-Endspiel in Düsseldorf

Das Pokal-Endspiel zwischen VfL. Benrath und dem Rheydter Spielverein findet am kommenden Sonntag, 24. April, im Düsseldorfer Rheinstadion, nachmittags 16 Uhr, statt.

Der Schulfunk

Die Preisabbau-Aktion Dr. Goerdelers hat einer Schicht von „Konsumenten" keine Segnungen gebracht, und zwar den Rundfunkhörern! Die Reichspost beharrt nach wie vor auf ihrem Obolus von 2 Mark monatlich und läßt sich in ihrer Forderung durch nichts beirren. Ob der preußische Unterrichtsminister selbst mehr Glück hat? Er hat auf ein Gutachten der Zentralstelle für Schulfunk, das ihm vorgelegt wurde, den Reichspostminister gebeten, den Schulen und übrigen Bildungseinrichtungen nach dem Beispiel anderer Länder, z. B. Italien, volle Gebührenfreiheit zu gewähren oder die Gebühren zum mindesten wesentlich erheblich herabzusetzen. Neben anderen kommunalen Organisationen hat auch der Städtetag den Schritt des Unterrichtsministers bei der Reichspost unterstützt, denn der Schulfunk hat während seiner sechsjährigen Entwicklung in der Arbeit der Schule, aber auch in der des Rundfunks selbst Bedeutung erlangt.

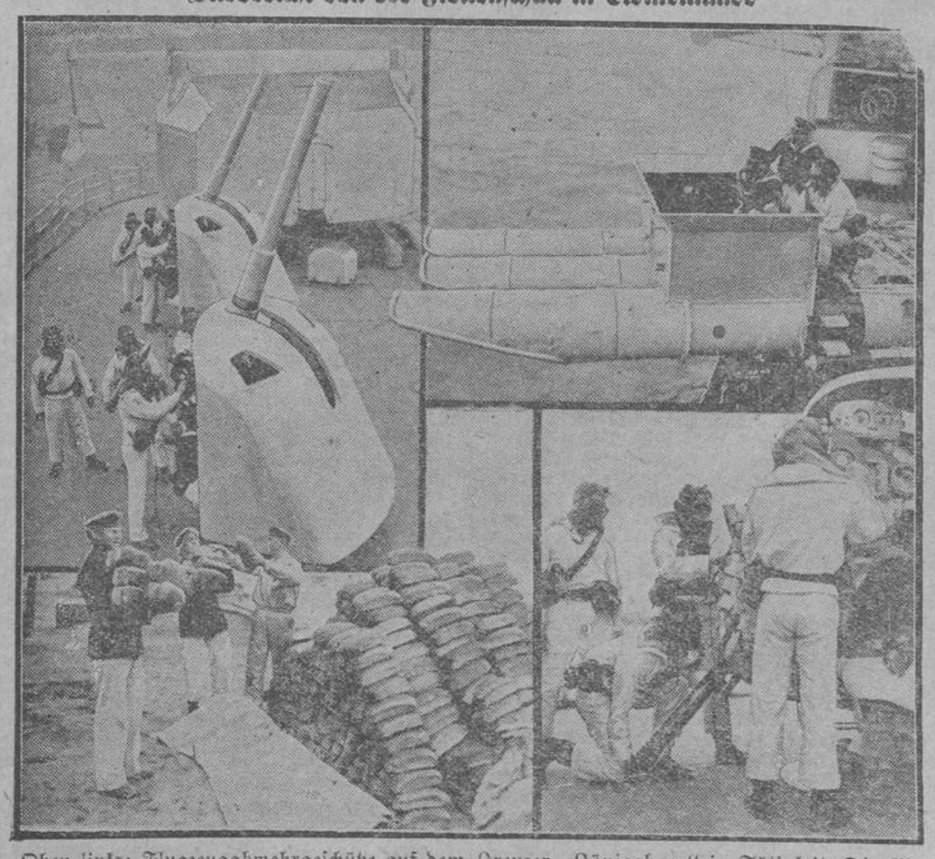
Von insgesamt 55 000 Schulen nehmen gegenwärtig bereits 22 000 mit etwa 70 000 Lehrern und 2,5 Millionen Schülern am Schulfunk teil. Mehr als 10 000 Schulen besitzen amtliche Rundfunkgeräte, während in den übrigen die Lehrer ihr privates Gerät der Schulfunkarbeit zur Verfügung stellen. Die methodisch-pädagogischen Fragen der Rundfunkarbeit in den Schulen sind Gegenstand ständiger Besprechungen der Tagungen der Lehrerverbände und ihrer Lehrgänge. Angesichts dieses regen Interesses gründeten Reichsrundfunkgesellschaft und preußisches Kultusministerium die Zentralstelle für Schulfunk, die seit dem 1. Juli 1930 der Reichsrundfunkgesellschaft angegliedert ist. Heute beteiligen sich alle deutschen Sendegesellschaften annahmslos am Schulfunk.

Die Aufgabe des Schulfunks besteht im wesentlichen darin, das gesamte Gegenwartsleben von Politik, Wissenschaft und Kultur dem heranwachsenden Schüler näher zu bringen. Deutsche Dichter kommen zu Wort, Forscher erzählen von ihren Reisen und Erlebnissen, Führer der Wirtschaft, des Staates, der Technik und Wissenschaft sprechen über ihr Werk und ihr Leben. Besondere Schul-Hörberichte geben lebendige Bilder von den wichtigsten Stätten deutscher Arbeit und Kultur. In letzter Zeit wurden insbesondere solche Schulfunksendungen durchgeführt, die sich mit der staatsbürgerlichen Erziehung befassen. Von besonderer Bedeutung ist der Schulfunk naturgemäß für die entlegenen Schulen, die sonst am wenigsten die Möglichkeit haben, derartige Veranstaltungen außerhalb des Rundfunks zu bieten. Die Unterrichtsbehörden haben daher bei der Verteilung der staatlichen Beihilfen in erster Linie die Landschulen und unter diesen wiederum diejenigen der Grenzgebiete berücksichtigt.

Dieser gewiß nicht immer vollkommenen, in ihrer Gesamtheit jedoch zu bejahenden Bildungsarbeit erwachsen durch die Beschränkung der staatlichen Beihilfen große Schwierigkeiten. Die Mittel vieler Schulen sind so gering bemessen, daß die jährliche Rundfunkgebühr von 24 Mark für sie nicht mehr tragbar ist. Denn der gesamte Lehrmitteletat beträgt in sehr vielen Landschulen nicht mehr als 50 Mark jährlich. Es geht natürlich nicht an, von dieser geringen Summe allein 24 Mark an Rundfunkgebühren zu verausgaben. Daneben sind gerade die Schulen mit solchen geringen Etatsmitteln die stärksten Benutzer des Rundfunks. Neben diesen kulturellen Gründen sprechen auch wirtschaftliche Erwägungen für die Erhaltung und Förderung des Schulfunks. Denn bei einer durch die Untragbarkeit der Gebühren verursachten Drosselung würden auch die Geldmittel, die in den Funkanlagen von 22 000 Schulen investiert sind, völlig brachliegen. Zum andern ist die Pionierarbeit des Schulfunks für die Ausbreitung des Schulfunks ebenso erwiesen. In zahlreichen Fällen lösten sich in entlegenen Orten die Hörergemeinden auf, weil die Mitglieder, angeregt durch gemeinsame Rundfunkveranstaltungen der Schule, sich eigene Geräte anschafften. Der preußische Unterrichtsminister unterstützt diese Entwicklung durch einen Erlaß, in dem er die Lehrer zur Funkhilfe aufforderte.

Maßgebend jedoch für die Erhaltung des Schulfunks ist und bleibt die kulturelle Frage, vor allem hinsichtlich der lebendigen Verbindung der Grenzgebiete und ihrer entlegenen Schulen mit den politischen und kulturellen Mittelpunkten Deutschlands.

Bildbericht von der Flottenschau in Swinemünde



Oben links: Flugzeugabwehrgeschütze auf dem Kreuzer „Königsberg" in Tätigkeit. Die Matrosen sind mit Gasmasken ausgerüstet. Oben rechts: Torpedo klar zum Schuß! Die durch Gasmasken geschützte Mannschaft demonstriert die Bedienung und das Arbeiten an den Torpedorohren. Unten links: damit unsere Blaujacken auch nicht verhungern! Riesige Brotstapel für die Besatzung der „Königsberg". Unten rechts: am Flugzeugabwehrgeschütz. Auch hier sind die Matrosen wieder mit Gasmasken ausgerüstet.

Ratten als Musikliebhaber

Im Majestic-Theater in Sydney kam es dieser Tage zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Die Aufführung der Oper „Carmen" mußte nämlich in letzter Minute verschoben werden, da es sich herausstellte, daß die Opernpartituren, die in einem defekten Schranke aufbewahrt wurden, völlig von Ratten zerfressen waren, so daß sie trotz aller Mühe, sie zu „rekonstruieren", verloren waren.

Der Staat und die Religionsgesellschaften

Der Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, **Dr. Hänßschel,** sprach auf der Deutschen Welle über das Thema: „Was tut der Staat zum Schutze der Religionsgesellschaften?" Der Redner führte u. a. aus:

Der Kampf gegen die Kirche ist zum Bestandteil des politischen Kampfes geworden. Weil man auf kirchlicher und sittlicher Grundlage beruhende Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften als Hindernis für die Entfaltung des Bolschewismus ansieht, deshalb sollen sie vernichtet werden. Um mühelofer das äußere Staatsgefüge zerbrechen zu können, soll zuvor der innere, auf gemeinsamer geistiger und sittlicher Ueberzeugung beruhende Zusammenhalt der Nation erschüttert werden. Dann meint man, sei auch bei uns die Bahn frei für das bolschewistische Staatsexperiment. Der Generalstab der Gottlosenarmee, so führte Dr. Häntschel weiter aus, befindet sich außerhalb Deutschlands, die deutschen Kommunisten sind nur willenlose, den ausländischen Drahtziehern geistig untergeordnete Werkzeuge. Die Zentrale ist die sogenannte „Internationale proletarischer Freidenker". Die Stammutter der internationalen Gottlosenbewegung ist der im Jahre 1925 gegründete russische „Verband kämpfender Gottloser". Er zählt in Rußland heute über fünf Millionen Erwachsene und rund zwei Millionen junge Gottlose. Die deutsche Sektion der kommunistischen Freidenker-Internationale ist der „Verband proletarischer Freidenker Deutschlands". Mit Hilfe dieses von Moskau aus geführten Verbandes soll jetzt in Deutschland die geistige Zersetzung und Wühlarbeit gegen Gott, Kirche und Religion in die Tat umgesetzt werden. Mit großem Kostenaufwand wird eine ungeheure Propaganda durch Schriften, Filme und Rundfunk entwickelt, wie sie sich auf die Dauer kein Staat gefallen lassen kann. Mit im Ausland gedruckten, in deutscher Sprache erscheinenden Schriften, wie zum Beispiel der in Charkow erscheinenden Halbmonatsschrift „Neuland", wird revolutionärer Atheismus nach Deutschland hineingeschmuggelt. Die vom Moskauer Gewerkschaftssender in deutscher Sprache verbreiteten Rundfunksendungen aus der antireligiösen Universität und dem antireligiösen Museum daselbst dienen dem gleichen Zweck. Eine Rundfunksendung „Spaziergang durch das antireligiöse Museum" wurde ausgerechnet zu Weihnachten zu uns in deutscher Sprache herübergefunkt. Hand in Hand damit ging eine vom „Verband proletarischer Freidenker Deutschlands" veranstaltete Antiweihnachtskampagne. Ein proletarischer Schallplattenverlag gibt sogenannte kommunistische Weihnachtslieder, wie „Der neue Stern", „Gottlosenlied" heraus. Darin werden Einrichtungen und Gebräuche der christlichen Kirchen verspottet und beschimpft. In den Arbeitervierteln der Industriestädte werden Aufklärungsabende mit Lichtbildvorträgen veranstaltet mit Themen wie „Kampf gegen die Pfaffen in der Sowjetunion", „Pfaffenhetze einst und jetzt" oder „Braucht das arbeitende Volk Religion?" Kommunistische Bühnendarsteller werden in sogenannten Agitproptruppen zusammengefaßt und bringen religionsfeindliche Stücke und rote Revuen zur Aufführung.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die antireligiöse Propaganda unter den schulpflichtigen Kindern. Die Sechs- bis Zehnjährigen werden in „Roten Jungscharen", die Aelteren in den „Roten Schulvorposten" und den „Roten Jungpionieren" zusammengefaßt. Die „Internationale Arbeiterhilfe", die „Kampfgemeinschaft für rote Sportarbeit", die „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur" und die „Rote Hilfe", alles Hilfsorganisationen der Kommunisten, haben sich Kindergruppen angegliedert. Es sind jetzt nicht weniger als 26 000 deutsche Kinder in solchen Jugendgruppen erfaßt. Ein Blick auf die Schulaufsätze der so beeinflußten Kinder zeigt, daß hier eine sittliche Verwahrlosung der Jugend systematisch organisiert wird.

Die Organisation der deutschen Gottlosenbewegung war ein wesentlicher Anlaß zum Erlaß der ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen im März vorigen Jahres. Durch eine weitere Verordnung wurde in das Lichtspielgesetz die Bestimmung aufgenommen, daß ein Film verboten werden kann, wenn er lebenswichtige Interessen des Staates verletzt. Auch dabei war nicht zuletzt an die alle sittlichen Fundamente des Staates untergrabende Gottlosenbewegung gedacht. Diese wenigen gesetzlichen Bestimmungen haben bereits den Erfolg gehabt, die Bewegung wesentlich einzudämmen. Die „Rote Fahne" gestand am 1. Januar ein, daß z. B. die kommunistischen Theater- und Revuetruppen vor der Märzverordnung zurückgewichen und fast völlig aus der proletarischen Oeffentlichkeit verschwunden seien.

Von den vor einem Jahr die Oeffentlichkeit noch lebhaft bewegenden Gottlosenversammlungen ist es still geworden. Trotzdem bleibt noch viel zu tun übrig. Besonders erschreckend ist die Propaganda unter den schulpflichtigen Kindern. Man wird dagegen nicht nur mit polizeilichen, sondern ebenso sehr auch mit den geistigen Mitteln der Aufklärung zu arbeiten haben. Dies wird in erster Linie Aufgabe von Schule und Kirche sein. Kirche und Schule haben die drohenden Gefahren rechtzeitig erkannt und alles daran gesetzt, um ihnen zu begegnen.

Die nicht wiederkommen . . .

Die bevorstehenden Preußenwahlen werfen für viele bisherige Parlamentarier dunkle Schatten voraus. Es gibt viele, die nicht wiederkommen werden. Bei manchem ist es noch ungewiß und hängt von dem Wahlglück ab, bei anderen ist die Entscheidung schon gefallen. Sie haben entweder auf eine Wiederaufstellung verzichtet oder sind beim Kampfe um die sicheren Plätze auf den Parteilisten unterlegen. Manche von ihnen tauchen in diesen Tagen im Preußenhause auf, wandern noch einmal durch die liebgewordenen Räume und trennen sich dann voller Wehmut von der Arbeitsstätte vieler Jahre. Von den Sozialdemokraten ist es der einstige Ministerpräsident Hirsch, jetziger Bürgermeister von Dortmund, der neben vielen anderen nicht wieder in das Preußenhaus zurückkehren wird. Auch der bisherige Reichsbannerführer Hörsing hat auf ein Mandat verzichtet. Frau Dr. Frankenthal, die dadurch auffiel, daß sie im Landtag große schwarze Zigarren zu rauchen pflegte und die inzwischen zur Sozialistischen Arbeiterpartei hinübergewechselt ist, wird ebenfalls im Landtage nicht wieder auftauchen. Bei den Deutschnationalen wird man den Abgeordneten Steinhoff vermissen, der Doppelmandatar ist und sich von jetzt ab nur als Reichstagsabgeordneter betätigen will. Von den Zentrumsabgeordneten ist der Studienrat Dr. Schwering-Köln, der dem linken Zentrumsflügel angehörte und der auch beim Rundfunk tätig ist, nicht wieder aufgestellt worden. Von der Fraktion der Deutschen Volkspartei hat der frühere Fraktionsvorsitzende Regierungspräsident a. D. Dr. von Campe auf ein Mandat verzichtet, ebenso der Berliner Justizrat Hallesleben, der Führer der liberalen Gruppe in der Generalsynode, Regierungspräsident Rose-Stade, der Gefängnisgeistliche Meyer-Herford, Rechtsanwalt Heymann-Köln und Syndikus Dr. Neumann-Frohnau. Auch Professor Dr. Leidig wird dem neuen Landtag nicht mehr angehören. Bei der Wirtschaftspartei wird der Abgeordnete Ladendorff nicht mehr in den Landtag zurückkehren. Von staatsparteilichen Abgeordneten werden der bisherige Finanzminister Höpker-Aschoff, der Berliner Pfarrer Graue, Ministerialdirektor Merten-Berlin und der alte Parlamentarier Lehrer Hoff-Kiel der neuen Landtagsfraktion nicht mehr angehören. Zu diesen bekannteren Namen treten noch zahlreiche andere, die nicht mehr auf den Kandidatenlisten zu finden sind.

Schlösser in Staatsverwaltung

Ueber 1½ Millionen Zuschuß.

Eine große Reihe von Schlössern und Schloßgärten in Preußen wird bekanntlich vom Staate verwaltet. Die Unterhaltung der Bauten und Anlagen ist recht kostspielig und erfordert nach dem Haushaltsplan für 1932 insgesamt 2 890 000 RM. Der vorige Haushalt stellte dafür noch 670 000 Mk. mehr bereit. Fast zwei Millionen entfallen davon auf die persönlichen Ausgaben für 184 Beamte und eine große Zahl nichtbeamteter Kräfte. Andererseits sind Einnahmen in Höhe von 1 353 000 Mark zu verzeichnen, so daß ein staatlicher Zuschuß von 1½ Millionen erforderlich ist. Verpachtungen und Vermietungen erbringen 461 000 Mark, Eintrittsgelder und Garderobengebühren 555 000 Mark, der Verkauf von Führern und Ansichtskarten und die Erlaubnis zu Filmaufnahmen rund 50 000 Mark. Vom Staate verwaltet werden, in Berlin und Umgebung das Alte Schloß, das Schloß Monbijou mit Park, Schloß Charlottenburg mit Mausoleum und Park und die Jagdschlösser Grunewald und Königswusterhausen; in Potsdam und Umgebung das Stadtschloß und Schloß Belvedere, Schloß und Park Sanssouci, Orangerieschloß, Neues Palais, Schloß Charlottenhof, Kaiser-Friedrich-Mausoleum, Marmorpalais und Neuer Garten, das Schloß auf der Pfaueninsel, Schloß Babelsberg und Park und Jagdschloß Stern. Weiter stehen unter staatlicher Verwaltung das Kaiserhaus in Goslar, das Residenzpalais Kassel, Schloß Wilhelmshöhe mit Park, die Schlösser Wilhelmsthal und Homburg v. d. Höhe mit ihren Parkanlagen und das Schloß Wiesbaden, die Rheinschlösser Stolzenfels, Soneck, Königstuhl bei Rhense, Klause bei Kastel und Schloß Brühl bei Köln mit Park. Schließlich werden noch vom Staat verwaltet die Schlösser Königsberg, Marienburg und Breslau. Der ursprünglich für die Unterhaltung dieser Gebäude vorgesehene Betrag von rund 745 000 Mark, der an sich schon um 100 000 Mark niedriger war als der Haushaltsansatz für 1931, ist im Hinblick auf die Finanzlage des Staates noch um weitere 200 000 Mark gekürzt worden. Im Vergleich zu 1930 stehen damit für diesen Zweck sogar 336 000 Mark weniger zur Verfügung. Hoffentlich wird wenigstens innerhalb dieses bescheidenen finanziellen Rahmens alles getan, um die durchweg sehenswürdigen und zum Teil in aller Welt bekannten Schlösser in Preußen baulich mindestens im bisherigen Zustande zu erhalten.

dieser, als sollte er am Spieße gebraten werden. Da der Figaro von dem armen Jungen nicht ablassen wollte, mußte man schließlich die Polizei holen, die ihn mitsamt seinem Unglücksapparat verhaftete. Der Lehrling zog sich erhebliche Brandverletzungen zu.

In acht Tagen zum Mond?

Ein Student der Technik, so wird in London aus Fachkreisen berichtet, hat eine Motorkonstruktion zustande gebracht, die etwas ganz Neues darstellt und die Vorstufen für einen künftigen Mondflug bilden soll. Dieser Student, ein gewisser Lester D. Woodford, befindet sich zurzeit an der Ohio State University in den Vereinigten Staaten. Woodford hatte verschiedene Unterredungen mit seinen Professoren, die sich sehr günstig über seine Arbeiten und auch über seine Konstruktionen äußerten.

Die Geschwindigkeit, die er zu erreichen hofft, liegt etwa bei 12 Kilometer in der Sekunde. Die Rakete soll halb silberfarbig und halb schwarz bemalt werden. Die schwarze Seite absorbiert die Hitzestrahlen, die silberne strahlt sie zurück. Durch Wenden und Drehen der Rakete wird es Woodford nach seinen Gedanken möglich sein, immer eine erträgliche Temperatur in der Rakete zu erzeugen.

Er weist darauf hin, daß in der Weltraumweite keinerlei Reibung besteht. Die Auffassung, daß eine Rakete verbrennen könnte, wenn sie fliegt, ist unsinnig. Nach seiner Berechnung muß die Strecke von der Erde zum Mond in rund 200 Stunden zurückgelegt werden können. Die Landung soll gefahrlos werden durch Rückstoßapparaturen und durch Gleitschutzvorrichtungen.

Wie der Raketenmotor in Betrieb gesetzt werden soll, ist noch nicht klar aus den Schilderungen zu ersehen, die bis jetzt vorliegen. Das bleibt vorerst das Geheimnis des Studenten und der paar Leute, die er eingeweiht hat. Immerhin scheint Woodford etwas Neues auf dem Gebiete des Motorenwesens zustande gebracht zu haben.



Aus einem Roman

„. . . und er hielt sie in seinen Armen fest an sich gedrückt!" . . . Nachdruck verboten.

Ein kühnes Projekt

Von Paul Wolfram

„Es soll ein neuer, lebensfähiger Erdteil gebildet, für die beengte Bevölkerung Europas ein neuer Lebensraum geschaffen werden, in dem Millionen Menschen wohnen können. Europa ernährt sich selbst, und wenn der dunkle Erdteil erwacht, soll er wirtschaftlich eng mit Europa verbunden sein und diesem helfen, ein auf unglaublich rascher Bevölkerungszunahme aufgebautes Pan-Asien und Pan-Amerika im Schach zu halten!"

Die „Neue Züricher Zeitung", gewiß ein Blatt von unverdächtlicher Objektivität und nicht geneigt, irgendwelchen utopistischen und vernunftswidrigen Ideen nachzujagen, spricht dieses kühne Wort über die „Paneuropa"-Pläne, die Projekte der Trockenlegung eines Teiles des Mittelmeeres, die der Münchener Regierungsbaumeister Hermann Soergel ausgearbeitet hat. Die Bauausstellung in Zürich, auf der Soergels Pläne mit sechs Kabinen etwa ein Viertel der Halle einnehmen, gibt der Zeitung Anlaß zu einer Behandlung der Themas. Daß man Soergel diesen großen Raum zur Verfügung stellte, zeigt, welchen Wert und welchen Ernst man in Zürich den Plänen zumaßt.

Es braucht in dieser Notzeit keiner langen Erklärung, daß man bei uns in Deutschland den Arbeiten Soergels, einem Planen, dem gewiß morgen noch nicht die Wirklichkeit folgt, so wenig Beachtung schenkt. Es tut sich, wenn man die umgestaltete Karte Europas und Afrikas betrachtet, eine derart wuchtige Masse von politischen, völkischen, wirtschaftlichen und technischen Fragen auf, daß man von der Wirkung dieser geographischen Korrektur kleinlaut fast die Ordnung der Gedanken verliert. Und beschäftigt man sich näher mit den Plänen und den Folgen ihrer Durchführung, so öffnen sich, glaubt man eine Frage gelöst, immer wieder neue und neue. Und doch wäre es falsch, darum das Ganze als wirklichkeitsfremd und unmöglich abzutun. So manches, das von den Menschen als Ausgeburt eines überspannten Hirns angesehen wurde, war wenige Jahre später greifbare Wirklichkeit, deren sich auch die weiland ungläubigsten Thomasse mit Anerkennung bedienten. Wenn auch die Veränderung der Mittelmeerküste Deutschlands Landkarte nicht trifft, so stehen doch auch wir nicht außerhalb des Interessentenkreises, und unsere Stellung, unsere Wirtschaft, unsere Macht, unser Volk geht die Frage unmittelbar an.

Staudämme bei Gibraltar und Gallipoli

Was will Soergel zunächst einmal? — Das Mittelmeer verdunstet viel mehr Wasser, als die Niederschläge und die Ströme, die sich hinein ergießen, neben der Unzahl der kleineren Zuflüsse, also in der Hauptsache Nil, Maritza, Wardar, Po, Tiber, Rhone und Ebro, ihm liefern. Strömten nicht fortgesetzt durch die Dardanellen aus dem Schwarzen Meere und durch die Straße von Gibraltar aus dem Atlantischen Ozean neue Fluten nach (jährlich 2914 Kubikkilometer, 584 Kubikkilometer mehr als aus den Flüssen), der Spiegel des Mittelmeeres würde sich jährlich um 1.65 Meter senken, die Küsten würden immer weiter vorrücken, und schließlich bliebe vom ganzen Mittelländischen Meere nur ein See — oder mehrere Seen übrig, so groß, daß die Flüsse die Verdunstung wieder ausgleichen könnten.

Soergels Plan ist nun, die beiden Seestraßen, also die Meerenge von Gibraltar und die Dardanellen, durch mächtige Stauwerke abzudämmen, einen Teil des Meeres verdunsten zu lassen, sodaß der Spiegel sich um etwa 200 Meter senkt, dann die Zuflüsse aus dem Schwarzen Meere und dem Atlantischen Ozean zu regeln und die Niveauunterschiede durch gewaltige Kraftwerke in elektrische Energie umzuwandeln. Ungeheure Strecken neuen Landes würden gewonnen, die aufgespeicherte Kraft soll zur Kultivierung des Neulandes und großer Teile der nordafrikanischen Wüsten verwandt werden. — Keiner wird dem Münchener Regierungsbaumeister den Vorwurf mangelnder Courage machen wollen.

Die neue Landkarte

Die Folgen einer solchen Eindämmung des Mittelmeeres übertreffen an Bedeutung die Größe des technischen Wunders. Das Augenfälligste ist die Veränderung der Landkarte. Die Küsten rücken näher zusammen, die Inseln vergrößern sich und wachsen zum Teil mit dem Festlande zusammen, neuen Inseln entstehen. Bedeutend ist der Landzuwachs zunächst einmal am Südrande des Ostbeckens des Mittelmeeres: bei Tunis und Tripolis bis zur Kyreneika — die beiden Syrten verschwinden fast ganz — und an der Nilmündung. Dann weiter am Ostrande bei Palästina und Syrien. Griechenland wird mit den meisten seiner Inseln zu einem Block, das Aegäische Meer verschwindet zu einem erheblichen Teile. Noch weniger bleibt von der schönen blauen Adria übrig: Etwa bis zur Höhe von Cattero wird sie zu festem Land. Auch die Westküste Italiens wächst weit hinaus, wie denn überhaupt das meiste Land am Rande Italiens und seiner Kolonien gewonnen wird. Die Straße von Mesina bleibt zwar bestehen, doch verengt sie sich von sieben auf einen Kilometer; Sizilien verbindet sich mit Malta und reicht bis auf 22 Kilometer an das vergrößerte Afrika heran. Elba kommt zum Festlande; Sardinien und Korsika wachsen zusammen. Der Landgewinn an der französischen Mittelmeerküste ist nicht allzu groß, doch flacht sich der Bogen des Golfs du Lion stark ab. Spanien gewinnt ziemlich an der Küste von Katalonien und Valencia, mehr aber noch auf den Balearen, von denen Mallorka und Menorka sich vereinen. Nur gering verändert sich das Bild in dem westlichsten Schlauche des Meeres. Anderorts schiebt sich auch hier die marokkanische und algerische Küste um viele Kilometer nordwärts. In dem so verkleinerten Mittelmeere erheben sich allenthalben neue Inseln, größere und kleinere.

Kornkammer Sahara

Diese neuen Gebiete sollen mit Hilfe der Energien aus den beiden Kraftwerken, wo das Wasser in 200 Meter hohen Kaskaden herniederfällt, kultuviert werden. Landstrecken, die geologisch ganz der fruchtbaren heutigen Mittelmeerküste gleichen. Libyen, die Kornkammer des Römischen Reiches, Roms reichste Provinz, soll neu erstehen. Auch die Wunderstadt Leptis Magna und weite, weite Flächen, die im Laufe der Jahrhunderte der Wüstensand gefressen hat, sollen wieder zu neuer Wirtschaft, zu neuem Leben erweckt werden. Bis tief in das Innere der Sahara hinein, dort wo einst blühendes Land war, wo die Archäologen das sagenhafte Glücksland Atlantis vermuten, sollen die Wasser gepumpt werden, sollen aus den öden Wüsten blühende Felder gemacht werden.

Schwebebahn von Stockholm nach Kapstadt

Man will, wie anfangs schon gesagt, Europa und Afrika einander nahe bringen, sie zu einer geographischen und wirtschaftlichen Einheit zusammenschweißen, diese Gemeinschaft, „Panropa" genannt, ökonomisch unabhängig machen von dem im Osten drohenden gelben und im Westen drohenden roten Erdteil und wehrfähig gegen sie. Die Besten Europas sollen nicht mehr fernab fremden Ländern neue wertvollste Kräfte geben, sie sollen in dem neuen Kulturland angesiedelt werden und die Stärke des alten Europa, dessen jetzige Grenzen keinen Raum mehr für den Ueberschuß der Bevölkerung bieten, erhalten und neu beleben.

Soergel hat die technische Seite seines Planes bis ins Kleinste hinein ausgearbeitet. Es fehlen nicht die Schienenstränge auf den Dammkronen der Stauwerke, nicht die Brücke zwischen Sizilien und Afrika, über welche die durchgehenden Züge der Schwebebahn von Kapstadt bis nach Stockholm führen, nicht die Bäderstadt, die Kongreß- und Luxusstadt, die Außenseite der heutigen Hafenstädte und die Verbindungslinien. Der Taumel eines phantasiebegabten Technikers hat sich in diesem riesigsten aller Projekte ausgelebt, hat alle Möglichkeiten seiner Wissenschaft und seiner Kunst bis zu den Grenzen ausgeschöpft, aber er hat diese Grenzen gewahrt: Technisch ist der Plan, so utopische er erscheinen mag, durchführbar.

Europas politischer Schwerpunkt wandert südwärts

Aber nicht allein die technischen Möglichkeiten bestimmen das Schicksal solcher Pläne, nicht allein die Wirtschaftlichkeit, die auch das soergelsche Projekt vorweist. Selbst wenn die Ausführung finanziell möglich wäre — man denke an die Millionen Arbeitsloser! —, die Uneinigkeit der Staaten, der Neid der Völker, die Politik würde sich ihr in den Weg stellen, scheinbar unüberwindlich in den Weg stellen. Man kann hier die politischen Probleme nur berühren.

Das Schwergewicht Europas würde sich bei der südlichen Orientierung zu Gunsten der romanischen Völker ganz bedeutend verschieben. Frankreich und Italien würden das Herz Panropas; die sowieso schon engen Verbindungen zwischen diesn Ländern und ihren nordafrikanischen Kolonien würden noch viel enger werden. England, das seinen kurzen Seeweg nach Indien verlöre oder ihn doch fremder Kontrolle ausliefern würde, wäre an den äußersten Rand Panropas gedrängt. Nicht anders ginge es dem Deutschen Reiche. Das adriatische Problem verschwände nicht mit der Adria, es käme sofort zum Ausbruch. Wohin man schaut, überall Spannungen in der politischen Atmosphäre, die sich bei der Annäherung unter Donner und Blitz entladen würden: Korsika—Sardinien, Sizilien—Tunis, Sizilien—Malta, Kleinasien usw. usw. Wer wird stark genug sein, hier die regelnden Staudämme zu bauen, welche die Kräfte zu wohltätigen Mächten umformen!

Vernegerung der weißen Rasse?

Die Zahlen des Gewinnes, die der Plan aufzeigt, sind so verlockend, die Durchführung ist eine so berauschende Leistung, daß keiner, der über seine vier Wände hinauszuschauen gewohnt ist, sich ihrem Zauber verschließen kann; aber das darf doch nicht über die schier unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten, Hemmnisse finanzieller und politischer Art hinwegtäuschen. Was zum Beispiel sollte aus all den Leuten, die an den heutigen Küsten leben, geschehen?

Und eine Gefahr darf auch nicht übersehen werden: Die rassische Gefahr der Mariage Europas mit Afrika. Frankreich sei ein warendes Beispiel! Es sieht in seinem nordafrikanischen Besitz nicht mehr die Kolonie, sondern das verlängerte Mutterland, und es handelt danach. Entsprechend ist die Vernegerung, vor allem in Paris und Marseille, fortgeschritten. Soll das mit ganz Europa so werden? Was soll, wenn aus Deutschland, einem der dichtbevölkerten Länder Europas, Siedler in den neuen Gebieten angesetzt werden, aus diesen werden? Hat nicht unsere Rasse schon ihre Geschichte an der Mittelmeerküste? Gingen nicht hier, auf afrikanischem Boden, deutsche Stämme, voller Jugendkraft, trotz scheinbar bester Lebensbedingungen in der Völkerwanderung unter?

Viel Licht strahlt von diesem Plane aus, aber auch viel Schatten fällt auf ihn. Seine Voraussetzung wäre zumindest eine starke politische Gemeinschaft Europas, von einem starken Willen zur Einheit und Selbstbehauptung getragen, denn sonst müßte die Führung naturnotwendig an die müden romanischen Völker fallen, und das würde eine Beschleunigung, nicht den Aufhalt des Zerfalls Europas bedeuten, um so mehr als die meisten slawischen Völker ausgeschaltet und Pan-Asien zufallen würden. Ehe diese Hindernisse überwunden sind — und wie könnten sie in absehbarer Zeit überwunden werden? —, bleibt der kühne Plan des deutschen Technikers doch nur Utopie.

Frauenwelt und Heim

Das Zusammenleben der Eltern mit verheirateten Kindern

Noch immer haben sich die Verhältnisse nicht so gebessert, daß das junge Paar sofort eine eigene Wohnung beziehen kann. Viel öfter ist es gezwungen, mit den Eltern zusammen zu wohnen oder den alleinstehenden Vater oder die Mutter bei sich aufzunehmen. Wenn Schiller auch sagt: „Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar", so dürfte es doch schon enger werden, wenn ein dritter Mensch diesen Raum teilt. Unendlich viele Klagen hört man da, teils von Eltern, die sich in ihren alten Gewohnheiten gestört fühlen, teils von Kindern, die sich nach der Heirat nicht mehr bevormunden lassen wollen. Es gehört ein großes Maß von Geduld und Liebe dazu, den richtigen Ton zu finden. Kommt die Schwiegertochter in einen Haushalt, den Mutter und Sohn geteilt haben, so ist die Lage für beide Frauen sehr schwierig. Die alte Dame kann sich nicht entschließen, der Schwiegertochter den Haushalt zu überlassen, da sie annimmt, die junge Frau habe keine Erfahrung, überhaupt stünde sie ihr in allen Dingen nach. Es gibt jedoch sehr kluge Schwiegermütter, welche den rechten Augenblick zu nützen wissen. Still ziehen sie sich zurück und warten, bis man ihrer bedarf. Solange Mütter leben, wird man ihrer bedürfen. Auch sollte die Schwiegertochter mit der größten Zartheit vorgehen, wenn sie sieht, daß die Mutter von einem Platz, welchen sie jahrzehntelang behauptet hat, verdrängt wird. Es ist leicht den Dingen die Schärfe zu nehmen, indem man die Mutter nicht ausschaltet, sondern hin und wieder um Rat fragt, selbst wenn man seiner nicht bedarf. Dadurch wird die Behaglichkeit im Hause gewahrt. Die Kinder müssen sich bewußt sein, daß sie durch ihre Jugend im Vorteil sind; dann ist es nicht schwer, gegen die Eigentümlichkeiten des Alters großzügig zu sein. Den Wert der großelterlichen Liebe erkennen sie erst dann, wenn Enkelchen da sind. Ihre Liebe überstrahlt alle Verstimmungen, und gar oft wird das Enkelkind zum ausgleichenden Element im Hause.

M. E. Hedicke

Auf eigenen Füßen

So lange Kinder im elterlichen Hause leben, kennen sie zumeist nicht ihre Geborgenheit, zeigen Sehnsucht nach der Fremde, nach anderer Umgebung, und vor allem nach Selbständigkeit. Haben sie zu Hause auch alle Freiheiten, so fühlen sie sich doch eingeengt. Sie glauben alt genug zu sein, eine eigene Verantwortung tragen, gewissermaßen auf eigenen Füßen stehen zu können. Wenn aber die Zeit gekommen ist, da sich ihre Sehnsucht und ihre Wünsche erfüllen sollen, wenn die Zeit da ist, da sie das Elternhaus verlassen sollen, dann wird es selbst dem Stürmer bänglich zu Mute. Vielleicht reißt er sich zusammen, gibt seine Empfindungen nicht preis, aber es wird ihm eigen ums Herz. Die Welt ist groß, aber sie ist ihm leer. Wo sieht er Menschen, die zu ihm passen? Wo einen Kreis, in den er sich fügen kann? Wo — und ganz leise kommt es ihm zu Bewußtsein — wird er die Sorge und Liebe finden, die ihn im Elternhaus umgab? Gerade jetzt, da die Kinder der Schule entwachsen sind, da höhere Schüler in Berufe gehen oder das Studium aufnehmen, ist die Zeit, über solche seelischen Kämpfe zu sprechen. Denn wer einmal den Bahnhof betritt, muß sehen, daß junge Menschen die Eisenbahn bevölkern, also in die Ferne, die früher so gewünschte und lockende Ferne, reisen um sich mit Unterstützung oder allein durchs Leben zu schlagen. Auch der junge Mensch, der in der Ferne noch die elterliche Sorge verspürt, ist in eine neue Lage geraten. Der Ernst des Lebens packt ihn an. Nicht immer ist der Rat des Vaters da, nicht immer die Sorge der Mutter bereit. Er muß selbst entscheiden. In fremdem Kreis sein Schicksal bestimmen. Er muß für alle Kleinigkeiten des Lebens allein sorgen, allein an alles denken. Das nennt man auf eigenen Füßen stehen, obwohl wahrscheinlich auch der Begriff dafür gebraucht wird, wenn man zu erkennen geben will, daß ein Mensch sich allein ernährt, bis zur letzten Konsequenz jede Bevormundung abgestreift hat. Die Reise in die Fremde, das Selbständigwerden greift doch ans Herz, wenigstens in der Stunde der Trennung, sicherlich hält eine neue Sehnsucht die Menschen wach. Bislang war die Zukunft nur in gaukelnden Bildern ferner Städte und fremder Menschen lebhaft, jetzt malt sich stärker die Erkenntnis jener Jahre, die man im Elternhaus erlebte und aus dieser Erkenntnis kommt nun, da die Ferne nicht mehr locken kann, weil man sie besitzt, die große Sehnsucht nach den alten lieben Wänden des elterlichen Heims und die große Sehnsucht, wieder einmal raten und bemuttern zu lassen. So ist es aber. Einer stellt sich früher oder später, freiwillig oder gezwungen auf eigene Füße, der andere wird im alten Raum und Rahmen zur Selbstverantwortung gedrängt. Sind aber erst die Forderungen des Lebens eingetreten, ist der junge Mensch von der Verantwortung beladen, dann kommt das, was man Jugenderinnerungen nennt. Einem kommen sie früh, wenn er noch jung ist, dem anderen spät. Und sind diese Jugenderinnerungen nicht das ewige Loblied auf die Abhängigkeit von den Eltern? Sind sie nicht die Anerkennung des Glücklichseins, als von dem „Auf-eigenen-Füßen-stehen" noch keine Rede war? Und wenn man noch so sehr redete: es wird so bleiben, daß Jugend zur Selbständigkeit drängt, später erst aber, wenn die Trennung auf lange oder immer eingetreten ist, jene Tage den goldigen Schein erhalten, die Kindheitstage waren.

Predi

Weißt Du es?

Olivenöl ist zum Reinigen und Erhalten von Kupfer zu empfehlen. Es entfernt allen Rost. Am besten befeuchtet man den zu reinigenden Gegenstand mit einer dünnen Schicht von dem Oel am Abend, läßt es über Nacht darauf und poliert am nächsten Morgen mit weichem Lappen.

*

Gummiflaschen für heißes Wasser halten länger, wenn sie einmal im Monat mit warmem Wasser, zu dem ein wenig Soda gefügt wird, ausgewaschen werden. Dies tue man regelmäßig, ob im Gebrauch oder nicht.

*

Bleistifte können feinspitzig gehalten werden, wenn man sie am Smirgelpapier reibt. Das erspart fortgesetztes Spitzen des Stiftes mit dem lästigen Beschmutzen der Finger.

*

Bei Wein, der umgefüllt werden soll, entzünde man eine Kerze oder ein elektrisches Licht hinter dem Hals der Flaschen. Das ermöglicht, das erste Zeichen des Satzes zu erkennen und mit dem Umgießen aufzuhören, ehe dieser Niederschlag in die Karaffen oder dergl. gerät.

*

Flaschen und andere Glaswaren reinige folgendermaßen: Schütte einige Löffel Salz in sie, ebenso einige Löffel (Teelöffel) Essig, die das Salz befeuchten, fülle dann mit Wasser auf und lasse die Flaschen oder Gefäße einige Stunden so stehen. Schüttele dann gut und spüle mit viel kaltem Wasser nach.

*

Fett wird nicht spritzen beim Braten in der Pfanne, wenn eine ganze Kleinigkeit Mehl hineingestreut wird — ehe man die kalte Zutat zum Braten zufügt.

*

Saucen werden nicht gerinnen oder klumpig, wenn sie bei gleichmäßiger mäßiger Temperatur gekocht und dabei ständig umgerührt werden.

*

Milch, die zum Kaffee gegeben wird, soll nicht gekocht, sondern nur erwärmt sein. Gekochte Milch nimmt ein wenig vom Aroma des Kaffees hinweg.

*

Eier in kochendes Wasser gegeben, platzen nicht, wenn man sie vorher einige Sekunden in angewärmtes Wasser gehalten hat.

Unterm ersten Regenschirm

Kulturhistorische Plauderei

Geregnet hat es zu allen Zeiten. Wenn natürlich die Sonne scheint, denkt der Mensch nicht an den Regenschirm. Es gibt aber leider Zeiten, besonders jetzt im April, wo der Regen sehr oft herunterrieselt.

Dafür eben hat der Mensch den Regenschirm. Hätte er ihn nicht, müßte er ihn erst erfinden.

Doch wer spannte zuerst über sein hochwohllöbliches Haupt den ersten Regenschirm? Ich will es Ihnen verraten. Der älteste Regenschirm ward Anno 1415 auf dem Konzil zu Konstanz aufgespannt, und zwar über dem Haupte des Papstes Johann XXIII.

Auf einem Stich in einem sehr alten, seltenen Buche über das Konstanzer Konzil erblickt man eine Abbildung dieses Regenschirms. Eigentlich müßte man „Regendach" sagen, denn dieser Regenschirm glich eher einem schützenden Dach. Er wurde von einem Ritter, hoch zu Roß, in voller Rüstung, hinter seinem Herrn getragen.

Dieser erste Regenschirm hatte aber dazumal noch nicht die mindeste Aehnlichkeit mit dem zierlichen Ding, das die Damen so graziös unter den Arm zu klemmen verstehen!

Dieses historische Regendach blieb lange das einzige seiner Art. Sonst schlüpfte man bei Regen, falls man nicht daheim blieb, in seine Karossen, die Damen huschten in ihre Sänften und das arme Volk ließ sich einfach beregnen.

Seltsamerweise war es nicht das schwache, sondern gerade das starke Geschlecht, das sich zuerst des Regenschirms bediente. So erblickte man in den Straßen Londons einen britischen Veteranen mit solch einem Regenschirm, den er 1773 aus den Pyrenäen mitgebracht haben soll. Auch in Paris fing man um diese Zeit an, sich zu „beschirmen". Doch war es noch immer eine vielbespöttelte Ausnahme, von der Welt mißachtet. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts schwärmte die elegante Welt wenig für diese unförmigen Regendächer, die erst langsam begannen, handlichere Formen anzunehmen.

Abermals war es ein Engländer, der begeistert für den Regenschirm kämpfte: Sir Jonas Hanway. Ei, wie sie da hinter ihm herliefen, die Londoner Gassenjungen! Wie man Spottgedichte auf den alten Herrn mit seinem Regenschirm verfaßte! Doch unbeirrt trug er sein rotes Regendach durch Londons graue Nebelstraßen.

Aber man irrt, wenn man glaubt, Deutschland habe dies nützliche Gerät derzeit nicht gekannt. Ein würdiger Hausvater in der Nähe Solingens vermerkt in seiner Familienchronik: „Als im Frühjahr 1759 (also im Siebenjährigen Kriege) die Franzosen durch unseren Ort zogen, befanden sich auch (was Schreiber höchst überflüssig fand) Frauen im Kriegsgefolge. Die ganz „feinen" unter ihnen trugen gar merkwürdige Stöcke, an denen in Sternform kleine Stäbe waren, die beweglich und mit Tuch bespannt waren. Damit hielten sie sich bei Regen das Wasser aus dem Gesicht."

In der Solinger Gegend behauptet man, daß gerade durch diese durchziehenden französischen Truppen die Solinger die Anregung zum Parapluie empfangen hätten. Schon 1820 gab es in der Solinger Gegend derartige Schirmfabriken, die mit Dampfkraft betrieben wurden.

Das wichtigste aber war, daß man zur damaligen Zeit das Gewicht des Regenschirms von sage und schreibe sechzehn Pfund auf deren vier verringerte. Für diese 16 Pfund hätte sich die heutige Damenwelt bestens bedankt. Heute kann er nicht klein und leicht genug sein, der treue Begleiter so mancher „trüben", resp. verregneten Stunde. Er hat es sogar fertig gebracht, in Madames Handtasche zu schlüpfen, der kleine Schlingel von Regenschirm, der kaum mehr etwas gemein hat mit seinem veralteten kulturhistorischen Bruder — dem Regendach!

J. Adams

Kampf gegen die Motten

Die Motte gehört zu den schlimmsten Feinden der Hausfrau! Der Kampf gegen Larven, die ungeheure Werte vernichten, muß jetzt fast das ganze Jahr geführt werden, da es im Zeitalter der Zentralheizung keine ganz mottenfreie Jahreszeit mehr gibt. Unter den verschiedenen Arten sind drei von besonderem Interesse für die Hausfrau: 1. Die bräunlichgelbgefärbte Kleidermotte, die im Mai und Juni schwärmt und nochmals im Oktober. 2. Die Haarschabe, die die Pelzsachen bevorzugt, aber auch mit Wolle sich begnügt. Sie fliegt etwas später, im Juni und Juli. Erkenntlich an den lehmfarbigen Vorderflügeln mit zwei dunklen Punkten! 3. Die Mehlspeisemotte, die sich auch gern in Polstermöbeln aufhält. Sie hat das ganze Jahr Nachkommenschaft!

Im Frühjahr ist die geeignete Zeit zum Beginn des großen Kampfes gegen die Motten. Wir beginnen mit den in erster Linie heimgesuchten Wollsachen. Man muß sie tüchtig ausbürsten, von Flecken befreien, längere Zeit der Zugluft oder der Sonne aussetzen, dann mit einem erprobten Mottenmittel versehen und dicht von Zeitungspapier umhüllt oder in Leinenbeuteln in eine mottensichere Kiste legen. Am besten sind die innen mit Blech ausgeschlagenen Kisten, doch kann jede feste Kiste benutzt werden, wenn sie mit Wachstuch ausgeschlagen wird. Auch gibt es jetzt besondere, imprägnierte Beutel verschiedener Größe, die mottensicher sind.

Kleider und Mäntel hängen vorteilhaft im besonderen Schrank, der vorher gründlich feucht ausgewaschen und mit Zeitungspapier ausgelegt wurde. An die Bügel sind Säckchen mit einem zuverlässigen Mottenmittel zu hängen.

Pelze, die kostbar sind, gebe man dem Kürschner zur Aufbewahrung. Will man sie selbst aufbewahren, entweder in die Mottenkiste legen oder mit einer Hülle aus dichtem Stoff umgeben, so daß nur der Haken des Bügels heraussieht, in den Schrank hängen. Und recht viel Säckchen mit starkem Mottenpulver an den Säumen, am unteren Rande, in den Taschen usw. anbringen. Alle Pelzsachen müssen vor dem Fortlegen tüchtig geklopft und eine Weile der Sonne ausgesetzt werden. Man überzeuge sich durch leichtes Zupfen an den Härchen, daß keine Maden darin sind; denn eine einzige Made kann den ganzen Pelz zerstören! Kleine Pelze können auch in Zeitungen eingehüllt werden — doch müssen sie so davon umhüllt sein, daß keine Motte hineinschlüpfen kann. Man vermeide Pfeffer zum Einstreuen, da nicht alle Pelzsorten den Pfeffer vertragen. Praktisch sind auch Papiersäcke, die man selbst zusammenkleben kann.

Polstermöbel, die in Gebrauch sind, müssen während der warmen Monate besonders häufig geklopft und unten gesäubert werden. Frisch gemahlener weißer Pfeffer, in die Ritzen und Falten geschüttet, ist ein gutes Vorbeugungsmittel. Oder man schiebe kleine, mit Mottenpulver gefüllte Säckchen tief in die Ecken. Sind Polstermöbel schon von Motten befallen, muß man die Maden mit Essigdämpfen aus ihren Schlupfwinkeln hervorlocken. Bei Plüschmöbeln hilft ein Durchtränken mit Petroleum. Mit einem reinen Tuch nachreiben, gründlich lüften!

Teppiche und Vorleger gründlich klopfen, noch besser, oft mit dem Staubsauger behandeln! Falls kein Staubsauger vorhanden, mindestens einmal wöchentlich mit reinem, kaltem Wasser, dem etwas Salmiak zugegeben wird, abbürsten.

Matratzen ebenfalls öfter klopfen bzw. absaugen. Sind schon Larven darin, dann die Matratzen über Stühle legen, darunter einen kleinen Spirituskocher stellen mit einer Schale voll starkem Essig. Die Stühle mit alten Tüchern umhüllen, die Essigdämpfe eine Weile einwirken lassen. Man kann dann die hervorkriechenden Räupchen leicht absuchen.

Wenn man verreist, Teppiche und Polstermöbel gründlich klopfen, dann recht viel mit feinstem Terpentinöl bespritzte Zeitungen darüber legen — gibt keine Flecken! — besser Mottenpulver direkt auf die dann vorteilhaft zu umhüllenden Sachen streuen. Teppiche können liegen bleiben oder über den Zeitungen zusammengerollt werden.

Beliebte Schlupfwinkel der Motten: Friesstreifen an der Rückseite der Möbel, Friesstückchen an den Möbelfüßen, schmale Stoffreifchen am Paneel, sorglos in Kasten und Schubladen umherliegende Wollflicken, Wollsachen, die man vergaß, fortzulegen — den schwärmenden Mottenweibchen keine derartigen Logiergelegenheiten zu bieten, das liegt ganz in der Hand der Hausfrau.

Ein sicherer Mottenschutz ist das Imprägnieren der Woll- und Pelzsachen. Man kann heute schon mottensicher imprägnierte Wollsachen kaufen, aber auch alte Sachen noch nachträglich mottensicher machen lassen. In diesem Falle müssen die nicht imprägnierten Sachen im Haushalt besonders geschützt werden!

Da, wie gesagt, gerade der Beginn des Frühlings und Sommers die kritischste Zeit für die Mottengefahr ist, heißt es jetzt für die Hausfrau, sofort zuverlässige Mittel anzuwenden, um diese unscheinbaren, aber besitzzerstörenden Mitinsassen unserer Wohnung zu vernichten.

Eva Berger

Wie lange lebt der Europäer?

Das voraussichtlich erreichbare Lebensalter in den verschiedenen Ländern gibt eine Statistik der Notiziaro demografico wieder.

Danach hat der Neugeborene Aussicht zu leben: Norwegen 56,26 Jahre; Schweden 55,75; Holland 52,20; England 50,45; Frankreich 47,43; Belgien 47,10; Deutschland 46,57; Italien 44,53; Spanien 42,28; Oesterreich 41,75. Nach Ueberwindung der Gefahren des frühen Kindesalters bessern sich die Lebensdauer-Aussichten.

Zehnjährige haben in Italien die Aussicht, insgesamt 51,48 Jahre zu leben, wodurch ihre Aussichten sich in 10 Jahren eigentlich um 16,95 Jahre erhöht haben, wovon natürlich schon 10 Jahre abgelebt sind, so entnehmen wir dem Aprilheft der „Koralle". Bemerkt sei noch, daß diese italienische Statistik die Lebenserwartungen geringer beziffert als z. B. eine Statistik von K. Finkenrath, Berlin.

Danach hat der Neugeborene Aussicht zu leland 1924-26 die Lebenserwartung von 55,96 Jahren (männlich) und 58,82 (weiblich) gehabt. Die höchste Lebenserwartung hätten in Deutschland die Fünfjährigen gehabt: 60,06 Jahre (männlich) und 61,62 (weiblich). Nach der Statistik von L. J. Dublin, New York, sind von allen Ländern in Neu-Seeland die Lebenserwartungen für die Neugeborenen am höchsten: 63 Jahre (männlich) und 65 Jahre (weiblich).

In Australien ist die Lebenserwartung 2—3 Jahre niedriger. Das andere Extrem ist Indien, wo die Lebenserwartung die unglaublich niedrige Ziffer von 22 Jahren für Männer und 23 Jahren für Frauen erreicht, das sind ähnliche Ziffern, wie sie für die Bevölkerung der Stadt Rom in der Kaiserzeit galten.

Zur Zeit der Reichsgründung waren in Deutschland die Lebenserwartungen für Neugeborene 35,38 bzw. 38,45 Jahre; für Fünfjährige 49,39 bzw. 51,01 Jahre.

Buntes Allerlei

Fräulein General

Diesen Titel führt eine junge chinesische Studentin, die in den Ostasienwirren Führerin der chinesischen Frauen im Kampfe gegen die Japaner ist. Beim Ringen um den Besitz der Wusungforts haben sich die chinesischen Frauen, von den Japanern wegen ihrer gemeinsamen Tracht „Die blauen Teufel" genannt, durch ihr fanatisches Heldentum hervorgetan. Die Generalin Mi, die mit der Witwe des chinesischen Präsidenten Sun-Yatsen eng befreundet ist, hat nun diese irregulären Frauentruppen zusammengefaßt und wird sie in den zu erwartenden neuen Kämpfen planmäßig gegen die Japaner einsetzen.

Anna May-Wong wird Doktor h. c.

Einer Meldung aus Peiping zufolge ist die bekannte Filmschauspielerin Anna May-Wong von der Universität der Stadt zum Doktor h. c. ernannt worden. Für China eine ganz außerordentliche Ehrung, die allem Anscheine nach den modernen amerikanischen Gepflogenheiten nachgeahmt wurde. Im Doktor-Diplom führt der Senat der Universität aus, die Filmschauspielerin habe die Anmut der chinesischen Frau in der ganzen Welt propagiert.

Der grosse Karner

ROMAN
VON
WOLFGANG MARKEN

28

Die Kraft, die die Erde zusammenhält, die Kraft die das Weltall regiert. Diese ungeheure Kraft verstand sich Karner nutzbar zu machen?

„Atomkraft . . . Herr Karner?“ fragte Hallenbach heiser.

„Ja! Es gelang mir, die Kraft der Atome zu lösen. Eine plötzliche Erkenntnis und ein göttlicher Zufall ließen mich diesen . . . ach so kleinen und doch so gewaltigen Schritt tun. Es ist eine ungeheuere, unerschöpfliche Kraft. In einem handgroßen Stein steckt soviel Kraft, daß ich davon ganz Deutschland tagelang mit Strom versorgen kann. Verstehen Sie nun, warum . . . ich meine Erfindung noch nicht aus den Händen geben kann?“

Wie betäubt saß Hallenbach da. Dann stand er ungestüm auf und ergriff Karners Rechte.

„Herr Karner! Sie sind groß! Wer die Atomkraft beherrscht, der beherrscht die Welt!“

Doch der große Erfinder schüttelte den Kopf.

„Gottlob nicht, mein Freund. Auch mir ist eine scharfe Grenze gezogen. Viel vermag ich mit meiner Erfindung, aber . . . nicht alles. Doch von einem gehe ich nicht ab, und wenn ich es nie erreichen kann, wenn ich nur der bin, der den Stein ins Rollen bringt. Ich will nicht aufhören, um die Freiheit der Welt zu kämpfen. Wie es auch kommt, Sie wissen unseren Weg, Herr Hallenbach!“

„Ich weiß ihn, Herr Karner!“

* * *

Lady Ramsay las in der Zeitung die letzten Meldungen über Karner. Man schrieb, daß er außer Lebensgefahr sei und sich auf dem Weg der Besserung befinde.

Tief atmete sie auf und ließ sich von den Strahlen der Augustsonne wärmen.

Heute empfand sie zum erstenmal in ihrem Leben, wie wohl doch ein bißchen Sonne tat. Und in ihrer Seele erwachte neue Sehnsucht nach Frieden und Glück.

Nur ein wenig Glück!

Sie dachte zurück an ihre Brautzeit. Als sie mit Martin von Walthaus durch Wiesen und Felder und Wälder wanderte, hatte er ihr von seinen menschheitserlösenden Ideen erzählt.

Sie hatte sich damals seiner klugen, guten Worte gefreut. Doch später, in der Ehe, als sie merkte, daß Martin sich mühte, auch praktisch nach seinen Anschauungen zu leben, begann sie zu hassen, was er liebte.

Die Liebe zur ärmsten Kreatur, die ihren ersten Gatten so beseelt hatte, ging ihr völlig ab. Sie wollte geliebt sein, sie verlangte, daß nichts neben ihr in seinem Herzen Raum habe.

Und ihre Herzen glitten auseinander. Lange kämpfte er um sie, denn er liebte sein Weib. Und heute empfand sie, welch unendliche Qualen der Tote gelitten hatte, gelitten durch sie, die ihn quälte und verspottete, die seine Ideale in den Schmutz zog.

Heute empfand sie ihre große Schuld.

„Was warst du denn?“ sprach eine Stimme in ihr und klagte an. „Ein Mensch, so klein und ohne Wert. Und du hast dich damals vermessen, den Besten zu verspotten, hast ihm Tage der Qual gebracht, hast ihn in den Tod getrieben.“ Heute fühlte sie, daß es für Martin keinen anderen Weg hatte geben können, als den Weg in die Ewigkeit.

Und sie dachte an ihren zweiten Gatten, den Grafen Ramsay. Heute wußte sie, daß sie ihn nie geliebt hatte. Er hatte die schöne Frau begehrt, und sie sagte ja. Warum? Aus Laune . . .? Aus . . . ja, was war eigentlich der Grund gewesen?

Sie wußte es heute nicht mehr. Es ging ihr wie so vielen Frauen, daß sie eine Handlung aus einem unbestimmten Gefühl heraus begehen, eigentlich ohne zwingenden Grund.

Sie dachte an Karner!

Sie wußte, daß sie nie von dem Gedanken loskommen würde, daß Karner der Tote war. Und sie wollte nicht loskommen davon, sie hämmerte sich den Gedanken ein, daß ihr erster Gatte lebe, daß ihr Vergebung durch ihn werde.

„Gemma!“

Sie fuhr herum. Ihr Gatte stand in der Tür und trat langsam näher.

„Ich habe eben eine Nachricht erhalten, die dich freuen wird. Man hat meiner Bitte um Enthebung vom Berliner Botschafterposten entsprochen. Lord Burns wird mein Nachfolger sein. Bald reisen wir. Ich hoffe, du wirst froh sein, Berlin verlassen zu können.“

Sie war bei seinen Worten erschrocken. Jetzt von hier fort! Kerzengrade richtete sie sich im Sessel auf.

„Ich will nicht fort von hier! Warum hast du mir nie etwas davon gesagt, daß du diesen Posten aufgeben willst?“

Ein unfreundlicher Zug erschien auf seinem Gesicht, das müde und zerfahren aussah.

„Warum willst du nicht von Berlin fort, Gemma?“ Er bemühte sich, ruhig zu sprechen. „Du hast doch hier in letzter Zeit Schlimmes durchgemacht.“

„Ich will nicht!“ sagte sie eigensinnig, voll Angst.

„Es tut mir leid, Gemma. Aber du wirdst dich diesmal meinem Wunsche fügen müssen. Wirklich, Gemma . . . müssen.“

Mit einer kurzen Verbeugung wandte er sich ab und verließ das Zimmer.

Die Frau weinte auf. Es war das erstemal seit dem Tod ihres ersten Gatten, daß sie wieder Tränen fand.

Und sie taten so wohl, sie spülten so manches weg, was sich um das Herz gelegt hatte, machten es wieder frei und ließen den Menschen in ihr neu erstehen.

„Ich bin nicht schlecht!“ dachte sie unter Tränen.

* * *

Die alliierten Staaten waren damit einverstanden, daß Deutschland für sie die Verhandlungen mit Karner führte, und baten in einer neuen Note darum.

Die deutsche Regierung bat darauf Herrn Karner zu einer Besprechung nach Berlin.

Hallenbach teilte mit, daß Herr Karner krankheitshalber nicht in der Lage sei, Verhandlungen zu führen. Er sei dazu bevollmächtigt. Da aber die Last des Karnerwerks auf seinen Schultern zur Zeit allein liege, sei es nicht möglich, daß er jetzt nach Berlin käme. Er stehe daher im Karnerwerk jederzeit zur Verfügung.

Also fuhren die Minister von Willgreuve und Ascher zusammen mit dem Ministerialdirektor Adolf und dem Abgeordneten Spartel nach dem Karnerwerk.

Sie verhandelten mit Hallenbach und stießen auf eine überlegene Persönlichkeit.

Er lehnte ab und gab nicht nach.

Nicht einen Zoll wich er von Karners Willen ab. Er verteidigte ihn, begründete ihn und widerlegte in der äußerst scharf geführten Auseinandersetzung ihre Anschauungen und Befürchtungen.

Nach drei Stunden brach man die Verhandlungen ergebnislos ab. Minister Ascher sagte brüsk: „Die Regierung wird Sie dann zwingen. Wir können nicht dulden, daß Herrn Karners unausführbarer Gedanke, daß Ihr Starrsinn unsere Volkswirtschaft zertrümmert und unser Volk durch Sie unermeßlichen Schaden erleidet.“

Hallenbach blieb ruhig und sagte langsam: „Ihre Worte wundern mich nicht, Herr Minister. Ich habe Sie immer für den Diener der anderen Nationen gehalten. Sie haben den Vertrag von Versailles vergessen.“

* * *

Als am nächsten Tage das Scheitern der Verhandlungen bekannt wurde, nahm die Presse, die eigentlich immer zu Karner gestanden hatte, mit einem Male in leidenschaftlichen Artikeln gegen Karners Standpunkt Stellung und bekämpfte ihn.

In London aber hatte Donell eine Auseinandersetzung mit Kellogh und reiste mit neuen Aufträgen nach Deutschland.

Am Tage darauf überreichte die deutsche Regierung dem englischen Botschafter eine Note, die das Scheitern der Verhandlungen offiziell zugab und bedauerte.

Die Welt zitterte vor Spannung.

Was stand bevor?

* * *

Schon eine Woche danach traf in Berlin das Ultimatum der alliierten Mächte ein, das verlangte, Deutschland solle binnen acht Tagen die Zusicherung geben, daß Karners Erfindung auch in den anderen Staaten eingeführt würde.

Im anderen Falle würde der angedrohte Wirtschaftsboykott eintreten müssen. Karners Erfindung sei von so eminenter Bedeutung für die Weltwirtschaft wie noch keine Sache je zuvor, und sie brächte die Weltwirtschaft in die größte Gefahr, wenn sie nicht gleichmäßig allen Völkern diene.

Die Note wurde, obwohl man unter der Beeinflussung von Presse und Versammlungen gegen Karners Gedanken war, mit Empörung aufgenommen.

„Wo bleibt der Völkerbund?“ so schrie man.

Der Völkerbund? Die Einsichtigen lachten höhnisch. „Was soll uns diese Interessengemeinschaft der Alliierten helfen können?“

* * *

Als die Arbeiter im Karnerwerk erfuhren, daß Karner auf dem Wege der Besserung war, herrschte ehrliche Freude unter ihnen.

Der ernste Mann, der für alles Verständnis hatte, der mit seinen mustergültigen Arbeitsbedingungen dem Arbeiter praktisch half, war wirklich von allen geliebt und geschätzt.

Als dann die Nachricht von dem Ultimatum der Alliierten im Karnerwerk bekannt wurde, wallte Empörung unter ihnen auf.

Hallenbach begab sich, als er von dem Ultimatum erfuhr, unverzüglich zu Karner.

Der Hausmeister Seifert wollte ihn nicht zu ihm lassen, aber Hallenbach schob den getreuen Wächter zur Seite und trat ein.

Karner saß im Lehnstuhl wie immer und schlief.

Ganz sachte trat Hallenbach heran und betrachtete das Antlitz des Schlafenden. Man sah es Karner an, daß er gesundete. Das Gesicht hatte sich wieder gerundet.

Ein sehnsüchtiger Zug verschönte das ernste Antlitz.

Karner erwachte. Hallenbach zuckte unter den tiefernsten Augen zusammen.

Karner reichte ihm die Hand und sagte: „Ich habe geschlafen. Es hat mir gutgetan. Ich fühle mich sehr wohl. Aber . . . Sie haben keine gute Nachricht?“

„Nein! Das befürchtete Ultimatum der Alliierten ist in Berlin eingetroffen.“

Karner schien davon nicht berührt.

„Ich habe es erwartet!“

„Ja! Aber es kommt so rasch und hat darum eine starke Bestürzung hervorgerufen.“

„Ich habe noch Vertrauen zum deutschen Volk, Herr Hallenbach,“ sagte Karner stark.

„Ich nicht minder! Aber wäre es jetzt nicht günstig, wenn Sie dem deutschen Volk erzählten, was Ihnen nach dem Weltwirtschaftskongreß widerfahren ist?“

Karner überlegte. „Sie haben recht! Ich will dem deutschen Volke die Wahrheit sagen. Ich bin bereit, einem Journalisten einen Bericht über meine Erlebnisse in englischer Gefangenschaft zu geben.“

Hallenbach war hocherfreut und erhob sich. „Ich werde sofort Herrn Holling aus Hotel Karnerstadt herbeizitieren. Dieser unermüdlichste aller Berichterstatter soll es hören.“

„Tun Sie es, Herr Hallenbach! Ueber das Weitere wollen wir morgen reden.“

* * *

Holling raste zu Herrn Karner und nahm den langen Bericht auf. Dann eilte er nach Berlin.

Als er plötzlich in der Redaktion der „Großdeutschen Zeitung,“ erschien, gab es eine Sensation.

Er schrie durch den ganzen Redaktionssaal: „Habe eben Herrn Karner interviewt. Ich habe seinen Bericht über seine englische Gefangenschaft.“

Die Redakteure liefen zusammen.

Donnerwetter, Holling, der Teufelskerl, brachte zusammen, was keinem gelang!

Spannung kribbelte in allen.

Am aufgeregtesten war der Chefredakteur, der Holling sofort in sein Arbeitszimmer zog.

Holling warf sich auf einen Stuhl und holte seinen Bericht heraus.

Der Chefredakteur nahm die Papiere und las. Dann nahm er den Bericht und knallte ihn auf den Tisch.

„Das ist eine Räubergeschichte . . .! Sie wollen mich auf den Besen laden!“

Holling lachte schallend auf. „Das ist auch eine Räubergeschichte. Das Traurige ist nur, daß sie wahr ist.“

Noch einmal sah Doktor Schneider den Berichterstatter scharf an, dann klingelte er die Druckerei an und ließ den Faktor der Setzerei kommen.

„Hier ist ein Manuskript, Herr Horn! Das ist nicht mit Gold aufzuwiegen. Stellen Sie sich neben die Maschine, wenn es gesetzt wird, ziehen sie den Satz selber ab, lesen sie ihn selber. Lassen Sie keinen ran! Kein Wort darf die Konkurrenz erfahren, bis es nicht gedruckt in unserer Zeitung steht! Verstanden?“

* * *

Punkt drei Uhr brüllten die Zeitungsverkäufer auf dem Potsdamer Platz: „Große Sensation! Herr Karner berichtet über seine Erlebnisse in englischer Gefangenschaft auf dem Panzerkreuzer „Queen Elisabeth.“

Man riß ihnen die Blätter aus der Hand.

Im Volke wuchs eine wilde Empörung gegen England. An dem Abend demonstrierten Tausende vor der englischen Botschaft. Die Polizei hatte alle Mühe, die Massen in Ordnung zu halten.

* * *

Lady Ramsay kümmerte sich nicht um die politischen Ereignisse. Der Zufall spielte ihr aber das Blatt, das Karners Bericht enthielt, in die Hände.

Und sie las, wie England mit Karner umgesprungen war. Sie empfand körperliche Schmerzen nach dem Lesen des Berichts. Ihr Kopf brannte, und das Herz schlug heftig. Da dachte sie daran, daß sie eine Deutsche war.

Ihr Gatte, der Botschafter, überraschte sie über dem Zeitungsblatt.

„So hat . . . England mit Karner verfahren, Alfred?“

Er zuckte die Achseln. „England? Ich bezweifle, daß die englische Regierung etwas davon weiß. Es ist sicher eine Eigenmächtigkeit Lord Bellocks.“

„Hast du davon gewußt, Alfred?“

Er zögerte mit der Antwort und sagte dann heftig: „Ja! Lord Bellock hatte es mir angedeutet!“

Gemma antwortete nicht darauf. Aber in diesem Augenblick war jedes Band der Liebe, der Freundschaft zwischen ihr und dem Gatten zerschnitten.

* * *

Willgreuve freute sich, als er Karners Bericht las. Er stand innerlich ganz auf Karners Seite, denn er war wohl der einzige in der Regierung, der erfaßte, was Karner eigentlich wollte, der Karner bitter ernst nahm. Er bewunderte Karners ungebeugte Willenskraft und den genialen Schlag, den er jetzt zur richtigen Zeit ausführte.

Er war gewillt, sich in der heutigen Ministerratssitzung ganz auf Karners Seite zu stellen.

* * *

Als die englische Regierung von der Veröffentlichung der Erlebnisse Karners erfuhr, dementierte sie sofort.

Die englische Regierung habe nichts damit zu tun. Es handele sich um das eigenmächtige Vorgehen Lord Bellocks, der sofort von seinem Posten abberufen worden sei. Außerdem habe die Regierung den Kommandanten der „Queen Elisabeth“ sofort zur Disposition gestellt und die Freilassung des widerrechtlich gefangengehaltenen Fürsten Michailoff erwirkt.

Die englische Regierung bedauere den Vorfall und sei bereit, Herrn Karner jede Genugtuung zu verschaffen.

* * *

Zwei Tage später empfing der Reichspräsident Hallenbach, den Bevollmächtigten Karners, in Audienz.

Hallenbach betrat das Kabinett des Präsidenten mit der unbekümmerten Sicherheit und Selbstverständlichkeit, die immer seine Handlungen auszeichneten.

Und die Sicherheit wirkte.

Das Auftreten des jungen blonden Hünen benahm dem Präsidenten, wie er später einmal gestand, tatsächlich den Atem.

Hallenbach begrüßte den Präsidenten, etwa wie man einen guten Bekannten begrüßt, er sprang über die Distanz, die der höchste Beamte des deutschen Reiches so gern zwischen sich und den anderen legte, hinweg und ward damit sofort zum Beherrscher der Situation.

Und . . . alle Bemühungen des Reichspräsidenten scheiterten. Hallenbach blieb unbeugsam.

Der Präsident sagte zum Schluß: „Ich bedaure Ihren Starrsinn! Gerade ich, denn ich schätze Herrn Karner und sein Werk unendlich.“

„Warum wollen Sie es dann nicht schützen gegen die Piraten, die es ohne jedes Recht beanspruchen? In den Krieg ist vor Jahren das ganze Volk marschiert. Um was ging es damals? Ist das mit dem zu vergleichen, um was es jetzt geht? Nein und abermals nein! Da hat man auch drauf gepfiffen, ob die Volkswirtschaft Deutschlands erschüttert wurde, ob sie zum Teufel ging. Oder denken Sie an den Ruhrkampf. Hat der nicht unsere Volkswirtschaft bis an den Rand des Verderbens gebracht? Heute aber, da es sich um ungleich Größeres handelt, will man den Wirtschaftskampf nicht wagen.“

„Sie vergessen, daß hier durch einen Ausgleich der ganze Konflikt beseitigt werden kann?“

„Ihrer Logik kann ich nicht folgen, Herr Präsident!“ sagte Hallenbach hart und verbeugte sich.

* * *

Bei der am gleichen Tag stattfindenden Reichstagssitzung bemerkte man den Hünen Hallenbach auf der Tribüne.

Alle Augen ruhten auf ihm, der mit hartem verbissenen Gesicht die Ausführungen des Abgeordneten Strasser anhörte. Der warf der Regierung vor, sie habe seinerzeit, als sie Karner die Elektrisierung Deutschlands auf Treu und Glauben gestattete, fahrlässig gehandelt. Dann zog er gegen Karners „wahnwitzigen Willen,“ gegen den „größenwahnsinnigen Narr von Karnerstadt“ los.

Mitten in des Abgeordneten Rede stand Hallenbach auf, unterbrach ihn und schrie laut in den Saal:

„Wenn Sie jetzt nicht den Mut finden, Herrn Karner gegen die Piraterie des Auslands zu schützen, wenn Sie jetzt nicht an den Vertrag von Versailles denken, dann muß sich das deutsche Volk seiner Parlamentarier schämen. Herr Karner will das Größte! Ein Lump, der ihn verrät!“

Dann verließ Hallenbach die Tribüne, ehe sich der Reichstag von seinem Erstaunen erholt hatte.

Hallenbachs Zwischenrede war in den Blättern die Sensation des kommenden Morgens.

* * *